UZ unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de

Zapfenstreich
UZ sprach mit Michael Schulze von Glaßer von der DFG-VK über die vernichtende Bilanz des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan.

Seite 4

Abschied aus der Ratsfraktion
Michael Gerber ist ein Gesicht der DKP in Bottrop. Nach 26 Jahren hat er sein Ratsmandat weitergegeben.

Seite 12

Thema der Woche

Weltjugendtreffen

Die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1951 in Berlin waren nicht nur ein internationales, sondern auch ein deutsch-deutsches Treffen. 35.000 Jugendliche aus „dem Westen“ schafften es in die DDR – trotz Polizeisperren und -schikanen. Sie waren dem Aufruf der FDJ gefolgt, die kurz zuvor in der BRD verboten worden war. Weitere 26.000 internationale Gäste aus 104 Ländern nahmen teil.

Seite 8

30. Juli 2021 · Nr. 30 · 53. Jahrgang PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · **2,80 €**

Sieg der Solidarität

DKP setzt sich vor Bundesverfassungsgericht durch und sichert Wahlantritt

Das Bundesverfassungsgericht hat am Dienstag die Entscheidung des Bundeswahlausschusses, der DKP die Teilnahme an den Bundestagswahlen zu verweigern und ihr den Parteistatus zu entziehen, kassiert. Die Richter aus Karlsruhe widersprachen Bundeswahlleiter Georg Thiel, der der DKP aufgrund verspätet abgegebener Rechenschaftsberichte den Status entziehen wollte, sowohl juristisch als auch politisch. Der Logik Thiels, dass es sich bei verspätet abgegeben Berichten um nicht abgegebene Berichte handele, konnten sie nicht folgen. Stattdessen gaben sie der DKP Recht in ihrer Beschwerde, nicht ausreichend über den drohenden Entzug des Parteistatus informiert worden zu sein. Vor allem aber gestanden sie der Partei zu, „ernsthaft“ Politik im Sinne der demokratischen Willensbildung zu machen.

Zu diesem Erfolg beigetragen hat eine Welle der Solidarität mit der DKP. Mehr als 50 Kommunistische und Arbeiterparteien aus aller Welt hatten gegen das „Kalte Verbot“ der DKP protestiert. Die Kommunistische Partei Portugals stellte noch am Montag eine Anfrage an die EU-Kommission, in der sie die „inakzeptable Illegalisierung“ der DKP als Angriff auf die Demokratie und auf Rechte und Freiheiten in Deutschland bezeichnete.

Aber auch in diesem Land hatten sich innerhalb weniger Tage etliche Organisationen und Einzelpersonen aus der Friedens-, antifaschistischen und Gewerkschaftsbewegung sowie der Partei „Die Linke“ an die Seite der DKP gestellt. Nicht nur auf dem Papier, sondern auch auf der Straße. So unterstützte ver.di Stuttgart eine örtliche Solidaritätskundgebung für die DKP mit den Worten: „Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Christinnen und Christen und Parteilose haben zusammen nach 1945 die Einheitsgewerkschaften gegründet. Daher geht es auch die Gewerkschaften an, wenn ein bürokratisches Organ wie der Bundeswahlausschuss unter fadenscheinigen formalen Gründen die DKP von der Bundestagswahl ausschließen und ihr gleichzeitig den Parteistatus entziehen will.“ Rechtlich hatte vor allem die Vereinigung der demokratischen Juristinnen und Juristen die Argumentation des Bundeswahlleiters auseinandergenommen.

In einer ersten Stellungnahme bedankte sich Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, für die große Unterstützung. Das Beispiel zeige, wie wichtig Solidarität ist und was sie bewegen könne. „Für uns sind diese Solidarität und der Erfolg ein Auftrag, jetzt mit aller Kraft in den Wahlkampf zu gehen und um die Stärkung der DKP zu kämpfen – jetzt erst recht“, so Köbele.

Der Versuch, die Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land mundtot zu machen, war ein Warnschuss. Er zeugt davon, dass ihre Organisation mit der konsequenten friedenspolitischen Haltung – Frieden mit Russland und China, Raus aus der NATO – und dem Anspruch, die Interessen der arbeitenden Menschen in diesem Land – gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung – zu vertreten, als Gefahr wahrgenommen wird. Das hat weniger mit der momentanen Verfasstheit der DKP denn mit der zunehmenden Argumentationsnot der Herrschenden und ihrer Parteien zu tun. Sie sind immer weniger in der Lage, die offensichtlichen Widersprüche und ihre Politik gegen die Interessen der großen Mehrheit im Land zu erklären.

Das ist der Grund für die Einschränkung der demokratischen Rechte in diesem Land, für die Notstandsübung im Schatten der Pandemie und den reaktionären Staatsumbau. Betroffen sind nicht allein die organisierten Kommunistinnen und Kommunisten. Der Angriff auf die DKP reiht sich ein in die Angriffe auf demokratische Organisationen wie Attac, die VVN-BdA und Medien wie die „junge Welt“. Diese Entwicklung ist mit der Entscheidung aus Karlsruhe nicht gestoppt. Sie erfordert die gemeinsame Gegenwehr.

Die DKP wird im Bundestagswahlkampf ihren Teil dazu beitragen. Es geht ihr nicht allein um das Kreuz auf dem Wahlzettel, sondern darum, Widerstand in diesem Land zu entwickeln und zu stärken. Dazu gehört auch die Stärkung der Kommunistischen Partei.

Wera Richter

Siehe Seiten 3, 4, 9, 10, 15

In eigener Sache

Die letzten beiden Ausgaben der UZ waren geprägt von der Entscheidung des Bundeswahlleiters Georg Thiel, unserer Partei das Recht auf Teilnahme an der Bundestagswahl vorzuenthalten und darüber hinaus die Parteieigenschaft abzusprechen.

Ungeachtet der Unsicherheit, ob wir vor dem Verfassungsgericht Recht erhalten würden, ungeachtet der Szenarien, die mit der Aberkennung der Parteieigenschaft hätten verbunden sein können, war es ein großartiges Erlebnis für alle Redakteurinnen und Redakteure, über die großartige Solidarität berichten zu können, die uns international und bundesweit von Schwesterparteien, von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, von Kulturschaffenden und anderen demokratischen Organisationen entgegengebracht worden ist.

Wir konnten auch mit unserer Berichterstattung der Häme bürgerlicher Medien entgegentreten, die uns für unseren Wahlausschluss selbst verantwortlich machen wollten und damit der Rechtsbeugung des Wahlleiters folgten.

Diese Tage haben gezeigt, wie notwendig die UZ und ihr Blog „blog.unsere-zeit.de“ nicht nur für Kommunistinnen und Kommunisten in diesem Land ist. Und wir haben uns sehr über die Zustimmung vieler Leserinnen und Leser innerhalb und außerhalb der DKP zu diesen letzten beiden Ausgaben gefreut. Danke ihnen allen auch dafür, das hat gut getan!

„Frist ist Frist“, sagte der Noch-Bundestagswahlleiter. „DKP bleibt Partei“, meldet heute voller Freude

die UZ-Redaktion

Beinahe-GAU beim Bayer-Konzern

CBG: Nicht der erste Störfall

Am vergangenen Dienstagmorgen kam es auf dem Gelände des Leverkusener Chemiegebiets „Chempark“, in dem der Bayer-Konzern und andere Hersteller produzieren, zu einer schweren Explosion. „Bei dem Ereignis wurden mehrere Mitarbeiter verletzt, mindestens zwei davon schwer“, so der Chempark-Betreiber Currenta, der im Auftrag von Bayer und weiteren Nutzern unter anderem die Ver- und Entsorgung betreibt.

Es gab mindestens einen Toten, mindestens fünf Beschäftige werden noch vermisst. Die Leverkusener Feuerwehr setzte eine Warnung der Kategorie „Extreme Gefahr“ ab. Die Polizei ließ das gesamte Areal räumen und sperrte mehrere Autobahnen in beide Richtungen. Ein für den Vormittag angesetztes Fußballtraining der Mannschaft von Bayer 04 musste verlegt werden.

Die Detonation erfolgte im Tanklager der Sondermüllverbrennungsanlage. Störfälle seien im „Entsorgungszentrum“ schon vielfach aufgetreten, teilte die Coordination gegen Bayer-Gefahren (CBG) mit. „Die Müllverbrennung ist umgeben von dichten Wohngebieten mitten auf der ‚größten Giftmüll-Deponie Europas‘ in unmittelbarer Nähe eines der größten Chemie-Werke der Welt sowie nur eine Rhein-Breite getrennt von der Millionenstadt Köln. Explosionen dieser Art können eine Kettenreaktion auslösen und in einen Chemie-GAU münden.“

Dieser Beinahe-GAU zeige einmal mehr, welche Gefahr von Produktion und Entsorgung chemischer Stoffe ausgeht, wenn diese der Profitmaximierung dienten, sagte Marius Stelzmann von der CBG.

UZ

Brandanschlag auf kubanische Botschaft

US-Medienkampagne provoziert Gewalt

Just am Jahrestag des Sturms auf die Moncada-Kaserne, dem 26. Juli, verübten Unbekannte einen Terroranschlag auf die kubanische Botschaft in Paris. Gegen 23:45 Uhr warfen sie drei Brandflaschen auf die Botschaft. Zwei davon trafen die Fassade, eine erreichte das Innere des Gebäudes, wo sie ein Feuer entfachte. Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung konnten das Feuer löschen, noch ehe die Feuerwehr eintraf. Menschen kamen nicht zu Schaden. Die Pariser Staatsanwaltschaft leitete eine Untersuchung ein, das französische Außenministerium verstärkte die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze der Botschaft und verurteilte den Angriff.

Der Angriff auf die kubanische Botschaft in Frankreich ist einer unter mehreren, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten auf Vertretungen der sozialistischen Inselrepublik verübt wurden. Im April 2020 traf es die kubanische Botschaft in Washington.

Der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez bezeichnete den Angriff als „terroristischen Akt“, der ein Ergebnis der kontinuierlichen Kampagnen Washingtons sei. Aufrufe zur Gewalt würden aus den USA heraus völlig ungestraft verbreitet. Kubanische Behörden prangerten an, die Gewalttaten würden durch eine politische Kommunikationsoperation motiviert, die Fake News in „sozialen Netzwerken“ verbreite mit dem Ziel, Kuba zu destabilisieren und eine vorgeblich „humanitäre Intervention“ zu provozieren.

Rodríguez dementierte am Montag auch Berichte über angebliche Volksaufstände auf der Insel, die in „sozialen Medien“ verbreitet wurden. „In Kuba herrscht totale Ruhe“, meldete er.

Valentin Zill

Jetzt erst recht: Jeder Euro zählt!

Die Abwehr dieses Angriffs auf die DKP hat viel Zeit, Kraft und Geld gekostet. Wir werden darüber hinaus zukünftig die ohnehin hohen Ausgaben für die zentrale Buchhaltung erhöhen müssen. Vor allem aber müssen unsere Forderungen zur Bundestagswahl in die Öffentlichkeit getragen werden. Jetzt erst recht!
Zahlreiche Spenden sind im Zusammenhang mit der versuchten und unrechtmäßigen Aberkennung unserer Parteieigenschaften eingetroffen. Allen Spenderinnen und Spendern dafür unseren herzlichen Dank. Für die anstehenden Auseinandersetzungen benötigen wir auch die finanziellen Mittel. Jede Spende hilft uns dabei!

Spendenkonto DKP-Parteivorstand
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01
Verwendungszweck:
Jetzt erst recht!

Übernahme gescheitert?

Der Immobilienkonzern Vonovia hat Anfang der Woche die Übernahme der Deutsche Wohnen offiziell für gescheitert erklärt. Vonovia erreichte nur einen Aktienanteil von 47,6 Prozent der Deutsche Wohnen und somit nicht die erforderlichen 50 Prozent. Es war bereits der zweite Versuch des größten deutschen Wohnungskonzerns, den derzeit Branchenzweiten zu übernehmen.

„Damit muss auch der Berliner Senat um das (zweifelhafte) Vergnügen bangen, 20.000 Wohnungen von den beiden Aktienkonzernen Vonovia und Deutsche Wohnen in Berlin kaufen zu können“, schreibt der „Tagesspiegel“ aus Berlin. Dafür, alle Hoffnungen fahren zu lassen, sei es allerdings noch zu früh. Vonovia-Chef Rolf Buch wolle als verlässlicher Geschäftspartner dastehen, „trotz allem“, so der „Tagesspiegel“.

Vonovia-Chef Rolf Buch schloss einen dritten Anlauf nicht aus. Er machte die Hinhaltetaktik von Hedge-Fonds für das Scheitern der Übernahme verantwortlich. Die Nachrichtenagentur Reuters meldete, dass das Management von Deutsche Wohnen weiterhin offen sei für einen Zusammenschluss. Ein Insider habe geäußert, dass die Deutsche Wohnen den Deal weiter wolle, wenn dieser sicher klappt. Eine neue Vereinbarung zwischen den Konzernen könne demnach binnen weniger Wochen stehen. „Es ist alles möglich. Wir können nichts tun, wir können kaufen, wir können verkaufen. Aber jetzt müssen wir eine saubere Analyse machen, wie es weitergeht“, sagte Vonovia-Chef Buch.

Streit um Geldpolitik

Die jüngste Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), ihre expansive Geldpolitik fortzusetzen, stößt auf scharfe Kritik in Deutschland, zugleich aber auf klare Zustimmung vor allem in Südeuropa. Deutsche Ökonomen und Geldpolitiker äußern Unmut über die „ultralockere Geldpolitik“ der EZB, die trotz eines Anstiegs der Verbraucherpreise fortgesetzt werde; von einer „Enteignung“ deutscher Sparer ist die Rede. Zudem wird mit Blick darauf, dass der US-Notenbank Fed der Ausstieg aus der Nullzinspolitik bislang nicht gelingt, vor einer „Finanzdominanz“ in der EU gewarnt.

Demgegenüber verweist etwa der italienische Zentralbankchef Ignazio Visco darauf, in der Wirtschaft der Eurozone herrsche eine „erhebliche Flaute“; zusätzliche Risiken ergäben sich aus einer abermaligen Pandemiewelle. Eine Straffung der Geldpolitik sei daher nicht angesagt. Hintergrund der Differenzen sind die Ungleichgewichte in der Eurozone zwischen dem deutschen Zentrum und der südeuropäischen Peripherie, die sich in der Corona-Krise weiter zugespitzt haben. Dessen ungeachtet beginnt Berlin erneut auf einen harten Sparkurs zu dringen.

Amazon hilft Bitcoin

Gerüchte, Amazon könnte Bitcoin als Zahlungsmittel akzeptieren, sorgten am Montag für einen Kurssprung der Digitalwährung. Die „FAZ“ schrieb, die Digitalwährung sei sehr anfällig für Gerüchte – „in die eine wie in die andere Richtung“. Anlass für diese Gerüchte ist demnach, dass Amazon in einer Stellenanzeige eine Führungsposition für den Kryptobereich ausgeschrieben habe.

Zuvor hatte es bereits beim Tesla-Konzern Überlegungen gegeben, Bitcoin als Zahlungsmittel anzunehmen. Tesla-Chef Elon Musk begründete seinen Rückzieher jedoch mit Umweltschutzbedenken, da mit der Erzeugung der Digitalwährung ein hoher Stromverbrauch einhergeht. Es gibt allerdings auch die Vermutung, Amazon könnte dem Beispiel von Facebook folgen und an einer eigenen Digitalwährung arbeiten.

Nicht ausbildungsreif

„FAZ“ sieht deutlichen Anstieg der Zahl an Ausbildungsplätzen – DGB-Jugend kritisiert Qualität und mangelnde Perspektiven

Foto: Handwerkskammer zu Leipzig

Das Kapital sucht dringend Auszubildende. Gute Bedingungen schaffen sie dafür nicht.

Trendwende am Arbeitsmarkt – Azubis dringend gesucht“, jubelt die „FAZ“ in ihrer Ausgabe vom 14. Juli. Allein im Handwerk seien noch mehr als 30. 000 Ausbildungsplätze frei. Bis Ende Juni hätten bereits 62.251 junge Menschen eine Lehrstelle in einem Handwerksbetrieb gefunden. Hierbei beruft sich die „FAZ“, die sich gerne auch „Zeitung für Deutschland“ nennt, auf eine noch unveröffentlichte Zwischenbilanz des Handwerkszentralverbands (ZDH). Auch bei den Ausbildungsberufen in Industrie und Handel soll ein Aufwärtstrend zu erkennen sein.

Nach Aussage des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Peter Adrian, hätten die IHKs bis Ende Juni 1,4 Prozent mehr Ausbildungsverträge als im vergangenen Jahr in diesen Branchen registriert. Allerdings waren die Ausbildungszahlen im vergangenen Jahr im Keller. Erstmals seit der Annexion der DDR fiel die Gesamtzahl neu besetzter Lehrstellen unter eine halbe Million. Nach Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung wurden 2019 noch 525.000 Lehrstellen neu besetzt. Ein Jahr später waren es gerade noch 467.500. Dies entspricht einem Minus von 11 Prozent. Im Handwerk sank die Zahl der Neuabschlüsse dabei um 7,5 Prozent auf 132.000. In den traditionell großen Bereichen der Industrie- und Handelskammern gab es sogar einen Rückgang um 14 Prozent auf 262.000 Neuverträge.

Glaubt man den Wirtschaftsvertretern und ihrem „Zentralorgan“, deutet sich nun also die Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt an. Schließlich belief sich der Rückstand Ende Juni dieses Jahres gegenüber 2019 auf „nur“ 3.758. Verschwiegen wird hier allerdings, dass sich schon vor der Krise die Zahl der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung auf 2,16 Millionen erhöht hatte. Dies entspricht 14,7 Prozent der 20- bis 34-Jährigen. Insbesondere Jugendliche mit Hauptschulabschluss oder Migrationshintergrund haben kaum eine Chance. Zieht man dies in Betracht, klingen die „Erfolgsmeldungen“ der Wirtschaftsvertreter so surreal, wie wenn ein Fußballtrainer eine 0:5-Niederlage, angesichts der 0:6-Klatsche aus der Vorsaison, als „sportliche Entwicklung“ verkauft.

Tatsächlich ist die Hoffnung auf einen deutlichen Anstieg der Ausbildungszahlen nach der Krise trügerisch. Dies lehrt die Erfahrung aus der Finanzkrise 2008/2009. Im Jahr 2007 wurden bundesweit noch 625.884 Ausbildungsverträge geschlossen. Im Krisenjahr 2009 reduzierte sich die Zahl um über 50.000. Im Jahr 2019 waren es gerade noch 525.081. Im Vergleich zu 2007 sind dies über 90.000 Ausbildungsverträge weniger.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind aus Sicht der Unternehmerverbände natürlich nicht im immer wieder Krisen produzierenden kapitalistischen Wirtschaftssystem zu suchen. Auch die Qualität der Ausbildung in vielen Betrieben scheint hier keine Rolle zu spielen. Stattdessen wird den Jugendlichen die alleinige Verantwortung für das Dilemma zugeschoben. Schließlich gäbe es ja (wieder) freie Lehrstellen. Vielen jungen Menschen fehle die Bereitschaft für eine betriebliche Ausbildung oder sie seien schlicht nicht ausbildungsreif.

Die Gewerkschaftsjugend hat den Spieß umgedreht und fragt in ihrem jährlichen Ausbildungsreport nach der Ausbildungsreife der Unternehmen. Der aktuelle Ausbildungsreport legt offen, dass die Ausbildungsqualität in vielen Bereichen weiterhin zu wünschen übrig lässt: Fast 40 Prozent der Auszubildenden wissen selbst im letzten Ausbildungsjahr noch nicht, ob sie von ihrem Betrieb übernommen werden. Etwa ein Drittel der Auszubildenden berichtet über ausbildungsfremde Tätigkeiten. Knapp ein Viertel kann sich nach der Arbeit nicht mehr richtig erholen. Die Höhe der Ausbildungsvergütung in vielen Branchen und Betrieben ermöglicht kaum ein eigenständiges Leben. Zudem bemängeln 44 Prozent die Qualität der Berufsschulen. Daher würden 16 Prozent eine Ausbildung in ihrem Betrieb nicht weiterempfehlen.

Es gibt also viele Stellschrauben, um die Qualität und damit die Attraktivität der dualen Ausbildung zu erhöhen. Die Unternehmerverbände haben sich stattdessen für eine große und bunte Imagekampagne „Sommer der Ausbildung“ entschieden.

Ulf Immelt

Mehr Druck, mehr Kontrolle

Post AG: Digitalisierung am Beispiel der Zustellvermerke

Foto: 2021 © Deutsche Post AG

Die Digitalisierung vereinfacht nicht unbedingt die Arbeit der Zustellerinnen und Zusteller, aber sie macht sie kontrollierbarer.

Betrat man den „Spind“ genannten Arbeitsplatz eines Zustellers bei der Post, fielen einem bis vor Kurzem grüne und rote Merkkarten in den Adressfächern auf. Auf diesen Karten waren die Nachsendeanträge, Lagerungsvermerke und Postfächer der Bewohner der entsprechenden Adresse verzeichnet. Stellte der Zusteller also eine Sendung in den Spind, konnte er vor Ort die entsprechenden Anträge nachsehen.

Inzwischen sind diese Merkkarten fast überall verschwunden. Stattdessen gibt es nun weiße Klebepunkte, sogenannte Indikatoren, auf denen Zahlen vermerkt sind. Diese verweisen auf digitale Einträge, wo Zusteller – mittels eines Handscanners – die Informationen finden, die zuvor schriftlich vorlagen.

Für das Ende der bunten Merkkarten gibt es wohl mehrere Gründe. „Digitalisierung“ ist in allen Strategiepapieren der Post ein Schlagwort – und schon aus Gründen der eigenen Arbeitsplatzsicherung wird es manch einen geben, der alles mögliche an Papieren im Ablauf der Post digitalisieren will. Wesentlich ist aber – mindestens für die gewerkschaftliche Arbeit: Die Digitalisierung erleichtert die Überwachung der Kolleginnen und Kollegen.

Dafür grundlegend ist eine hohe Arbeitsdichte. Die Zustellbezirke werden tendenziell größer, die Zahl der „Stammzusteller“ wird verringert. Sie kennen ihre Bezirke wie ihre Westentasche, im Gegensatz zu den angelernten Kräften, eingesetzten „Springern“, die ohne genauere Kenntnis „blind“ loslaufen. Ihre Zahl hat die Post immer weiter erhöht.

Aushilfskräfte ignorierten die Merkkarten sowieso, weil sie weder die Zeit hatten, diese richtig zu bearbeiten, noch real Verantwortung dafür übernehmen konnten, diese in einem unbekannten Zustellbezirk richtig im Spind zu hinterlegen.

Das wie die gesamte „Pflege“ eines Bezirks, also die Weitergabe von Veränderungen wie Neubauten oder Abrissen im Bezirk, Veränderungen der Straßen oder Hausnummern, wurde den Stammzustellern überlassen. Die Merkkarten galten erst als „angekommen“, wenn ein Stammzusteller diese mit seinem Kürzel und einem Datum versah. Aushilfskräfte wurden so vor „Ansprachen“ wegen Fehlern geschützt – zum Beispiel bei Zustellung von Briefen, die eigentlich hätten nachgesandt werden müssen.

Diese Ansprachen sind zu Recht gefürchtet. Bei der Post kam 2011 ein „Mobbing-Leitfaden“ ans Tageslicht, der gegen jene eingesetzt wurde, die angeblich zu viele Fehler machten, die Zustellung abbrachen oder zu lange brauchten. Auch wenn die Post sich davon distanzierte, das Grundsystem bleibt. Und Teil dieses Systems ist der massive Einsatz von Befristungen, der die Beschäftigten besonders druckempfindlich macht.

In der digitalen Variante können die Stammzusteller die Aushilfskräfte nun nicht mehr schützen. Der Handscanner macht auf neue, nicht bearbeitete Merkkarten aufmerksam und zwingt zu ihrer Bearbeitung. Da sich der entsprechende Zusteller zuvor mit seinem Namen einträgt, ist die Information als durch ihn persönlich bearbeitet jederzeit erkennbar. Findet sich also keine Markierung im Spind oder wird fortan etwas vergessen, kann sich niemand mehr durch die „Nicht-Information“ schützen. Jeder Fehler wird gesehen und dokumentiert – Munition für die nächste „Ansprache“.

Der Arbeitsaufwand hat sich durch die Digitalisierung der Merkkarten dagegen kaum verringert. Bisher wurden diese einmal in der Woche auf ihre Richtigkeit und vor allem darauf kontrolliert, ob sie noch gültig waren. War der Arbeitsdruck zu hoch, wurden diese Kontrollen rein formal oder ganz unterlassen. Technisch ist jetzt ein Zwang zur Kontrolle jederzeit möglich.

Das Grundproblem besteht seit Langem und wird nur umso deutlicher: Der hohe Arbeitsdruck ist die Ursache dafür, dass zeitraubende Tätigkeiten möglichst umgangen werden. Dagegen wiederum richten sich die Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen der Post. Doch die Qualität sinkt, weil die Zustellbezirke zu groß sind und die Arbeitsbelastung zu hoch ist. Eine zuverlässige Postzustellung – an der wir alle ein Interesse haben – hängt von guten Arbeitsbedingungen ab. Beides steht im Widerspruch zum Monopolkonzern Post und dessen Profitstreben.

Die Vorteile digitalisierter Arbeitsweisen – wie der einfachere Zugang zu den Informationen oder die Einsparung der Plastikhüllen und der Papiermerkkarten – sind für die Zusteller gleich Null. Einem Weltkonzern, der als Gegenstück zur „GoGreen“-Propaganda Fahrrad- und Fußbezirke in Autobezirke umstellt und darüber hinaus jede Woche Tonnen von Werbemüll verteilt, sollte nicht geglaubt werden, wenn er von Umweltschutz spricht.

Tim Laumann

Fürs Kapital: Traumrendite bei Daimler

Für die Arbeiter: Personalabbau und Stress

Daimler hat wieder mal glänzende Zahlen verkündet: Im ersten Halbjahr 2021 eine Traumrendite von 8,1 Milliarden Euro, allein im 2. Quartal waren es 5,2 Milliarden – und dies trotz Pandemie und trotz Lieferproblemen bei Halbleitern. Vor einem Jahr sah das noch ganz anders aus. In der Bilanz stand zum Halbjahr ein Minus von 1,7 Milliarden Euro. Der Umsatz in den ersten sechs Monaten ist im Vergleich zum Vorjahr um ein Viertel gestiegen – auf rund 85 Milliarden Euro.

Die Erfolgsmeldungen ziehen sich durch alle Sparten. Die Umsatzrendite von „Mercedes Cars“ beträgt im ersten Halbjahr stolze 13,7 Prozent. Selbst das chronisch schwache Lkw-Geschäft zieht zurzeit kräftig an. So konnten mehr als 218.000 schwere Sattelschlepper und Busse verkauft werden – ein Plus von 38 Prozent. Davon das Gros im 2. Quartal – der Absatz stieg um 91 Prozent.

Also alles gut? Ja, für die Kapitalseite eine glänzende Entwicklung nach den Einbrüchen im ersten Halbjahr 2020. Doch wie sieht es für die Belegschaft aus? Wird nun weniger „gespart“ oder weniger Personal abgebaut? Natürlich nicht. Denn genau das Spar- und Personalabbauprogramm des Daimler-Vorstandes von 2020 hat diese Profite eingefahren.

Gesamtbetriebsratsvorsitzender Michael Brecht forderte den Daimler-Vorstand auf, Teile dieses „Sparprogramms“ zurückzunehmen. „Wenn wir volle Auftragsbücher haben und die Gewinne sprudeln, wie soll die Belegschaft da Verständnis haben für Sparmaßnahmen, die über Jahre laufen sollen?“, so Brecht in der „Automobilwoche“. Doch Daimler-Chef Ola Källenius machte unmissverständlich klar, dass er nicht aufhören wird zu „sparen“. In der Pandemie sind die Konzernvorstände auf den Geschmack gekommen, immer weitere Einschnitte von den Belegschaften abzufordern. Haben doch zu Beginn Betriebsräte und Gewerkschaft allzu oft bereitwillig mitgemacht. Dies wird jetzt ausgenutzt.

Diese Maßnahmen und der Personalabbau zeigen im Mercedes-Benz-Werk Untertürkheim schon deutliche Auswirkungen. In etlichen Bereichen herrscht akuter Personalmangel, so in der Logistik und im Technischen Service. In der Betriebszeitung „Scheibenwischer“ beschreibt der zuständige Betriebsrat die Situation in der Logistik so: „Berge von Arbeit, aber keine Leut, keine Leut. Das Wort ‚Mangel‘ beschreibt die aktuelle Lage in der Logistik wohl leider am Besten.“ Personal sei in den Kostenstellen „Mangelware“. In den Bereichen könne im Moment nur auf Sicht gefahren werden, planen könne man kaum. „(E)ine Besserung ist auch für das dritte und vierte Quartal noch nicht in Aussicht.“ Die Kolleginnen und Kollegen in der Logistik würden sich an Bergen von Arbeit aufreiben – „Stress und Hektik bestimmen den Arbeitsalltag“, heißt es in der Betriebszeitung „Scheibenwischer“.

Ein von Sirnauer Kollegen selbst gestaltetes Plakat, abgedruckt in der Betriebszeitung „Scheibenwischer“ mit dem Hinweis, dass es „auf sehr authentische Weise“ die Stimmung der dortigen Belegschaft wiedergebe.

Im Technischen Service zeige sich ein ähnliches Bild, so der Betriebsratsvorsitzende Michael Häberle: „Die vermeintliche Lösung des Managements für den Personalmangel: Fremdvergabepläne für ganze Bereiche schmieden! Hier kann nur von einer bewusst und künstlich erzeugten Mangelverwaltung die Rede sein – ein Armutszeugnis für das Personalmanagement;“

Auch im Werksteil Sirnau steht Personalabbau an. Er soll verkauft werden. Bis Jahresende bedeutet dies einen Arbeitsplatzabbau von etwa 85 Arbeitsplätzen. Bis 2025 soll der Bereich von einst 200 Beschäftigten auf circa 50 Beschäftigte geschrumpft werden. Alternativen für diese Kolleginnen und Kollegen werden von der Werksleitung nicht aufgezeigt, obwohl es sowohl in der Logistik, in der Instandhaltung sowie im Werkzeugbau akuten Personalmangel gibt und die Kollegen dort sehr willkommen wären. Die Schließung ist für die Kolleginnen und Kollegen auch nicht nachvollziehbar, weil die Werksleitung immer über Platznot jammert und Verlagerungen von Produkten an andere Standorte mit fehlendem Platz begründet. Hier wird ohne Not „Platz“ verkauft.

Diese wenigen Beispiele zeigen, wie die Kapitalseite ihre Pläne durchzieht – weiter Personal abbaut, Fremdvergabe vorbereitet, Standorte schließt – damit die Profite weiter sprudeln. Für die Kolleginnen und Kollegen nehmen der Stress und die Hektik zu, ebenso wie Unsicherheit und Zukunftsängste. Die Beschäftigten bezahlen mit ihrer Gesundheit.

Auch die Kurzarbeit nimmt wieder zu, diesmal wegen fehlender Halbleiter, Container, Holz und Kartonagen – Auswirkungen der Planlosigkeit einer globalisierten kapitalistischen Industrie. Planlosigkeit auch im Produktionsprogramm – es gibt Hallen, wo ein Teil der Kolleginnen und Kollegen in Kurzarbeit ist, während andere Überstunden schieben. Die Planungen sind so kurzfristig, dass die Beschäftigten oft nicht rechtzeitig informiert werden können, ob es Kurzarbeit oder Arbeit gibt.

Dies zeigt einmal mehr, dass dieses Wirtschaftssystem, in dem der Profit über alles regiert, überholt ist und abgeschafft gehört. **Christa Hourani**

Foto: Björn Blach

„Die Kommunisten gehören zur Einheitsgewerkschaft“ rief **Cuno Brune-Hägele,** Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart, den 100 Menschen auf dem Schlossplatz zu. Deshalb sei es als Gewerkschaft wichtig, sich mit der DKP solidarisch zu erklären, wenn deren demokratische Grundrechte eingeschränkt würden. Ähnlich äußerten sich die anderen Redner und Rednerinnen auf der von der SDAJ Stuttgart organisierten Kundgebung.

Hannes Rockenbauch, Fraktionsvorsitzender und Mitglied bei SÖS, sagte, er hätte zwar noch nie DKP gewählt, es sei für ihn aber selbstverständlich, sich solidarisch zu erklären. Dieter Lachenmayer, Geschäftsführer der VVN-BdA Baden-Württemberg, zog Parallelen zu den Versuchen, die VVN und andere Organisationen mittels Aberkennung der Gemeinnützigkeit zu treffen.

Der deutsche Imperialismus wolle wieder Kriege führen können, stellte der Spitzenkandidat der DKP in Baden-Württemberg, Björn Blach, fest: „Alle, die sich auch nur potentiell in den Weg stellen, sollen möglichst lautlos beseitigt werden.“

Darüber hinaus sprachen Vertreterinnen und Vertreter der KKE, der DIDF, der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und des Waldheims Sillenbuch, des „Clara-Zetkin-Hauses“. Schriftlich lagen bis zur Kundgebung Erklärungen des DGB Stadtverbands Stuttgart, der Alternative Daimler Untertürkheim, des Kreisverbandes der Partei „Die Linke“ und von Heike Hänsel, MdB, vor. **UZ**

„Bescheidene Bilanz“

Heil trifft sich mit „Gorillas“ zum PR-Termin

Die „Aktion gegen Arbeitsunrecht“ hat einen PR-Termin des Arbeitsministers Hubertus Heil (SPD) genutzt, um ihm 1.600 Unterschriften für die Petition „Betriebsräte effektiv stärken!“aufzuzwingen. Ein erster Versuch war im Mai am Unwillen des Ministers gescheitert. Mit der Petition kritisieren zahlreiche Betriebsratsmitglieder, Gewerkschafter, Beschäftigte und Arbeitsrechtler aus ganz Deutschland das unzureichende und unentschlossene Vorgehen des SPD-Arbeitsministers gegen das sogenannte „Union Busting“ – also die professionelle Bekämpfung einer Organisierung der Beschäftigten.

Heil wollte bei einem PR-Termin Vertreterinnen und Vertreter der Berliner „Gorillas“-Fahrradkuriere treffen, die in den letzten Monaten durch Proteste und Streiks auf ihre miserablen Arbeitsbedingungen aufmerksam gemacht haben. Für Stirnrunzeln sorgte Heils Auskunft, dass er sich zuvor mit dem Gorillas-Management getroffen habe.

Die „Gorillas“ fordern eine Begrenzung der Probezeit, die bei Gorillas wie auch beim Delivery-Marktführer Lieferando sechs Monate beträgt. Das wirkt angesichts von sachgrundlos befristeten Verträgen, die über ein Jahr laufen, beinahe sittenwidrig. Die sechsmonatige Probezeit wird vom Management genutzt, um willkürlich zu feuern.

Eine unangemessen lange Probezeit und sachgrundlose Befristung sind die wohl gebräuchlichsten Werkzeuge des „Union Busting“ bei Lieferdiensten. Damit kann das Management renitente Beschäftigte, potentielle und mutmaßliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kalt entsorgen sowie die Gründung von Betriebsräten behindern.

Es sei deutlich geworden, dass es Hubertus Heil bei dem Treffen mit den Beschäftigten lediglich darum ging, in die Medien zu kommen, schreibt die „Aktion gegen Arbeitsunrecht“ in einer Pressemitteilung. Der Auftritt des Arbeitsministers habe „mehr Fragen als Antworten“ hinterlassen. Heil habe zudem den Eindruck vermittelt, keine Macht über das zu haben, was sein Ministerium regelt: „Offenbar wollte er den Wahlkampf der SPD keineswegs durch konsequente Interessenvertretung für Lohnabhängige und Ausgebeutete befeuern. Vielleicht weiß er selbst, wie bescheiden seine Bilanz ist? Vielleicht hat er den Glauben verloren, nach der Bundestagswahl am 26. September 2021 weiter Arbeitsminister zu sein?“ **UZ**

„Fadenscheinig“

Solidarität mit der DKP

„Der Versuch, die DKP auf formalem Weg aus dem Weg zu räumen, ist ein Anschlag auf die Demokratie und Meinungsfreiheit in Deutschland. Er steht in der unseligen Tradition des ungezügelten Antikommunismus in unserem Land, der sich in seinen verschiedenen Erscheinungsformen von der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über die Verharmlosung faschistischer Gefahren vor und nach 1933 bis zum KPD-Verbot und den Berufsverboten für Kommunisten in den 70er und 80er Jahren in die heutige Zeit zieht. (...)

Dieser Angriff darf nicht erfolgreich sein und erfordert eine solidarische Antwort aller demokratischen Kräfte in unserem Land.“

Betriebsgruppe Alternative von Daimler-Untertürkheim
Zusammenschluss von aktiven und ehemaligen IG-Metall-Betriebsräten und -Vertrauensleuten)

„Kommunist/inn/en, Sozialdemokrat/inn/en, Christ/inn/en und Parteilose haben zusammen nach 1945 die Einheitsgewerkschaften gegründet. Daher geht es auch die Gewerkschaften an, wenn ein bürokratisches Organ wie der Bundeswahlausschuss unter fadenscheinigen formalen Gründen die DKP von der Bundestagswahl ausschließen und ihr gleichzeitig den Parteistatus entziehen will. Der gleiche Ausschuss hat dagegen kein Problem damit, eine offen neofaschistische Organisation wie die Partei „Der III. Weg“ zuzulassen. Dieses Vorgehen reiht sich ein in zahlreiche Versuche der vergangenen Jahre, die Arbeit missliebiger linker und gesellschaftskritischer Vereinigungen zu behindern.

Wir haben protestiert, als der VVN, attac, campact, dem Autonomen Zentrum Ludwigsburg die Gemeinnützigkeit entzogen wurde. Es ist für uns ein Gebot der Demokratie, ebenso jetzt den Versuch des Bundeswahlausschusses zu verurteilen, der DKP den Parteistatus und damit auch die demokratische Möglichkeit, an der Bundestagswahl teilzunehmen, zu entziehen.“

ver.di-Bezirksvorstand Stuttgart

Wir möchten uns für die gezeigte Solidarität bedanken. Weitere Stellungnahmen und Soli-Erklärungen haben wir online dokumentiert unter: *unsere-zeit.de/kaltes-parteiverbot/*

Anzeige

Constanze und Dieter Kraft
Einsichten und Widersprüche
Texte aus drei überwältigten Jahrzehnten
366 Seiten, 19 €,
ISBN 978-3-946946-12-0

Michael Wengraf
Die rechte Revolution
Veränderte ein Masterplan die Welt?
236 Seiten, 18 €,
ISBN 978-3-946946-10-6

Mangroven VERLAG
Goethestraße 77, 34119 Kassel
info@mangroven-verlag.de
www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

Grüne Geopolitiker

Baerbock & Co. lehnen Nord Stream 2 ab und setzen auf Konfrontation

Für die Grünen ist klar: Nord Stream 2 darf nicht in Betrieb gehen. Nicht nur die grüne Kanzlerkandidatin, Annalena Baerbock, meldete sich in der vorigen Woche zu Wort. Auch Oliver Krischer, Stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion, und Manuel Sarrazin, Sprecher für Osteuropapolitik, lehnten in einer Stellungnahme die jüngste Verabredung zwischen der Bundesregierung und der US-Administration zu Nord Stream 2 ab. Auch im Europaparlament schlagen die Bündnisgrünen Alarm. Sie wollen, dass die nächste Bundesregierung die Vereinbarung mit den USA zur Gaspipeline überprüft.

Klimapolitik spielt dabei in allen Stellungnahmen nur eine untergeordnete Rolle. Dabei wäre das doch für eine grüne Partei naheliegend. Doch von Argumenten wie „Gas wäre auch für eine Übergangszeit hochproblematisch, da fossiler Energieträger“ und „Der Bau von Nord Stream 2“ sei „ein schwerwiegender Eingriff in sensible Meeresökosysteme“ scheint nicht viel übrig geblieben. Sowohl Baerbock als auch Krischer und Sarrazin verwiesen in ihren aktuellen Wortmeldungen in erster Linie beziehungsweise nur auf die geopolitische Bedeutung der Vereinbarung, fürchten um die „europäische Einheit“ und meinen, die Verabredung zwischen Berlin und Washington diene nur Wladimir Putin. Die Pipeline erfülle vor allem ein geostrategisches Ziel des Kremls. Wie sich auch hier zeigt, ist die Russland-Politik der Grünen eindeutig nicht auf Dialog und Verständigung, sondern auf Konfrontation gerichtet.

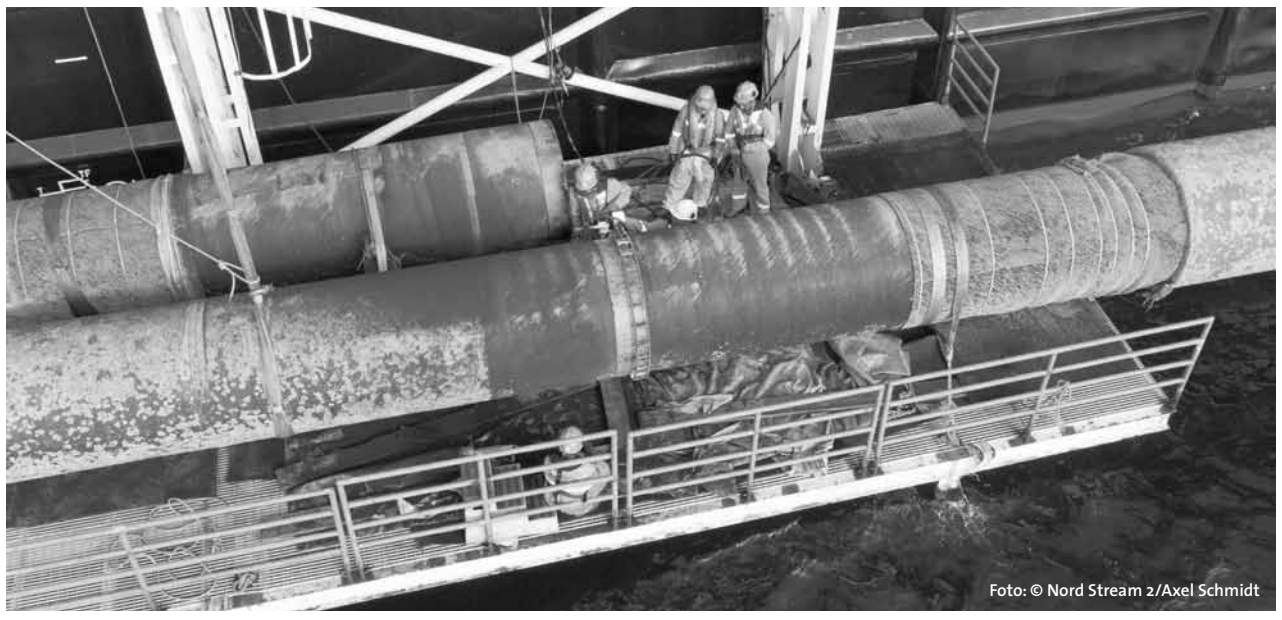

Foto: © Nord Stream 2/Axel Schmidt

Annalena Baerbock sorgt sich um die Sicherheit der Ukraine. Nord Stream 2 diene nur Wladimir Putin.

Für Baerbock ist die gemeinsame Erklärung von Bundesregierung und US-Administration zudem „keine Lösung (…) für die Sicherheit der Ukraine“. Sie erklärte gegenüber der „FAZ“, die Osteuropäer seien „zurecht sauer“ auf die Bundesregierung, „dass sie unilateral an dieser Pipeline festhält“. Krischer und Sarrazin behaupteten, Nord Stream 2 entflechte die wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwischen Russland und der Ukraine und destabilisiere damit die Ukraine. Nun hatte aber die Heinrich-Böll-Stiftung bereits im Juni 2018 festgestellt, dass die Ukraine zwar Geld für die Durchleitung von Gas aus Russland in die EU erhalte, seit 2016 aber selber gar kein Gas mehr aus Russland beziehe. Andere verweisen darauf, dass die Ukraine zuvor ihre Gasrechnungen nicht immer bezahlt hatte und zudem Gas illegal abgezweigt habe.

Baerbock will allerdings nicht nur Nord Stream 2 verhindern, sondern offenbar mehr: „Das Allerwichtigste ist der Schutz der Zivilbevölkerung beispielsweise durch Unterstützung zur Minenräumung.“ Dass diese Bundesregierung nicht einmal dazu bereit sei, „ist mir unverständlich“. Unverständlich ist Baerbocks Äußerung: Laut Auswärtigem Amt unterstützt die Bundesrepublik Deutschland seit April 2020 das Räumen von Landminen an der Trennlinie im Osten des Landes durch eine Nichtregierungsorganisation mit je einer Million Euro für die Jahre 2020 und 2021. Was also will sie tatsächlich? Robert Habeck, ihr Partner an der Grünen-Spitze, hatte sich erst im Mai erneut für die Lieferung von „Defensivwaffen“ an die Ukraine ausgesprochen.

Wie übrigens das „Handelsblatt“ im Mai berichtet hatte, zeigte eine Forsa-Umfrage im Auftrag des Ost-Ausschusses der Wirtschaft, dass 75 Prozent der Befragten für die Fertigstellung von Nord Stream 2 sind, nur 17 Prozent dagegen. Bei den Grünen beziehungsweise Grünen-Anhängern sind 69 Prozent dafür.

Nina Hager

Solidarität mit der DKP

Verlässliche Partnerin

Unglaublich, wie politisch Andersdenkende hierzulande traktiert werden. Nun ist die Deutsche Kommunistische Partei dran: Ihr wird mit der Zulassungs-Verweigerung als Partei das Grundrecht entzogen, sich zur Bundestagswahl aufstellen zu können. Diese bürokratische Rechtsbeugung ist ein weiterer Schritt, eine Oppositionspartei aus dem Weg zu räumen.

Ich nehme auch am Atomwaffen-Standort Büchel wahr, wie immer mehr unser Rechtssystem missbraucht wird, um Proteste zu unterdrücken. Auch im bundesweiten Kampf für die Abschaffung der Atomwaffen in Deutschland und weltweit steht die DKP als verlässliche Partnerin an unserer Seite. Dies ist einer von vielen Gründen, mit ihr hier solidarisch zu sein.

Solidarität ist eine gewaltfreie Waffe!

Marion Küpker,
Aachener Friedenspreisträgerin 2019
für die Kampagne *Büchel ist überall!*
atomwaffenfrei.jetzt

Willkür

Die Entwicklungen der letzten Jahre sind gekennzeichnet durch eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft, Umweltzerstörung und Militarisierung nach Innen und Außen.

Die derzeit in mehreren Bundesländern vorbereitete Verschärfung der Polizeiaufgabengesetze ermöglicht es, Protest und Widerstand gegen die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu kriminalisieren. Parallel dazu wird der staatliche Druck auf Organisationen, die sich dem widersetzen, Widersprüche deutlich machen und Alternativen formulieren, immer stärker. Der Entzug der Gemeinnützigkeit gegen VVN-BdA und attac, die Angriffe gegen die Rote Hilfe und die Tageszeitung „junge Welt“ und jetzt der Versuch, der DKP den Parteistatus zu entziehen und sie somit an der Kandidatur bei der Bundestagswahl zu hindern, sind die jüngsten Beispiele.

Die gemeinsame Antwort aller, die sich für eine andere, bessere Gesellschaft engagieren, kann nur der solidarische Protest gegen diese Akte staatlicher Willkür sein!

Verband der Motorradclubs
„Kuhle Wampe“

Zapfenstreich am Hindukusch

Vernichtende Bilanz nach 20 Kriegsjahren

UZ sprach mit Michael Schulze von Glaßer, Geschäftsführer der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK)

UZ: *Nach 20 Jahren haben die USA und ihre Verbündeten ihre Truppen aus Afghanistan abgezogen. Wie fällt Ihre Bilanz dieses Krieges aus?*

Michael Schulze von Glaßer: Katastrophal. Seit Beginn der Intervention im Jahr 2001 gab es allein über 47.000 zivile Tote – und das waren nur die direkten Opfer des Krieges. Durch die Zerstörung von Infrastruktur – etwa dem Zugang zu Wasser oder auch zu medizinischer Versorgung – gab es auch zehntausende weitere indirekte Kriegsopfer. Hinzu kommen rund 64.000 getötete afghanische Polizei- und Militärkräfte, 42.000 tote Oppositionskämpfer und knapp 3.500 tote westliche Soldatinnen und Soldaten. Die Bundeswehr hat am Hindukusch knapp 60 Soldatinnen und Soldaten verloren.

Diese ganzen Zahlen werden der tatsächlichen Bilanz des Krieges aber nicht gerecht. Ich muss bei Fragen zum Afghanistan-Einsatz immer an die Worte der ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, denken, die für ihre öffentliche Stellungnahme zur Lage am Hindukusch – „Nichts ist gut in Afghanistan“ – scharfe Kritik einstecken musste. Heute wird umso deutlicher, wie recht sie schon damals hatte.

UZ: *Wie bewerten Sie die aktuelle Situation für die Zivilbevölkerung des Landes?*

Michael Schulze von Glaßer: Die Lage ist überall schlecht, wenn auch je nach Region sehr unterschiedlich: Weite Teile des ländlichen Raums werden wieder von den islamistischen Taliban kontrolliert. Einige größere Städte wie Masar-e Scharif und die Hauptstadt Kabul stehen noch unter Kontrolle der Regierung – aber es gibt Anschläge und Menschen, die sich gegen die Taliban stellen, werden bedroht. Dies ist gerade mit Blick auf die rigide westlichen Migrationspolitik dramatisch: Die Menschen haben auch kaum eine Chance zu fliehen. Die westlichen Staaten – und auch alle anderen – schotten sich ab und verwehren den Menschen Hilfen.

UZ: *War es vor diesem Hintergrund dann aber nicht falsch, den Abzug der Bundeswehr gefordert zu haben, wie es die Friedensbewegung in den vergangenen Jahren gemacht hat?*

Michael Schulze von Glaßer: Die Friedensbewegung hat ja erst einmal gefordert, den Krieg überhaupt nicht zu beginnen, und auch auf die gescheiterte Invasion der Sowjetunion in der 1980er-Jahren verwiesen. Das wäre auch wohl das Beste für alle gewesen. Danach wurde neben dem Abzug des westlichen Militärs vor allem immer für den Ausbau der zivilen Konfliktlösung und Entwicklungshilfe gestritten. Doch auch dem folgten die Regierungen und Parlamente in den zwei Jahrzehnten nicht. Jetzt lauten die Forderungen, die Grenzen für die fluchtsuchenden Menschen zu öffnen und sie bestmöglich zu unterstützen. Doch auch damit tut sich die Bundesregierung schwer. Es ist zum Verzweifeln, mit welchen Betonköpfen man es bei den Verantwortlichen zu tun hat.

UZ: *Warum lassen die beteiligten westlichen Staaten die Menschen jetzt so im Stich?*

Michael Schulze von Glaßer: Eigentlich ging es bei dem Einsatz ja nie um Afghanistan und die Menschen dort, sondern um die Sicherheitsinteressen der westlichen Staaten. Das Paradigma des deutschen Einsatzes war ja das des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck (SPD): „Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt.“

Um den Einsatz weiter zu legitimieren, schob man später noch Ziele hinterher wie, die Lebenssituation der Menschen in dem Land zu bessern. Beide Ziele wurden verfehlt: Die Gefahr islamistischen Terrors in den USA und in Europa ist durch den Einsatz massiv gewachsen und die Lage der Afghaninnen und Afghanen hat sich kaum verbessert.

Wie egal den intervenierenden Staaten die Menschen in Afghanistan sind, zeigte sich auch schon beim Kundus-Massaker 2009: Bei der Bombardierung zweier von Aufständischen entführter Tanklaster auf Befehl des deutschen Oberst Georg Klein starben über 100 Menschen, darunter auch Kinder. Klein wurde dafür nie zur Verantwortung gezogen, später sogar befördert und ist heute noch bei der Bundeswehr im Dienst. Recht gab es für die Menschen in Afghanistan von westlicher Seite nie.

UZ: *Nach dem Abzug der westlichen Truppen liegt nun alles an der afghanischen Zentralregierung. Halten Sie eine Kooperation mit den Taliban für möglich?*

Michael Schulze von Glaßer: Es ist keine Kooperation, aber zumindest Verhandlungen fanden ja bereits real statt: Der Abzug der westlichen Truppen ist die Folge einer Vereinbarung zwischen den Taliban und der US-Regierung. Auch zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban sollen bald wieder Gespräche stattfinden. Eine wirkliche „Kooperation“ mit den Taliban stelle ich mir schwer vor. Eine Koexistenz ist erst einmal wahrscheinlicher und mindert hoffentlich die Zahl ziviler Opfer in dem Land.

UZ: *Hätten die Verhandlungen aus Ihrer Sicht schon früher beginnen müssen?*

Michael Schulze von Glaßer: Grundsätzlich befindet man sich da in einem Dilemma: Entweder man verhandelt mit den Taliban, wobei man politische Eingeständnisse mit negativen Folgen machen muss, oder man weigert sich zu verhandeln und es gibt ebenfalls negative Folgen. Aus unserer Perspektive vereinen die islamistischen Taliban vieles, was wir bekämpfen: Sie sind gewalttätig, sexistisch, homophob und vieles mehr. Um erst einmal weitere Tote zu vermeiden, sind Gespräche mit diesen Leuten aber unumgänglich. Das schmerzt, ist aber wohl der bessere Weg.

Und wir sehen an einigen Konflikten, dass mit der zuvor dämonisierten Gegenseite irgendwann doch verhandelt wurde – etwa mit der IRA im Nordirlandkonflikt. Leider aber eben oft zu spät, was noch viele vermeidbare Opfer zur Folge hatte. Diesem ganzen Dilemma entgeht man natürlich, wenn man sich erst gar nicht auf ein gewaltsames Kräftemessen einlässt und stattdessen von Anfang an auf zivile und gewaltfreie Möglichkeiten der Konfliktlösung setzt. Das ist, was wir bevorzugen.

UZ: *Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan soll am 31. August mit einem sogenannten Großen Zapfenstreich vor dem Reichstag gewürdigt werden. Welchen Grund gibt es, diesen Einsatz zu feiern?*

Michael Schulze von Glaßer: Die Bundesregierung wollte den Einsatz am liebsten klammheimlich auslaufen lassen – das fand die Bundeswehr nicht gut, immerhin mussten ihre Soldatinnen und Soldaten ihre Köpfe für den Einsatz hinhalten. Nun gibt es am 31. August zunächst einen Abschlussappell im Bendlerblock in Berlin, um den Einsatz quasi auch formell abzurunden. Am Abend ist dann der Zapfenstreich geplant. Dabei geht es wohl weniger darum, den Einsatz zu „feiern“ – jede und jeder weiß, dass der Einsatz gescheitert ist – als vielmehr darum, die Bundeswehr und die Militärpolitik der Bundesregierung und des Parlaments zusammenzuhalten – daher auch die gewählte Örtlichkeit auf der Wiese vor dem Bundestagsgebäude in Berlin. Der Einsatz ist gescheitert, aber man möchte sich gegenseitig stärken, sich Mut zusprechen und zeigen, dass man dennoch zusammensteht.

UZ: *Wird es Proteste der Friedensbewegung gegen den Zapfenstreich geben?*

Michael Schulze von Glaßer: Der 31. August ist ein Dienstag, was zumindest für eine größere Mobilisierung eher ungünstig ist. Und die letzten Proteste gegen das traditionelle Gelöbnis vor dem Reichstag in Berlin durften zuletzt nur in einem Kilometer Entfernung durchgeführt werden. Das machte die Proteste zum einen wenig attraktiv, zeigte zum anderen aber auch, wie wenig akzeptiert solche Militärschauspiele sind: Die Bundeswehr verbarrikadiert sich dabei regelmäßig auf der Reichstagswiese und schottet sich vor der Bevölkerung ab. Auch am 31. August werden nur geladene Gäste zugelassen. Wir planen dennoch, dem militärischen Treiben etwas entgegenzusetzen und vor allem auch, den Medien ein Gegenbild zu liefern. Wir werden Konsequenzen aus dem Afghanistaneinsatz fordern: Alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden! Abrüsten jetzt!

Das Gespräch führte Markus Bernhardt

Staatsgewalt rüstet auf

Polizeidrohnen sind eine Gefahr für unsere Grundrechte

Ein leises Surren, mehr ist nicht zu hören, wenn die Freiburger Polizeidrohne über dem Stühlinger Kirchplatz ihre Runden dreht. Ein paar Schilder weisen auf die Videoüberwachung per Drohne hin. Menschen sitzen im Park und picknicken, sind auf dem Weg zur Arbeit, hören Musik. Unsichtbar bleibt, wie dabei eine ungeheure Menge an Daten in dem unscheinbaren weißen Polizei-Überwachungswagen, gebaut von der Firma elt, zusammenkommt. Die Drohne filmt wahllos alle Menschen im Videoausschnitt, die Überwachungsmaßnahme ist keine Verbrecherjagd oder Vermisstensuche – es ist eine der alltäglichen Racial-Profiling-Kontrollen in der Freiburger Innenstadt.

Polizeidrohnen sind nach ersten Tests Anfang der 2000er in den letzten Jahren recht schnell zu einem Standardwerkzeug der Polizeibehörden geworden. Die Drohnen werden mittlerweile selbst für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten eingesetzt, zum Beispiel wenn das Ordnungsamt auf Rügen Corona-Kontaktbeschränkungen durch die Überwachung von Strand und Wäldern kontrolliert. Diese Alltäglichkeit bringt einiges an zu wenig diskutierten Veränderungen und damit verbundenen Grundrechtseinschränkungen mit sich. Wenn bei

Foto: ©IM NRW/Caroline Seidel

Drohnen bieten der Polizei bisher ungeahnte Möglichkeiten zur Überwachung.

Versammlungen Drohnen eingesetzt werden, ist die Hürde viel niedriger als bei den sehr teuren Hubschraubereinsätzen. Zudem filmt eine Drohne meist konstant, da dies allein für die Lenkung schon nötig ist. Das anlasslose Filmen von Versammlungen ist eigentlich gesetzwidrig und droht nun doch über den Drohneneinsatz zur Normalität zu werden. Wenn es normal wird, anlasslos gefilmt zu werden auf Versammlungen, Sportevents und selbst beim Picknick im Park, bringt dies eine weitere Verschiebung der Polizei von einer bereits in der Kritik stehenden Behörde zur Strafverfolgung hin zu einer präventiv agierenden Überwachungsinstitution. Dass dies nicht mit demokratischen Grundrechten vereinbar ist, liegt auf der Hand.

Neben den grundrechtlichen Einschränkungen bringen Polizeidrohnen noch einige andere, wenig beachtete Probleme mit sich. Denn die meisten von der Polizei eingesetzten Drohnen sind für den Hobbygebrauch entwickelt worden und bieten daher kaum oder keine Vorkehrungen für den Datenschutz. Dass die deutsche Polizei zunehmend militarisiert wird, wird bereits seit einigen Jahren diskutiert, ob bei der Ausstattung mit Handgranaten durch die neuen Polizeigesetze oder dem Einsatz von SEK-Einheiten gegen politischen Protest. Auch hier spielen Drohnen eine unrühmliche Rolle. Die Drohnen, die nicht aus dem Hobbybereich stammen, werden von Rüstungskonzernen wie beispielsweise Rheinmetall gebaut. Insbesondere bei der Entwicklung von flugzeuggroßen Drohnen, die sich die Polizei auch in Deutschland wünscht, sind Rüstungskonzerne die einzigen Hersteller. In Italien wurden bereits ehemalige Militärdrohnen nach ihrem Einsatz in Afghanistan von der Polizei zur Überwachung von Fußballveranstaltungen übernommen.

Drohnen sind ein billiges Einsatzmittel, das der Polizei große Möglichkeiten zur Überwachung bietet, die rechtlich kaum in ihre Schranken verwiesen werden. Damit reihen sich Drohnen in die lange Reihe autoritär anmutender Werkzeuge der Polizei, von intelligenter Videoüberwachung an Bahnhöfen bis zum Gefährder-Konstrukt der Polizeigesetze. Umso mehr Grund, die derzeitige Entwicklung kritisch zu analysieren und sich Versammlungsfreiheit und Schutz vor omnipräsenter Überwachung nicht einfach nehmen zu lassen.

Sam Rivera

Versammlungsverhinderungsgesetz

Düsseldorfer Demonstration hat juristisches Nachspiel

Nachdem die Polizei am 26. Juni eine Demonstration des Bündnisses „Versammlungsgesetz NRW stoppen – Grundrechte erhalten!“ attackiert hatte, wurden mittlerweile mehrere Klagen eingereicht. Nach Aussagen des NRW-Innenministers Herbert Reul (CDU) vor dem Düsseldorfer Landtag wurden am 26. Juni 328 Personen von der Polizei unter Einsatz von Schlagstöcken und Reizgas „eingeschlossen“.

Aktuell klagen zwei aus dem Münsterland stammende Demonstranten vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht gegen ihre stundenlange Einkesselung durch die Polizei. Sie sehen in der Polizeimaßnahme eine rechtswidrige Freiheitsberaubung. „Im Kessel mussten die DemonstrantInnen, darunter die beiden Klageführenden, mehrere Stunden ausharren, ohne dass die Polizei für die grundlegendsten sanitären Vorkehrungen sorgte. Ein konkreter Grund für die Einkesselung war nicht ersichtlich. Es war nicht einmal erkennbar, dass es zu diesem Zeitpunkt zu einem Polizeikessel kommen würde. Eine polizeiliche Auflösung der Versammlung hatte zuvor nicht stattgefunden“, kritisierten mehrere Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland in einer Pressemitteilung.

Das Bündnis „Versammlungsgesetz NRW stoppen – Grundrechte erhalten!“ hat vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen eingereicht und mobilisiert zu einer Demonstration am 28. August nach Düsseldorf.

Markus Bernhardt

Besser organisiert

Pandemiebekämpfung und Katastrophenschutz in der DDR

Die Corona-Pandemie ist lange noch nicht vorbei. Von Anfang an gab es heftige Debatten im Hinblick auf das Katastrophenmanagement von Bundesregierung und Ländern. Warum gab es keinen Maßnahmepläne? Warum gab es keine Reserven – zum Beispiel bei Schutzmasken und anderem Grundmaterial? Einheitliches Handeln? Bis heute „ein Problem“. Dabei hätte man doch vor über 30 Jahren vorhandene Erfahrungen in der Pandemiebekämpfung aufgreifen können. Aber das war und ist politisch nicht gewollt, denn dann hätte man so einiges von der DDR übernehmen müssen.

Heinrich Niemann, Sozialmediziner und langjähriger Stadtrat der PDS in Marzahn-Hellersdorf, erinnerte sich in einem Beitrag in der „Berliner Zeitung“: „Die Reaktion auf eine Epidemie/Pandemie war *(in der DDR – UZ)* vom Gesetz her geregelt. Der Gesundheitsminister leitete eine ständige Kommission zur Verhütung und Bekämpfung von Epidemien. Bereiche wie Bildung, Handel, Wirtschaft, Polizei gehörten dazu. Die staatliche Plankommission hatte die Aufgabe, schnellstmöglich zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. In den 15 Bezirken und den Kreisen gab es Kommissionen und Seuchenbekämpfungspläne. Die Einrichtungen des Gesundheitswesens – Universitätskliniken, Kreiskrankenhäuser, Polikliniken, Hygieneinspektionen, Arztpraxen, Kinder- und Pflegeeinrichtungen, aber auch die Betriebe, Schulen, Behörden – wurden von Beginn einbezogen.“ Heute stehen vor allem die Eigentumsverhältnisse einer effektiven Pandemiebekämpfung im Wege: „Eine der wichtigsten politischen Forderungen ist, das Gesundheitswesen (…) zu verstaatlichen.“ *(Siehe auch UZ vom 17. Juni 2020)*

Auch für Katastrophenfälle wie jetzt in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Teilen Bayerns gibt es keine einheitlichen allgemeinen Regelungen. Und so forderte Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages, angesichts zerstörerischer Überschwemmungen und des Todes von mehr als 170 Menschen, „nach der akuten Nothilfe eine glasklare Analyse“ des Katastrophenschutzes. Deutschlands Katastrophenschutz sei ein Flickenteppich, kritisierten die Grünen.

Im Hinblick auf den Schutz vor solchen Naturkatastrophen hätte man von der DDR nach 1990 Bewährtes übernehmen und angesichts des fortschreitenden Klimawandels und neuer technischer Möglichkeiten durch neue Erfahrungen und Erkenntnisse ergänzen können. Aber da fehlte und fehlt nicht nur der politische Wille. Wie der „MDR“ in einer Sendung 2014 feststellte, „behaupten“ beispielsweise „Insider“, dass das Hochwasser-Management der DDR „effektiver und vielfach besser organisiert“ war als heute. „Vor allem durch den zentralistischen Aufbau (…) Anders als vermutet, experimentierten damals unzählige Wissenschaftler vor allem an ökologischen Konzepten des Hochwasserschutzes.“ Im Grenzgebiet zur BRD (für den „MDR“ eine „innerdeutsche Grenze“) „blieben viele Flüsse wie die Elbe von großen Deichbaumaßnahmen fast komplett verschont. Die Mangelwirtschaft der DDR verhinderte vielfach den befestigten Bau von Staustufen und Begradigungen. So entstand ein – wenn auch ungewollter – ökologischer Hochwasser-Schutz, wie er von der Bundesregierung seit 2002 gefordert, doch nur in Bruchteilen umgesetzt wird. Ein Hauptproblem dabei sind die neuen Eigentumsverhältnisse in den neuen Bundesländern.“ So konnten dagegen beispielsweise zu DDR-Zeiten auf zentrale Anordnung „Auenbereiche als wichtige natürliche Hochwasser-Rückhaltebecken von land- oder forstwirtschaftlicher Nutzung ausgeschlossen werden“.

Doch nicht nur vom Hochwasser-Management der DDR hätte man manches übernehmen können. Wenn jetzt über den Einsatz von Sirenen zur Warnung vor Katastrophen wie extremen Wetterereignissen debattiert wird, muss daran erinnert werden, dass beispielsweise nach 1990 im Osten Deutschlands zehntausende Sirenen abgebaut wurden. Ein Grund dafür: Städte und Gemeinden sollten nun für deren Unterhalt selbst aufkommen. Mit dem Anschluss der DDR wurden auch die Katastrophenkommissionen, die seit 1954 nicht nur zentral, sondern auch auf der Ebene der Bezirke und Kreise des Landes existierten und in denen Vertreter aller für den Katastrophenfall wichtigen Institutionen und der Verwaltungen mitarbeiteten, abgeschafft. **Nina Hager**

Edi bese – Es reicht!

Trotz staatlicher Repression und Medienhetze fand kurdischer Kongress in Bergisch Gladbach statt • Anti-Repressions-Kolumne von Henning von Stoltzenberg

Es ist ja nicht so, als wären die Strukturen der kurdischen Befreiungsbewegung keinen Kummer mit den deutschen Behörden gewöhnt. Was sich aber am 11. Juli zugetragen hat, war ohne Übertreibung nochmal eine ganze Schippe obendrauf.

Der Kongress der Kurdischen Demokratischen Gesellschaft in Europa (KCDK-E), mit Sitz in Belgien, der 26 Verbände mit 403 angeschlossenen Vereinen vertritt, wollte sich in Bergisch Gladbach treffen. Beim geplanten Kongress sollten politische Themen rund um den Nahen Osten und die kurdische Frage diskutiert werden. Wie bei jedem Jahreskongress ging es auch um eine Vorstandswahl. Doch es kam erst mal anders.

Noch bevor sich die deutschen Repressionsbehörden bequemten, das Verbot telefonisch mitzuteilen, wurden auf deutschsprachigen Nachrichtenportalen wie „Focus online“, „Kölner Stadtanzeiger“ und der „Deutschen Presseagentur“ (dpa) diffamierende Berichte über die kurdische Selbstorganisierung und die Aktivitäten des Dachverbands veröffentlicht. Eine schriftliche Begründung für das Verbot fehlte auch Tage danach. In den Artikeln heißt es unter anderem, dass „200 hochrangige PKK-Funktionäre“ bei dem Kongress zusammenkommen wollten. Es ging dabei nicht nur um Kurden, sondern natürlich um „Linksextreme“. Da ist natürlich Vorsicht angebracht und die angekarrten Hundertschaften sind völlig gerechtfertigt. Kein Wort von den beinahe täglichen Massenverhaftungen linker Oppositioneller in der Türkei ging der herrschenden Politik über die Lippen.

Repressionen seitens deutscher Behörden gegen die kurdische Selbstorganisierung gibt es leider seit mehreren Jahrzehnten. Immer wieder werden Demonstrationen, Kundgebungen und andere Aktivitäten, die sich im Rahmen der Versammlungs-, Organisations- und Meinungsfreiheit bewegen, unter fadenscheinigen Begründungen verboten. Doch genau weil das so ist, hat die Bewegung schon vor langer Zeit die Angst vor diesen Behörden verloren. Trotz der willkürlichen und rechtswidrigen Repression wurde nicht nachgegeben, sondern der Kongress als öffentliche Freiluftveranstaltung in Form einer Kundgebung durchgeführt. Viele der Delegierten und Freunde der kurdischen Freiheitsbewegung von Skandinavien bis Italien waren anwesend, über 50 Organisationen und 20 Institutionen waren am Ende trotzdem präsent.

Es ist den Anwesenden gelungen, unter massiver Polizeipräsenz unter freiem Himmel reguläre Wahlen abzuhalten und einen Vorstand sowie einen Disziplinar- und Aufsichtsrat für die neue Amtszeit zu wählen. Daneben wurde getanzt und gelacht und wurden die Repression sowie die diffamierenden Berichte der bürgerlichen Presse ad absurdum geführt. Aber auch rechtliche Schritte gegen die Willkür und das rechtswidrige Vorgehen der deutschen Polizei wurden eingeleitet. Gleiches gilt für genannte Medien, die versucht haben, den KCDK-E mit Lügen und Verleumdungen zu diffamieren und im Vorfeld zu kriminalisieren.

Wir können daraus lernen, wie es geht, den Spieß einfach umzudrehen. Denn durch das mutige Verhalten der kurdischen Bewegung und zahlreicher Unterstützer ist es gelungen, die offensichtliche Kumpanei der deutschen Bundesregierung mit dem Erdogan-Regime sichtbar zu machen. Nun wird es darauf ankommen, ob viele linke Kräfte auch im Nachhinein ihre Stimme erheben, damit sich ein solches Vorgehen nicht noch einmal wiederholen kann. Denn ein solches Prozedere der Klassenjustiz kann uns jederzeit alle treffen. Hier sind wir alle in der Pflicht, zu sagen: Edi bese – Es reicht!

Regierungsbildung im Libanon

Der Milliardär Saad Hariri war nach acht Monaten mit dem Versuch gescheitert, die Regierung des Libanon zu bilden. Jetzt scheint sein Nachfolger gefunden zu sein. Najib Mikati, ebenfalls Milliardär und Verbündeter von Hariri, soll den Auftrag erhalten, mit einer Regierung von Fachleuten Korruption und den Einfluss der Milliardäre zu begrenzen. Die Zustimmung diverser politischer Gruppierungen scheint sicher. Najib Mikati ist mit dem Prozedere vertraut, war schon einmal nach einem Rücktritt Hariris dessen Nachfolger. 2011 wurde er mit den Stimmen der Hisbollah und anderer Parteien zum Ministerpräsidenten gewählt. Zwei Jahre später trat er zurück, blieb aber noch zehn Monate geschäftsführend im Amt, bis das Parlament sich auf einen Nachfolger einigen konnte.

Staatskrise in Tunesien

Tunesiens Präsident Kais Saied hat Regierungschef Hichem Mechichi abgesetzt und angekündigt, die Amtsgeschäfte mit Mechichis Nachfolger selbst zu führen. Die Arbeit des Parlaments werde für 30 Tage ausgesetzt, die Immunität aller Abgeordneten aufgehoben. Die Polizei stürmte das Hauptstadtbüro des Fernsehsenders „Al-Dschasira“. Präsident Saied entließ zudem die Minister für Justiz und Verteidigung. Der Präsident liefert sich seit Monaten einen Machtkampf mit der islamisch-konservativen Ennahda-Partei. Zu dieser gehören der abgesetzte Regierungschef Mechichi und Parlamentspräsident Rached Ghannouchi. Seit 2011 hat das Land mehr als zehn Regierungswechsel erlebt. Massenproteste entzündeten sich wegen hoher Arbeitslosigkeit und Korruption.

China kritisiert USA

China forderte die USA Anfang der Woche auf, die Politik der Dämonisierung und Stimmungsmache gegen die Volksrepublik zu beenden. „Wir fordern die Vereinigten Staaten auf, ihre höchst fehlgeleitete Denkweise und gefährliche Politik zu ändern“, sagte Vize-Außenminister Xie Feng bei einem Treffen mit der stellvertretenden US-Außenministerin Wendy Sherman in Tianjin. Es scheine, als sei eine Kampagne im Gange, die China zu Fall bringen solle. Xie Feng vermutet, dass die USA durch die Dämonisierung Chinas von ihren eigenen strukturellen Problemen ablenken wollen. Die Beziehungen beider Staaten befänden sich in „ernsthaften Schwierigkeiten“.

Proteste in Brasilien

Am vergangenen Wochenende gingen erneut tausende Brasilianer in 27 Provinzhauptstädten des Landes auf die Straße, um gegen die Regierung des Faschisten Bolsonaro zu demonstrieren. Die Demonstrationen richteten sich gegen die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Demonstranten forderten zudem mehr Impfungen gegen Corona, wirtschaftliche Hilfen in der Pandemie und ein Amtsenthebungsverfahren gegen Bolsonaro.

Konferenzboykott

Am 22. September soll die antirassistische Konferenz „Durban IV“ in der gleichnamigen südafrikanischen Stadt stattfinden. Die BRD, USA, Großbritannien, Australien, Kanada und weitere westliche Staaten „verzichten“ auf eine Teilnahme an der von der UNO ausgerichteten Konferenz wegen „Sorgen vor einer erneuten Verunglimpfung Israels“. 2001 hatten Syrer und Palästinenser Israel als rassistischen Staat bezeichnet, der Menschenrechte der Palästinenser verletze.

Pleite auf ganzer Linie

Um US-Einknicken bei Nord Stream zu verschleiern, wird das neue alte Feindbild poliert

Der Text strotzt nur so vor antirussischen Vorwürfen: „Wir bekennen uns heute erneut dazu, gegen russische Aggression und russische destruktive Aktivitäten in der Ukraine und darüber hinaus vorzugehen.“ Man sei entschlossen, „Russland für Aggressionen und destruktive Aktivitäten zur Rechenschaft zu ziehen, indem dafür durch Sanktionen und andere Instrumente Kosten auferlegt werden“, heißt es in der „gemeinsame(n) Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele“. Und weiter: „Sollte Russland versuchen, Energie als Waffe zu benutzen, oder weitere aggressive Handlungen gegen die Ukraine begehen, wird Deutschland auf nationaler Ebene handeln und in der Europäischen Union auf effektive Maßnahmen einschließlich Sanktionen drängen, um die russischen Kapazitäten für Exporte nach Europa im Energiesektor, auch in Bezug auf Gas, zu beschränken, beziehungsweise auf effektive Maßnahmen auf anderen wirtschaftlich relevanten Gebieten. Diese Zusage zielt darauf ab, sicherzustellen, dass Russland keine Pipeline, einschließlich Nord Stream 2, zur Erreichung aggressiver politischer Ziele einsetzt, indem es Energie als Waffe nutzt.“

Das alles ist erkennbar Propaganda. Bekanntlich hat Russland, wie auch die Sowjetunion, niemals Fossilenergie-Exporte als Waffe eingesetzt. Im Gegensatz zur Ukraine, die nicht nur Gas aus der Transitleitung stahl, sondern auch versucht hatte, mit der Androhung einer Leitungsblockade Russland und Europa zu erpressen. Die Konsequenz daraus hieß damals Nord Stream. Von Deutschland initiiert. Es war die US-Regierung, die mit politischem Druck und Sanktionen den Bau der Pipeline zu verhindern trachtete.

Eine Beruhigungspille für den düpierten Frontstaat Ukraine muss auch dabei sein: „Die Vereinigten Staaten und Deutschland stimmen in der Auffassung überein, dass es im Interesse der Ukraine und Europas liegt, den Gastransit durch die Ukraine auch über 2024 hinaus fortzusetzen.“ Man werde „alle verfügbaren Einflussmöglichkeiten nutzen, um eine Verlängerung des Gastransitabkommens der Ukraine mit Russland um bis zu zehn Jahre zu ermöglichen“. Das ist kaum mehr als ein Placebo. Durch Nord Stream wird Deutschland zu einem wichtigen Gashub in Zentraleuropa, der einen Großteil der europäischen Energieversorgung kontrolliert. Diese mühsam erkämpfte Position werden sich die deutschen Energieriesen und ihre Regierung nicht verwässern lassen. Der unsichere Transit durch die Ukraine kostet Milliarden. Man investiert keine zweistellige Milliardensumme, um dann keine Profite daraus zu ziehen.

Das Dokument enthält auch ein Bekenntnis zur Erreichung des 1,5-Grad-Klimaziels. Heißt also, Deutschland werde „Energieprojekte mit der Ukraine fördern, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz sowie der Unterstützung für den Kohleausstieg“. Daneben soll es eine Förderung für die „Sicherung und Steigerung der Kapazitäten für Gasrückflüsse in die Ukraine“ geben sowie „technische Hilfe für die Integration der Ukraine in das europäische Stromnetz“. Bedeutet konkret: Die Ukraine verliert die milliardenschweren Transitgebühren, wird unter dem Label des Klimaschutzes der eigenen Ressourcen beraubt und mehr und mehr von teuren europäischen Energie- und Technologie-Exporten abhängig gemacht. Als Trostpflaster wird eine EU-Unterstützung im Zeitraum von 2021 bis 2027 von 1,77 Milliarden US-Dollar in Aussicht gestellt.

Die Merkel-Regierung feiert diese „Einigung“ als Erfolg. Auch die russische Seite sieht das Abkommen positiv, wenngleich Außenamtschef Sergej Lawrow betont, dass für ihn die Androhung von Sanktionen „inakzeptabel“ sei. Er zog Vergleiche mit dem Verhalten der USA und der EU in anderen Fragen, die Russland oder Belarus tangierten, mit der Defender-Provokation und den Sea-Breeze-„Muskelspielen“ vor der Krim. Eine „Kultur der Verhandlungen und der Diplomatie“ würde nicht mehr interessieren. Man verhänge sofort Sanktionen, das sei „einfach nur traurig“. Die verbale Drohkulisse des „Einigungs“-Papiers und die militärische in der Ostsee und im Schwarzen Meer beeindrucken die russische Seite ganz offenkundig wenig. So etwas ist man seit Jahren gewöhnt. Die Pipeline wird zu Ende gebaut. Das Gas wird strömen. Die Kalten Krieger haben verloren. Zumindest in diesem Fall.

Klaus Wagener

Kommentar Seite 9

Foto: © Nord Stream 2 / Axel Schmidt

Bauarbeiter errichten die Pipeline in Lubmin.

Luftangriffe auf Syrien

Russische Systeme fangen israelische Raketen ab

Drei Luftangriffe innerhalb einer Woche – am 20., 22. und 25. Juli –, das ist selbst im Kampf Israels gegen Syrien, andauernd mit niedriger Intensität geführt, ungewöhnlich. Zudem drei erfolglose Angriffe in Folge: bemerkenswert.

Anfang des Monats hatten Russland, die Türkei und Iran in einer gemeinsamen Erklärung die wiederholten israelischen Angriffe verurteilt. Der syrische Außenminister erklärte, als Gründungsmitglied der UN vertraue Syrien auf das internationale Recht. Die UN sollten Israel dazu verpflichten, die Resolutionen im Zusammenhang mit dem Waffenstillstandsabkommen zu respektieren. Wie wiederholt in der Vergangenheit bei ähnlichen Angriffen wurden die syrischen Beschwerden ignoriert.

Immer wieder greift die israelische Luftwaffe Ziele in Syrien an. Diese aggressiven Aktionen sind unter anderem ein Bruch des Waffenstillstandsabkommens, das seit 47 Jahren in Kraft ist. Beim Angriff auf Homs, der vom Libanon aus geführt wurde, wurden gar zwei Waffenstillstandsvereinbarungen (mit Syrien und Libanon) gebrochen.

Militärisch waren die Angriffe offenbar erfolglos. Der stellvertretende Chef des russischen Versöhnungszentrums in Syrien, Admiral Vadim Kulit, erklärte, bei einem Angriff in der Provinz Homs seien alle vier eingesetzten israelischen Raketen abgeschossen worden, bei einem Angriff auf die Provinz Aleppo seien sieben von acht israelischen Raketen abgeschossen worden. Eine Rakete habe ihr Ziel, eine Forschungseinrichtung, beschädigt.

Derartige Zahlen veröffentlicht das russische Militär zum ersten Mal seit Langem. Genauere Zahlen gab es von dort zum Beispiel nach einem Großangriff der USA, Frankreichs und Großbritanniens wegen eines angeblichen Chemiewaffeneinsatzes durch die syrische Armee im April 2018. Damals listete die russische Armee akribisch auf, wie viele angreifende Raketen und Marschflugkörper die syrische Luftabwehr abgeschossen hatte. Auch diese Aktion war letztlich ein Misserfolg für die Angreifer. Damals konnte man getrost die Frage stellen, ob die russische Armee womöglich Hilfe geleistet hatte.

In der Regel meldet das syrische, nicht das russische Militär bei israelischen Angriffen, ohne weitere Details zu nennen, „die meisten“ der angreifenden Raketen seien abgeschossen worden. Wenn die detaillierten Zahlen Admiral Kulits zutreffen, waren die russischen Luftabwehrsysteme äußerst effizient. Vielleicht war auch in diesem Falle die russische Armee behilflich.

Die syrische Luftabwehr setzte unter anderem relativ moderne Raketen vom Typ „BUK-M2“ ein. Ein anderes russisches Abwehrsystem in Syrien ist die „S-300“. Es ist in der Lage, angreifende israelische Flugzeuge zu bekämpfen, aber aus Rücksicht auf ihre vielfältigen Interessen und Beziehungen in der Region hatte die russische Regierung lange gezögert, es nach Syrien zu liefern. Erst als im Rahmen eines israelischen Angriffs die syrische Luftabwehr versehentlich ein russisches Flugzeug abschoss, änderte sich die russische Haltung. Drei „S-300“-Systeme wurden geliefert. Ob aus technischen oder politischen Gründen – sie wurden bisher nicht eingesetzt.

Dass nun ausgerechnet ein hoher russischer Militär die erfolgreichen Abschüsse mitteilte, kann durchaus als politisches Zeichen gewertet werden: eine Warnung an Israel, das bisher alle russischen Aufrufe zur Mäßigung ignoriert hat. Ebenso als Beruhigung gegenüber Syrien, das die wiederholten israelischen Angriffe ohne ausreichende Antwort hinnehmen musste.

Manfred Ziegler

Trojaner mit Flügeln

Software spioniert Journalisten und Aktivisten aus

„Pegasus“ ist ein Staatstrojaner, eine für Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden geschaffene Software. Werden Handys damit infiziert, liest die Spionagesoftware Mails und Chatnachrichten mit, auch solche, die per WhatsApp, Telegram oder Signal verschickt werden. Auf dem Gerät gespeicherte Daten wie Dokumente und Fotos sind einsehbar und auch Mikrofon und Kamera des Smartphones können ohne Wissen der betroffenen Person aktiviert werden. Mit „Pegasus“ werden also nicht nur Datenströme überwacht, sondern Smartphones fremdgesteuert.

Bekannt geworden ist „Pegasus“ dadurch, dass der Organisation „Forbidden Stories“ eine Liste mit mehr als 50.000 Telefonnummern zugesteckt wurde. Offenbar stammen diese Nummern unter anderem von Geheimdiensten, die diese für mögliche Angriffe mit „Pegasus“ gesammelt haben. Rund 1.000 von ihnen konnten konkreten Personen zugeordnet werden, darunter Journalistinnen und Journalisten von „Reuters“, „New York Times“, „Al Jazeera“, „CNN“ und „The Wire“.

Laut „Forbidden Stories“ haben Geheimdienste aus elf Ländern den Staatstrojaner eingesetzt: Aserbaidschan, Indien, Kasachstan, Mexiko, Marokko, Ruanda, Togo, Saudi-Arabien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ungarn.

Das Beispiel Indien zeigt, dass keinesfalls nur Journalisten Ziel der Angriffe sind. Rahul Gandhi, prominentes Mitglied der oppositionellen Kongresspartei, ist unter den möglichen Opfern der Cyber-Attacke, wie auch Aktivisten aus Gewerkschaften, Bewegungen gegen das Kastensystem und Aktivisten in von den Naxaliten kontrollierten Gebieten. Indien unter Premierminister Modi ist das Land, das weltweit mit großem Abstand die meisten kompletten regionalen Internet-Shutdowns verhängt. Von den global 155 registrierten Shutdowns des Jahres 2020 wurden 109 in Indien verzeichnet. Diese Shutdowns sind in beinahe der Hälfte aller Fälle erfolgt, während Polizei oder Militär mit brutaler Gewalt gegen Proteste vorgingen.

Die „Washington Post“ berichtet, dass Mexiko 2011 der erste internationale Kunde der israelischen Firma „NSO“ war, die „Pegasus“ entwickelte. Rund 15.000 Telefone sollen dort infiziert worden sein, darunter auch die von Medienschaffenden sowie früher Politikerinnen und Politiker der Opposition, die zum Umfeld des heutigen mexikanischen Präsidenten López Obrador gezählt werden.

In deutschen Medien ist die Aufregung groß, weil mit Ungarn ein EU-Staat „Pegasus“ genutzt haben soll, um Journalistinnen und Journalisten zu überwachen. Zudem hat eine israelische Firma einen angeblich zur Terrorismus-Bekämpfung geschaffenen Staatstrojaner an „autoritäre Regimes“ verkauft.

Hierzulande hat der Bundestag im Juni beschlossen, dem sogenannten „Verfassungsschutz“, BND und militärischem Abschirmdienst MAD zu erlauben, Staatstrojaner einzusetzen. Damit soll eine „Fähigkeitslücke“ bei der Überwachung von „Terroristen und Extremisten“ geschlossen worden sein, berichtete unter anderem die „Tagesschau“. Die Kritik an den „autoritären“ Regierungen schlägt zurück: Da sich in Deutschland unter den von den Sicherheitsbehörden als Extremisten Eingestuften auch Oppositionelle und Journalisten befinden, steht die Frage im Raum, warum der im Fall „Pegasus“ häufig verwendete Begriff „Skandal“ im Juni weitgehend ungenutzt geblieben ist.

Lars Mörking

Contras und Corona

US-Präsident Biden verhängt neue Sanktionen gegen Kuba. Mexiko und Russland schicken Hilfsgüter

Foto: Presidencia y Gobierno de la República de Cuba

Mitarbeiter des Palastes der Revolution gedenken des 68. Jahrestags des Sturms auf die Moncada-Kaserne.

Kuba hat den „Tag der Nationalen Rebellion“ zur Erinnerung an den Angriff einer Gruppe junger Guerilleros auf die Kasernen „Moncada“ in Santiago de Cuba und „Carlos Manuel de Céspedes“ in Bayamo am 26. Juli 1953 in diesem Jahr nicht mit den üblichen Großveranstaltungen gefeiert. Wegen neuer Rekordzahlen von Covid-19-Infektionen blieb es bei symbolischen Aktionen. Am Sonntag hatte das Gesundheitsministerium mit 8.853 Neuinfektionen und 80 Verstorbenen die höchsten Zahlen seit Beginn der Pandemie gemeldet. Die meisten neuen Fälle wurden in Havanna und Matanzas verzeichnet. Beide Städte waren Schwerpunkte der gewalttätigen Ausschreitungen nach den Protesten vom 11. Juli gewesen, bei denen viele Demonstranten keinerlei Abstand eingehalten und sich über die Maskenpflicht hinweggesetzt hatten.

Der von Fidel Castro angeführte „Moncada-Angriff“ war 1953 zwar militärisch gescheitert, gilt aber trotzdem als Startsignal für die Etappe der Kubanischen Revolution, die schließlich zum Sturz des US-freundlichen Diktators Fulgencio Batista führte. Das Hauptziel der jungen Rebellen, die Unabhängigkeit von fremder Vorherrschaft, werde das kubanische Volk weiterhin verteidigen, versicherte Präsident Miguel Díaz-Canel. „Die Guerilleros unserer Zeit führen eine Schlacht, die nicht weniger entscheidend ist als die einer Handvoll Revolutionäre, die mit Waffen einen Angriff für eine bessere Zukunft starteten“, schrieb die Gewerkschaftszeitung „Trabajadores“ zum Jahrestag. „Angesichts der annexionistischen Ambitionen des Imperiums und seiner Marionetten“ trage die heutige Generation die Verantwortung dafür, „die Ideale jener Kämpfer zu verteidigen, deren Opfer die Türen zum Sozialismus im Land von José Martí öffneten“, schrieb das Organ des Gewerkschaftsdachverbandes CTC.

Erneute Massenproteste, zu denen in Contra-Medien und „sozialen Netzwerken“ für den 26. Juli aufgerufen worden war, blieben mangels Beteiligung weitgehend aus. Exilkubaner in Miami hatten angekündigt, eine Flottille mit „Hunderten von Booten“ nach Kuba zu schicken, um die dortigen Systemgegner mit Lebensmitteln, Medikamenten und Schusswaffen auszustatten. Wie das Onlineportal „Cubadebate“ am Sonntag meldete, waren aber nur fünf Boote in See gestochen, die 15 Seemeilen vor der Küste dümpelten, dort ein Feuerwerk zündeten und bereits am Sonntag wieder nach Miami zurückgekehrt waren.

Trotz Unterstützung durch US-Präsident Joseph Biden waren die Extremisten in Florida damit zunächst abermals gescheitert. Drei Tage zuvor hatte die US-Regierung in einem „Fact-Sheet“ mitgeteilt, die Biden-Administration sei davon überzeugt, dass die Kubano-Amerikaner „die besten Botschafter für Freiheit und Wohlstand in Kuba sind“. Die US-Regierung werde sich „weiterhin mit kubanisch-amerikanischen Interessenvertretern treffen, um den Demonstranten in Kuba Gehör zu verschaffen und ihnen Empfehlungen zu geben, wie die US-Regierung helfen kann“.

Bidens Unterwerfungserklärung gegenüber den Contras war zeitgleich mit der Ankündigung weiterer repressiver Maßnahmen erfolgt. „Heute verhängt meine Regierung neue Sanktionen, die auf Vertreter des kubanischen Regimes abzielen, um sie für ihre Handlungen zur Verantwortung zu ziehen“, hatte der Nachfolger Donald Trumps im Weißen Haus am 22. Juli im Stil seines Vorgängers erklärt. „Dies ist nur der Anfang. Die Vereinigten Staaten werden weiterhin alle bestrafen, die für die Unterdrückung des kubanischen Volkes verantwortlich sind“, kündigte Biden außerdem an. Seine Regierung arbeite eng mit der „Organisation Amerikanischer Staaten“ (OAS) und „internationalen Verbündeten“ zusammen, „um gemeinsam die Unterdrückung des kubanischen Volkes“ zu beenden, erklärte er.

Während die USA weiterhin eine Farbenrevolution in Kuba vorantreiben, wächst zugleich die internationale Solidarität mit der sozialistischen Inselrepublik. Die „New York Times“ veröffentlichte am Freitag einen von 400 Persönlichkeiten und Organisationen unterzeichneten ganzseitigen Aufruf mit dem Titel „Lasst Kuba leben!“ Die Unterzeichner fordern Biden darin auf, die von Donald Trump angeordneten 243 Zwangsmaßnahmen und die übrigen Sanktionen der Blockade gegen Kuba sofort aufzuheben. Zahlreiche Staats- und Regierungschefs der Region erklärten ebenfalls ihre Verbundenheit mit der Insel.

Als Beispiel für die Unterstützung lateinamerikanischer Länder, darunter Argentinien, Bolivien, Peru, Venezuela und Nicaragua sowie einer Reihe von Inselstaaten der Karibik, schlug Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador am Wochenende vor, Kuba, das „seit mehr als 60 Jahren seine Souveränität verteidigt“, zum Weltkulturerbe zu erklären. Das kubanische Volk habe für den „Widerstand gegen 62 Jahre US-Aggression“ zudem einen „Preis für sein einzigartiges Beispiel der Würde“ verdient, sagte er.

Mexiko schickte unterdessen am Montag zwei Schiffe mit Lebensmitteln, Medikamenten und Sauerstoff nach Kuba. „Jetzt, wo es eine schwierige gesundheitliche Situation in Kuba gibt, sollten wir alle helfen, anstatt zu blockieren; es ist nicht vorstellbar, dass sie in diesen Zeiten ein unabhängiges Land mit einer Blockade bestrafen wollen“, erklärte López Obrador am Montag. Zeitgleich kam materielle Hilfe aus Russland, das zwei Flugzeuge mit über 88 Tonnen Lebensmitteln, Medikamenten, Schutzausrüstung und medizinischen Masken geschickt hatte. „Ich bin dankbar für die Lieferung von humanitärer Hilfe durch die Regierung der Russischen Föderation, ein Symbol für die ausgezeichneten Beziehungen der Freundschaft und Solidarität, die unsere Bruderländer verbinden“, schrieb Kubas Außenminister Bruno Rodríguez am Sonntagabend auf Twitter, nachdem die Maschinen auf dem Flughafen von Havanna gelandet waren.

Volker Hermsdorf

Streik und Stromausfall

Der Iran im Fokus: Neue Regierung, mehr Druck aus den USA, Corona, Inflation und Armut

In der kommenden Woche wird Ebrahim Raisi, klerikaler Hardliner, den Staffelstab vom „liberalen Reformpräsidenten“ Hassan Rohani übernehmen. Zudem wird das Land von einer Elektrizitätskrise, einem Streik im Öl-Sektor, den Atomverhandlungen, Angriffen des US-Imperialismus sowie der Fertigstellung eines Öl-Terminals in Atem gehalten.

Aber der Reihe nach: Die 1.000 Kilometer lange Öl-Pipeline, die die Vorkommen im Landesinneren mit den Verladehäfen im Süden (Sistan-Belutschistan) verbindet, ist fertig. Sie umgeht die störanfällige Meerenge der Straße von Hormus und gilt insofern als geostrategischer Meilenstein. Vor dem Rückzug der USA aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran betrug die exportierte Menge 2,5 Millionen Barrel pro Tag (2015). Heute gehen Experten von einer realistischen Fördermenge zwischen 500.000 und einer Million Barrel täglich aus. Der iranische Rentierstaat ist hoch abhängig von diesen Einnahmen. Aufbauend auf den völkerrechtswidrigen Sanktionen führt Joseph Biden das Geschäft des „maximalen Druckes“ fort. In den vergangenen Tagen wurde bekannt, dass mutmaßlich abgehaltene geheime Verhandlungen zu einem neuen Atomabkommen in Wien vorerst auf Eis liegen.

Der Iran erklärte, diese würden unter der neuen Regierung wieder aufgenommen. Eine Einigung rückt in weite Ferne. Raisi muss, trotz verhaltener Zustimmung zu Verhandlungen, auf die systemimmanenten Kontrahenten Rücksicht nehmen. Der oberste Religionsführer sowie das wirtschaftliche Geflecht rund um die mafiösen Revolutionsgarden sahen die Gespräche in der österreichischen Hauptstadt von Anfang an skeptisch. Erschwerend kommt hinzu, dass der US-Imperialismus den Druck auf Iran erhöht: Die Biden-Administration plant weitreichende Sanktionen gegen die chinesischen Käufer iranischen Öls. Die Staatsanwaltschaft New York erhob Anklage gegen vier iranische Diplomaten, die angeblich planten, eine US-iranische „Menschenrechtsaktivistin“ aus Brooklyn zu entführen. Außerdem soll Iran nach Angaben des Anti-Spionage-Chefs von Facebook, Mike Dvilyanski, versucht haben, Informationen von Mitarbeitern der amerikanischen Rüstungsindustrie abzuschöpfen.

Im Juli kam es zu teils eklatanten Stromausfällen. Wütende Iranerinnen und Iraner demonstrierten gegen die anhaltenden Missstände. Dank Temperaturen von bis zu 50 Grad schnellte der Verbrauch massiv in die Höhe und lag mit 66 Gigawatt zu 20 Prozent über der iranischen Heimproduktion. Die allgegenwärtigen Sanktionen erschweren Teheran den Zugang zu Bau und Wartung neuer oder bestehender Anlagen. Anhaltende Dürre und das Wegbrechen des Handels mit Bagdad verschärfen die Lage.

Seit vier Wochen streiken zudem Arbeiter mit Zeitverträgen in der lebenswichtigen Öl-Branche: Die Kollegen fordern höhere Löhne, bessere Arbeitsschutzmaßnahmen, ein Ende der Zeitverträge und eine Reduktion der Arbeitszeit. Brandgefährlich für die herrschende Clique ist zudem, dass sich erste Teile der bessergestellten Stammbelegschaften den Streikenden angeschlossen haben. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Beginn der iranischen Revolution, der von landesweiten Ausständen im ölfördernden Gewerbe begleitet wurde. Den sozialpolitischen Hintergrund der Proteste stellen die Inflationsrate von 50 Prozent, die katastrophale Covid-19-Lage im Land mit 83.000 Toten und3.5 Millionen Infizierten, sechs Millionen Arbeitslose, 20 Millionen Tagelöhner, die Liquidierung von 15.000 Betrieben seit 2020 dar sowie die 50 Prozent der Iraner, die unterhalb der Armutsgrenze leben. 60.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in 70 Subunternehmen aus 19 Städten schlossen sich dem Streik an.

Die staatliche Repression sowie die Konzerne reagierten mit Entlassungen, offenen Drohungen sowie zur Schlichtung mit der Gründung eines „Islamischen Rates“. Die Herrschenden im Iran sehen sich turbulenten Tagen ausgesetzt. Greift der Streik auf weitere Branchen und Betriebe über und versagt die herrschende Klasse in der Verbesserung der Lage, kann die Luft für Ebrahim Raisi bald unangenehm dünn werden.

Luca Härtel

Foto: © CRRC / PR

Sie ist ein Symbol des technologischen Fortschritts der Volksrepublik: Die „China Railway Rolling Stock Corporation“ (CRRC), der größte Schienenfahrzeughersteller der Welt, ein Gigant mit einem Umsatz von umgerechnet 34 Milliarden US-Dollar und 185.000 Beschäftigten, hat ihre neue **Magnetschwebebahn** vorgestellt. Dieser „Maglev“ (magnetic levitation) genannte Zug soll eine Spitzengeschwindigkeit von 600 Stundenkilometern erreichen und würde damit mit dem vom Maglev der „Central Japan Railway Company“ (JR Central) im Jahre 2015 aufgestellten Rekord von 603 Stundenkilometern in etwa gleichziehen. Der selbstentwickelte CRRC-Maglev wartet mit einer Reihe erstaunlicher technologischer Innovationen auf und soll bis zu 1.000 Passagiere transportieren können. Damit soll eine ökologischere, schnellere und kostengünstigere Alternative zu Inlandsflügen von bis zu 1.500 Kilometer Länge geschaffen werden. Das ambitionierte Maglev-Vorhaben soll eine Mittelstellung zwischen dem bislang auf 38.000 Kilometer ausgebauten, bis zu 350 Stundenkilometer schnellen chinesischen Hochgeschwindigkeitsnetz und dem Flugbetrieb einnehmen und wird wohl, wenn die erforderliche Infrastruktur errichtet ist, zunächst zwischen den Städten Guangzhou-Shenzhen-Hongkong und Shanghai-Hangzhou eingesetzt werden. **KW**

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-11500-1488 / CC-BY-SA 3.0

„Eine afrikanische und eine rumänische Delegierte am 12. August 1951 auf dem Marx-Engels-Platz. Hier fand die große Demonstration zum Tag der Friedenskämpfer statt. Acht Stunden lang demonstrierten 1,5 Millionen Jugendliche für Frieden und Internationalismus."

Foto: Bundesarchiv, Bild 183-11500-0846 / CC-BY-SA 3.0

„Die französische Friedensaktivistin Raymonde Dien wurde auf dem Weg nach Berlin in Brüssel am Weiterflug gehindert. Sie schaffte es dennoch – wenn auch mit Verspätung – zu den Weltfestspielen und wurde dort sehnlich erwartet. Für viele Jugendliche war Dien eine Heldin, weil sie sich vor einen Zug gelegt hatte, um einen Waffentransport für den imperialistischen Krieg in Indochina zu verhindern."

Nach den Weltfestspielen 1947 in Prag und 1949 in Budapest fanden die III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Jahr 1951 in Berlin statt. Gastgeberland war die DDR, eingeladen hatte der Weltbund Demokratischer Jugend (WBDJ). Der italienische Kommunist und damalige WBDJ-Präsident Enrico Berlinguer eröffnete die Weltfestspiele am 5. August. Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, begrüßte 26.000 internationale Gäste aus 104 Ländern. Aus der BRD waren trotz Polizeischikanen und -sperren 35.000 Jugendliche angereist. Sie waren dem Aufruf zur Teilnahme der kurz zuvor in der BRD verbotenen FDJ gefolgt. Siehe Beitrag zum Defa-Film zu den Weltfestspielen 1951 auf Seite 16.

„Willste ooch nach Berlin?"

Auszug aus der Biografie „Gerhard Bialas. Gärtnermeister, Friedenskämpfer, Kommunist"

In Forchheim machte Gerhard Bialas bis 1950 eine Gärtnerlehre. Ein Lehrling aus seinem Betrieb war einer der ersten, die ihm vom Kommunismus erzählten, von Mao und den politischen Entwicklungen in China. Konkreter waren die Gespräche mit älteren Kollegen und Gewerkschaftern über betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen. Einer davon, ein KPD-Stadtrat, beeindruckte den jungen, wissbegierigen Lehrling offensichtlich stark, weil er nicht nur politisch diskutierte, sondern die Lehrlinge im Betrieb auch praktisch unterstützte und zum Beispiel bei Lohnverhandlungen oder Konflikten mit dem Chef half.

Rückblickend meint Gerhard Bialas: „Überall, wo ich hinkam, war ein Kommunist."

Gerhard Bialas wollte mehr wissen. Er ging zu Versammlungen der KPD. Zunächst verstand er zwar wenig von den Vorträgen und Diskussionen. Aber er stellte fest, dass dort seine Fragen und das, was ihn umtrieb, besprochen wurden. In den Diskussionen ging es um die Arbeit für den Frieden und die Wiedervereinigung, er lernte die Hintergründe der Adenauerpolitik zur Wiederaufrüstung kennen und die Gefahren, die von den Plänen für eine neue Wehrmacht ausgingen. Aber nicht nur Informationen und Argumente wurden ausgetauscht.

„Ja, Junge, willste ooch nach Berlin?"

Nach dem Umzug zum Onkel nach Horb, der dort eine Baukantine betrieb, lernte er auf einer Baustelle einen Bauarbeiter kennen, der Kommunist war. Dieser erzählte ihm begeistert von den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft, die im August 1951 in Berlin stattfinden sollten. Das weckte seine Neugier und er beschloss, nach Berlin zu fahren, um daran teilzunehmen.

Kurz zuvor, im Juni 1951, war die FDJ in der Bundesrepublik verboten worden. Die westdeutsche Regierung verbot die Teilnahme an den Weltjugendfestspielen und den Grenzübertritt. Trotzdem gingen tausende von westdeutschen Jugendlichen schwarz über die Grenze. Auch Gerhard Bialas ließ sich nicht einschüchtern und fuhr „im schicken Reisemantel", „wie ein Vertreter", mit dem Zug nach Hof.

Er kam bei Tag zur Grenze und hatte keine Mühe, zwischen den Spähwagen durch den Wald zu kommen. Er sah so „unverdächtig" aus, dass ihm die westdeutschen Grenzsoldaten sogar noch Feuer gaben! Es war „tolles Wetter, die Sonne schien", und er hielt erst mal ein Mittagsschläfchen. Nachdem er ein Dorf durchquert hatte, passierte er einen Schlagbaum mit einem Warnschild: „Achtung, Zonengrenze! Überschreiten strengstens verboten." Auf der anderen Seite traf er einen Bauern, der ihm den Weg zur Volkspolizei im nächsten Dorf zeigte. Währenddessen kamen schon zwei Volkspolizisten den Berg heruntergerannt: „Ja, Junge, willste ooch nach Berlin? Na, dann komm mal mit." Die Streife nahm ihn mit, und dann konnte er mit anderen Jugendlichen im Lkw nach Berlin fahren.

In Berlin erlebte er viele mitreißende Begegnungen und Gespräche mit Jugendlichen aus aller Welt, Sportwettkämpfe, gemeinsames Singen und Feiern. Er war von diesem „Treffen der Verständigung mit den Feinden von gestern, von den tausenden Jugendlichen aller Hautfarben und Sprachen, die gemeinsam für den Frieden eintraten", tief beeindruckt. Bei den jungen FDJlern und älteren Kommunisten sah er, wie wichtig der Kampf für Frieden und Entspannung, für friedliche Koexistenz und Abrüstung ist. Er erfuhr, dass man „sich organisieren muss". Diese Erfahrungen in Berlin waren für ihn prägend und bestimmten sein weiteres Leben.

Bei der Rückfahrt von Berlin ging Gerhard Bialas zusammen mit 3.000 Jugendlichen nachts bei Hof zu Fuß über die Grenze. Der Bundesgrenzschutz stoppte sie, Leuchtkugeln stiegen auf, auf einem Stoppelfeld wurden sie von Polizisten eingekesselt. Die KPD-Bundestagsabgeordneten Grete Thiele und Walter Fisch waren dabei und verhandelten mit der Polizei. Ihnen wurde gesagt: „Ihr müsst euch registrieren lassen, dann bekommt ihr keinen Strafbefehl, das würde man dann so durchgehen lassen." Mit Lastwagen vom Bundesgrenzschutz wurden sie zur Polizeistation abtransportiert, dort registriert und im Sonderzug wieder nach Hause gefahren. Mit der Registrierung wurden alle erfasst. Seit diesem Tag wurde Gerhard Bialas von der Staatspolizei, dem Verfassungsschutz und, wie er vermutet, auch vom CIA und dem französischen Geheimdienst überwacht. Bis heute wird diese Bespitzelung fortgesetzt. Entgegen der ursprünglichen Zusage erhielt er kurze Zeit später einen Strafbefehl vom Amtsgericht Horb über zwölf Mark wegen illegalen Grenzübertritts. Er legte Widerspruch ein. Das Verfahren wurde wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Wiedersehen in der Wuhlheide

Am 4. August treffen sich zwölf „Junggebliebene" aus Ost und West in der Berliner Wuhlheide. Sie hatten die zehn Tage während der III. Weltfestspiele 1951 in der Pionierrepublik „Ernst Thälmann" verbracht, die eigens dafür von tausenden freiwilligen Helfern errichtet worden war. 20.000 Kinder aus aller Welt verbrachten dort zehn unvergessliche Tage mit vollem Programm – und dem Gelöbnis, sich für Frieden in der Welt einzusetzen.

Mit einer Anzeige in „junge Welt" und „Neues Deutschland" hatte einer der damaligen Teilnehmer aus Chemnitz „Junggebliebene im weitesten Sinne, also solche, die ihre Gesinnung nicht grundsätzlich gewandelt haben" eingeladen, um den 70. Jahrestag der Weltfestspiele und der Pionierrepublik „Ernst Thälmann" gemeinsam in der Wuhlheide zu feiern und sich wiederzusehen. Nun ist es soweit. Die UZ-Redaktion wünscht ein wunderschönes Treffen!

Gerhard Bialas, geboren am 21. Juli 1931, seit 1951 Mitglied in der FDJ und KPD, seit 1969 Mitglied in der DKP, 1975 bis 2005 Gemeinderat in Tübingen, 1979 bis 1994 und 1999 bis 2005 Kreisrat, Initiator und Aktiver in vielen Bürgerinitiativen.
Seine Biografie ist unter dem Titel **„Gerhard Bialas. Gärtnermeister, Friedenskämpfer, Kommunist"** im Verlag holunderwerk erschienen – herausgegeben von Gisela Kehrer-Bleicher und Martha Stirner.
Im UZ-Shop online zu bestellen unter *shop.unsere-zeit.de* oder telefonisch unter 0201/17788925

Durch die Werra nach Berlin

Eine deutsch-deutsche Begegnung auf den Weltfestspielen

Für seine Reportage „In allen Sprachen" fuhr Harry Thürk mit einer Kulturgruppe der FDJ aus Weimar und Magdala nach Berlin zu den Weltfestspielen. Als Thürk an diesem Abend mit seinen Genossinnen und Genossen am Alexanderplatz eintrifft, ist das offizielle Programm an diesem Tag bendet, die III. Weltfestspiele sind in vollem Gang.

Wir haben uns für diesen Abend verabredet. Unser Treffpunkt ist der Alexanderplatz. Alex – Treffpunkt der Welt! (…) Ein buntes Gewühl ist hier, wie immer. Wir drängen uns hindurch, bleiben hier einmal stehen und begrüßen einen Freund, und halten da einmal an, um uns eine Stange Schokoladeneis zu kaufen.

Alle Sprachen der Welt und alle Dialekte Deutschlands kann man hier hören. (...) Etwas abseits sehen wir drei Freunde stehen und dem bunten Treiben zuschauen. (…) Als wir sie sprechen hören, werden wir neugierig, woher sie kommen mögen, und wir begrüßen sie. Zwei Jungen sind es, etwa gleich alt, so in den zwanziger Jahren, und ein Mädchen, das uns etwas älter zu sein scheint als die Jungen.

„Wo seid ihr denn her?"

„Aus Bochum."

Die beiden Jungen arbeiten in einer Schachtanlage.

(...) Viele Fragen haben wir. Aber auch die Freunde aus Westdeutschland haben viel zu fragen, und so hocken wir uns abseits auf ein paar Treppenstufen und erzählen. (…)

„Die FDJ haben sie drüben verboten?", fragt Gerd.

„Na ja …" Dieter lacht in sich hinein. „Verbieten können sie viel, aber was die Jugend macht, steht auf einem anderen Blatt! (...)"

„Wie seid ihr denn rübergekommen?", will Hans wissen.

Die drei sehen sich an, und dann sagt Heini: „Wir wollen euch keine Räubergeschichten erzählen, aber – es war eine ziemlich abenteuerliche Sache. Wir sind nachts über die Werra geschwommen." „Du auch?", fragt Rudi das Mädchen, und sie nickt.

„Natürlich, wie sollte ich denn sonst rüberkommen?"

„Na ja, ich meine bloß …" Rudi schämt sich.

„Ja, wir mussten bei Nacht und Nebel über die Grenze, und da sind wir an eine Stelle gegangen, wo immer nicht viel los ist. Das ist in der Werragegend. Aber auch dort lagen haufenweise die Polizisten vom Kanonen-Lehr *(Robert Lehr, Innenminister von 1950 bis 1953, Anm. d. Red.)* im Wald, und sie haben uns dreimal zurückgeschickt."

„Die dachten, wir würden daraufhin heimfahren …", lacht Margot. „Aber da hatten sie sich geirrt!"

„Nun …", erzählt Heini weiter. „Und beim vierten Mal klappte es. (…) Wir mussten das Gepäck zurücklassen, weil die Polizei uns sah, als wir am Ufer standen, aber da war es schon zu spät. Wir waren im Wasser, und sie schossen wohl ein paarmal hinterher, aber erreichen konnten sie uns doch nicht mehr. Es sind die reinsten Verbrecher, die Lehr da angeheuert hat." (…)

Eine Weile sitzen wir schweigend; ringsum der Lärm des nächtlichen Treffpunktes der Weltjugend. Dann fragt Rudi: „Und ihr werdet nach dem Festival zurückgehen?"

„Natürlich werden wird das!", kommt es wie aus einem Munde. „Dann geht's drüben erst richtig los! – Dann sollen die uns mal was erzählen von unseren verhungerten Brüdern im Osten und so!"

Auszug aus: Harry Thürk, **„In allen Sprachen – Eine Reportage von den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten"**

Arnold Schölzel zu Bodo Ramelows Regierungsfähigkeit auf Dauer

Niedertracht und Konsens

Am Dienstag dieser Woche war dieser auf den 18. Juli datierte Text im Online-Tagebuch des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow („Die Linke“) noch zu lesen: „Bereits in meinen vergangenen Tagebuch-Einträgen habe ich verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht, in welch großem Maß das Jahr 2021 angereichert ist mit historischen Jahres- und Gedenktagen. Mein Blick fällt dabei besonders auf den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion einer- sowie den 60. Jahrestag des Mauerbaus andererseits. Beide Daten – der 22. Juni 1941 sowie der 13. August 1961 – markieren auf natürlich sehr verschiedene, aber dennoch einschneidende Weise für viele Millionen Menschen in Deutschland, Europa und der Welt katastrophale Wendepunkte ihres Lebens.“

Die Geisteshaltung, mit der Vernichtungskrieg und Grenzsicherung in einem Atemzug genannt werden, ist infam, von Menschlichkeit, die vorgeblich den Schreiber zum Schreiben bewegt, keine Spur. Im Gegenteil: Wer so leichthin Folter, Mord, Vergewaltigung, Verhungernlassen und lebendig Verbrennen mit am Ende 27 Millionen Toten in einem Atemzug mit einer Grenzschließung nennt, der verbreitet den Revanchistengestank der Adenauer-Ära, als Heranwachsende in der Bundesrepublik mit solchem Dreck traktiert wurden. Dass zwischen dem 22. Juni 1941 und dem 13. August 1961 ein kausaler Zusammenhang besteht, fällt so einem nicht ein.

Ein deutscher Ministerpräsident, kein BRD-Politiker, der ein Spitzenamt anstrebte, muss das hinter dem AfD-kompatiblen Verharmlosungsgeschwätz von den „zwei Diktaturen“ verschwinden lassen. Da werden die ungezählten Vernichtungsaktionen in der Sowjetunion nicht nur rhetorisch zum „Vogelschiss“. Der offizielle Umgang der deutschen Staatsführung mit dem 80. Jahrestag des faschistischen Überfalls bei gleichzeitigem Schüren antirussischer Hysterie belegt das auf seine Weise. Eine enorme, beachtenswerte Ausnahme waren die Reden und Auftritte von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Ramelow interessieren Sätze wie diese offenkundig nicht: „Die diesen Krieg führten, töteten auf jede erdenkliche Weise, mit einer nie dagewesenen Brutalität und Grausamkeit. Die ihn zu verantworten hatten, die sich in ihrem nationalistischen Wahn gar noch auf deutsche Kultur und Zivilisation beriefen, auf Goethe und Schiller, Bach und Beethoven, sie schändeten alle Zivilisation, alle Grundsätze der Humanität und des Rechts. Der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion war eine mörderische Barbarei.“

Hätte der dem Parteibuch nach Linke Steinmeier wahrgenommen, er hätte nicht beide Daten in einem Atemzug nennen können. Es sei denn, er hält auch die DDR-Grenzziehung für „mörderische Barbarei“. Auszuschließen ist das nicht. Wer vom „Unrechtsstaat“ DDR im Koalitionsvertrag mit SPD und Grünen schreibt, dem ist auch sonst nicht zu trauen.

Ramelow vertritt jedenfalls vehement den nationalen Gründungskonsens der Bundesrepublik: Schlimmer als Ausrottung durch Wehrmacht und SS waren und sind Kommunisten. In dieser These lebt das „Ich kenne keine Parteien mehr“ von 1914 fort, wobei das „nur noch Deutsche“ von Ramelow zeitgemäß durch „nur noch Menschen“ ersetzt wurde. Die Schießbefehlswirkung bleibt die gleiche. Bevor daher der Faschist Björn Höcke am vergangenen Freitag mit seinem Misstrauensantrag gegen Ramelow scheiterte, plauderte Ramelow am Dienstag zuvor wohlgemut in der „Berliner Zeitung“, er werde nicht mehr nur mit Linkspartei, SPD und Grünen jonglieren: „Und wenn ich es mit dreien schaffe, warum soll ich mit fünfen nicht klarkommen?“

Gemessen an Geschichtsbild und menschlicher Niedertracht steht dem nichts entgegen.

Foto: In Defense of Communinsm

Um das Gedächtnis eines Volkes zu löschen und mit einem neuen Inhalt zu überschreiben, bedarf es rabiater Mittel. Bücherverbrennungen sind eins davon, das Schleifen kultureller Geschichtszeugnisse ein anderes. So viel haben die regierenden Putschistennachfolger im EU/Nato-Protektorat Ukraine von ihren westlichen Agentenführern schon gelernt. Und so wird kräftig der Fausthammer geschwungen, um die **Denkmäler der Befreiung der Ukraine** vom faschistischen Terror durch die Armeen der Sowjetvölker zu entsorgen. Jüngstes Beispiel ist der Denkmalkomplex im westukrainischen Lwiw, seit Jahren schon Ziel von Vandalismus, jetzt mit behördlicher Genehmigung dem Erdboden gleichgemacht. Es stand dem Ziel im Weg, das schon der Kaiser verfolgte und der „Führer“ vergeigte: die Ukraine zum Pufferstaat gen Osten zu machen. Es wird den HiWis in Kiew im Verein mit ihren grünen Freunden in Deutschland auch diesmal nicht gelingen. **MI**

Gegnerfreie Demokratie

Über die Möglichkeit einer Systemabwahl • Kolumne von Günter Pohl

Auf welche Art sich Staaten gegen eine Änderung des in ihrem Herrschaftsgebiet geltenden Wirtschaftssystems schützen, ist schon im Ansatz die falsche Frage. Staaten – seelenlos wie sie sind – schützen sich nicht. Ebenso schützen sich Verfassungen nicht. Beide Begriffe sind Konstrukte des Idealismus.

Daher lohnt der Blick auf Greifbares, auf Materialistisches, wenn es um das immer aktuelle „Wem nützt es?“ geht. Wer „sein Wirtschaftssystem“ schützt, ist Nutznießer desselben. Das ist im Sozialismus nicht anders als im Kapitalismus. Es sind die herrschenden Klassen, die sich den Staat so formen, dass ihr Wille sich im Gebaren des Staates manifestiert.

Im Sozialismus ist die herrschende Klasse weniger mit der real die Macht ausübenden Klasse kongruent als im Kapitalismus – das Bewusstsein, Teil der ausübenden Gewalt zu sein, ist bei den Besitzenden traditionell stärker ausgeprägt als bei den Arbeitenden. Weil sie zahlenmäßig eine enorm große Klasse ist, wird im Sozialismus die real existierende Macht der Arbeiterklasse von der Kommunistischen Partei verwaltet; Einzelne, die sich dieser Partei nicht angeschlossen haben, bemühen sich gleichermaßen um den sozialistischen Aufbau, aber ins Gewicht fallen in der Regel mehr die Entscheidungen der (in der Partei) organisierten Klasse. Wäre „Revolutionäre müssen keine Kommunisten sein, aber Kommunisten sehr wohl Revolutionäre“ in beide Richtungen verstanden und verinnerlicht worden, hätte der europäische Sozialismus stärkere Kohäsionskräfte gehabt und die Kommunistischen Parteien weniger Opportunismus in ihren Reihen.

Die Herrschenden im Kapitalismus haben dagegen eine anspruchsvollere Aufgabe als nur die mitzunehmen, die ihrer Schicht angehören. Da sie allein ihre eigenen, also die Interessen einer kleinen Schicht vertreten, müssen sie auch solche Gruppen in das System einbinden, die sich mit der Alimentierung der Schmarotzerschicht selbst ins Knie schießen. Dazu hat man ein kompliziertes Geflecht von Herrschaftsabteilungen und -schimären geschaffen, es nach griechischem Vorbild Demokratie genannt, politische Vertretungen eingeführt und als Beweisführung einen klassischen Zirkelschluss genutzt: Demokratie ist, wenn es verschiedene Parteien gibt; verschiedene Parteien gibt es nur in einer Demokratie. Sogar Kommunistische Parteien gehören dazu. Mit seinen Gegnern will man nachweisen, dass das System demokratisch abwählbar sei – etwas Phantasie und Geschichtsblindheit vorausgesetzt.

Der Sozialismus verzichtet(e) im Vertrauen auf die Vernunft auf Schimären und Zirkelschlüsse und daher auf den Demokratiebeweis namens „Mehrparteiensystem“. Sozialismus ist daher nicht demokratisch, befinden die Besitzenden der kapitalistischen Staaten, die selbst geführt sind von Industriekonsortien, Kapitalgesellschaften, Rüstungs-, Drogen-, Energie- und Menschenhandelsmafia – keine dieser Mächte ist (ab)wählbar. Es sind just die gefühlsdemokratische Europäische Union und ihre Wunschbeitrittsländer, in denen seit Jahren eine nach der anderen die Kommunistischen Parteien ausgesondert werden; in Ungarn, den baltischen Staaten, der Türkei, Polen, der Ukraine, Tschechien, Rumänien. Um die KPen loszuwerden, ist nicht immer ein Verbot nötig. Zuweilen wird nur die Symbolik unter Haftandrohung gestellt oder die KP-Zeitung darf nicht mehr schreiben, was Kommunisten denken oder eine Wahlteilnahme wird verboten.

In Deutschland geben zu spät eingereichte Rechenschaftsberichte die Begründung ab, um die KP stillzulegen. „Das deutsche Leben gehört dem Aktenverkehr“ befand Kurt Tucholsky 1926. „Frist ist Frist“, sagt der Bundeswahlleiter 2021. Manche halten sich für stark genug, einen Abwahlmöglichkeitsnachweis nicht mehr bevorraten zu müssen.

Ulla Jelpke zum Parteistatus für Rechte und Faschisten

Hilfstruppen des Kapitals

Der Bundeswahlleiter wollte der DKP mit bürokratischen Tricks den Antritt zur Bundestagswahl verweigern und hat ihren Parteistatus in Frage gestellt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Entscheidung am Dienstag kassiert. Das ist gut so. Kein Problem mit der Wahlzulassung hatte der Bundeswahlleiter bei der extrem rechten AfD, deren Abgeordnete gleichsam als parlamentarischer Arm rassistischer Terroristen wie der Attentäter von Halle und Hanau agieren. Ebenfalls problemlos zur Wahl zugelassen wurden die offen faschistischen Parteien NPD und „III. Weg“, die mit vorbestraften Rechtsterroristen in ihren Reihen oder ihrem Umfeld zum nationalen Umsturz trommeln.

Gemäß einer antifaschistischen Lesart des Grundgesetzes, die von den Vätern und Müttern dieser Verfassung als Lehre aus dem Faschismus ja intendiert war, hätten solche völkischen Krawalltruppen niemals Parteistatus erlangen dürfen. Dies ergibt sich schon aus Artikel 139 GG zur Fortgeltung der Rechtsvorschriften, die zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ erlassen wurden.

Doch die Faschisten erfüllen ihren Zweck für die Herrschenden und das Kapital. Sie lenken mit ihrer Hetze gegen Flüchtlinge, Migranten und Muslime und mit antisemitischen Verschwörungskonstrukten vom Kapitalismus und Banken und Konzernen als den wahren Verursachern und Profiteuren der ökonomischen Krise ab. So tragen Nazis und AfD zur Spaltung und damit Schwächung der Lohnabhängigen bei.

Als Hilfstruppen fürs Grobe sind diese unter dem Schutz des Parteistatus agierenden Nazis eine permanente Bedrohung nicht nur für Migranten, Juden und Muslime, sondern auch für fortschrittliche Kräfte und die Arbeiterbewegung. Erinnert sei daran, dass das Bundesverfassungsgericht schon beim ersten, deswegen gescheiterten NPD-Verbotsverfahren 2003 der NPD aufgrund ihrer Durchsetzung mit Agenten der Verfassungsschutzämter eine „mangelnde Staatsferne“ unterstellte.

Beim Kampf gegen Rechts auf den Staat zu vertrauen ist daher ein Irrweg. Jetzt geht es darum, AfD und Nazis auch im Wahlkampf als Feinde der werktätigen Bevölkerung zu entlarven. Denn unsere Alternative heißt nicht Nationalismus, sondern Sozialismus. Und der wird nicht nur an der Wahlurne, sondern auch auf der Straße, im Stadtviertel und im Betrieb erkämpft.

Klaus Wagener zu Nord Stream 2

Hybris und Scheitern

Berlin hat sich mit Washington auf ein Vorgehen zu Nord Stream 2 geeinigt. Schon die Existenz dieses länglichen Vertrages ist eine Besonderheit. Der Vertrag über Nord Stream 2 wurde zwischen der russischen Gazprom und den deutschen Konzernen Uniper und Wintershall Dea sowie der niederländischen Gasunie und der französischen Engie geschlossen. Weder US-Unternehmen noch die US-Regierung sind Partner dieses Unternehmens. Die Existenz des US-deutschen Nordstream-Vertrages ist ein Produkt imperialer Hybris und geostrategischer Anmaßung. Und er ist gleichzeitig ein Beleg des Scheiterns.

Der verlorene Kampf um Nord Stream 2 ist ein weiterer Meilenstein des fortschreitenden Verfalls der globalen Machtprojektion des US-Imperiums. Es ist der US-Führung nicht mehr geglückt, einen der engsten Vasallen, die Bundesrepublik Deutschland, in ihre geostrategische Konzeption für den westlichen Teil Eurasiens einzubinden. Die alte Strategie des „Teile und herrsche!“, die eine Art ökonomischen und technologischen „Eisernen Vorhang“ an der westlichen Grenze Russlands zu errichten trachtete, ist gescheitert. Zwar enthält der Vertrag eine Menge antirussischer Rhetorik, aber in der Sache hat sich Berlin und das deutsch-europäische Finanzkapital klar durchgesetzt. Die strategische Rolle der Ukraine als bellizistischer Frontstaat hat dadurch einen schweren Schlag erlitten. Das nun auf neuer Basis wieder vereinte US-EU-Imperium müsste umfangreiche Mittel mobilisieren, wenn es die Kiewer Putschisten und ihre Erben am Leben erhalten wollte. Das Gegenteil ist der Fall.

Die US-Pleite bei Nord Stream 2 reiht sich ein in die Liste von US-Niederlagen in Folge der Hybris nach „9/11“. Zwar hatte das Imperium mit der Zerstörung der Sowjetunion noch einmal einen großen „Sieg“ errungen, dieser stellt sich aber als Pyrrhussieg heraus. Die daraus resultierende Arroganz der US-Neocons und Bush-Krieger, die glaubten, der gesamten Welt für ein weiteres Jahrhundert ihren Willen aufzwingen zu können, ist in einem beispiellosen Desaster verwüsteter Länder und Millionen von Opfern geendet. Der fluchtartige Rückzug aus Afghanistan, die immer prekärere Lage in Irak und Syrien sowie die mehr und mehr unhaltbar gewordene US-Position in der gesamten zentralasiatischen Region machen das Scheitern des US-Herrschaftsanspruchs vor den Augen der Welt überdeutlich.

„Sie gehörten zu dem Edelsten“

Peter Gingold erinnerte 2005 an die Rolle der deutschen Kommunistinnen und Kommunisten im antifaschistischen Widerstand

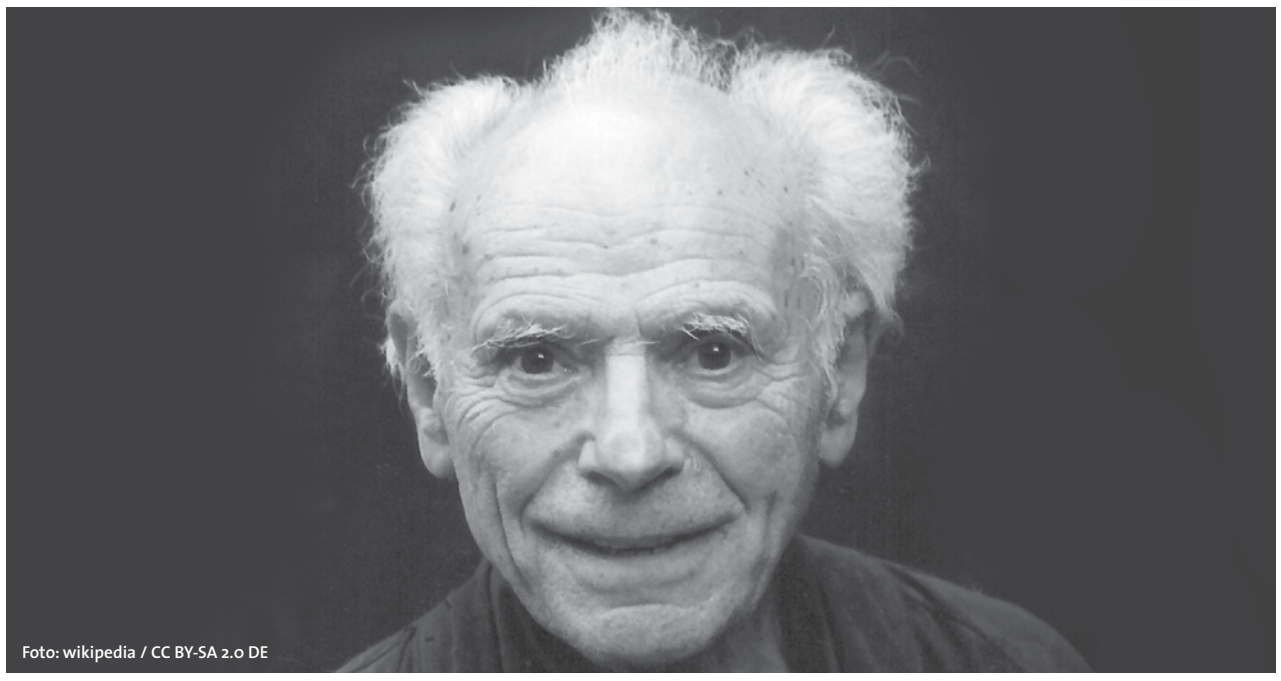

Foto: wikipedia / CC BY-SA 2.0 DE

Peter Gingold (1916 bis 2006), Gründungsmitglied der DKP, verfasste gemeinsam mit der kürzlich verstorbenen Esther Bejarano den antifaschistischen „Appell an die Jugend“.

Angesichts des Angriffs auf die DKP, des drohenden „kalten Verbots“, erinnerten uns Silvia Gingold und Alice Czyborra, die Töchter des Kommunisten und Résistance-Kämpfers Peter Gingold, an seine Eröffnung des 17. Parteitages der DKP 2005 in Duisburg. Darin hatte Peter Gingold eindringlich auf die kämpferische und aufopferungsvolle Rolle der deutschen Kommunistinnen und Kommunisten im Widerstand gegen Faschismus und Krieg hingewiesen. Aus aktuellem Anlass dokumentieren wir seine Worte auf dieser Seite und bedanken uns für den wichtigen Hinweis.

Dass ich den ehrenvollen Auftrag erhalten habe, den Parteitag zu eröffnen, sehe ich als Würdigung der Kommunistinnen und Kommunisten meiner Generation, die gegen Faschismus und Krieg alles hingegeben haben. Für sie möchte ich sprechen, zumal unser Parteitag in dem Jahre stattfindet, in dem sich zum 60. Mal die Befreiung Europas von der Terrorgewalt des Nazifaschismus jährt – in erster Linie der Sieg der Sowjetunion über die Hitlerarmee! Die meisten Menschen verbinden mit dem 8. Mai lediglich das Ende des Zweiten Weltkrieges. Wer weiß schon, dass die Antihitlerkoalition im Zusammenwirken und mit Unterstützung der antifaschistischen Widerstands- und nationalen Befreiungsbewegungen die Hitlerwehrmacht vernichtend besiegte? In diesen Befreiungsbewegungen der Völker waren die Kommunisten die bestorganisierten, zuverlässigsten und aufopferungsvollsten Kräfte. Dies ebenso im deutschen antifaschistischen Widerstand, der gemessen an seinen Leiden und Opfern, ebenbürtig zur europäischen Résistance gehört.

85 Prozent Kommunisten im deutschen Widerstand

In der Erinnerung der Völker an ihre Befreiungskämpfe gelten die Kommunisten als die Patrioten ihres Landes, bis in die Gegenwart hochgeachtet. Hier in diesem Land sind sie diskriminiert und ausgegrenzt. Im öffentlichen Bewusstsein existiert der deutsche Widerstand fast nur in Form des 20. Juli, allenfalls noch der „Weißen Rose“ der Geschwister Scholl. Der Widerstand der einfachen Frauen und Männer, vorwiegend aus der Arbeiterbewegung, die meisten Kommunisten, wird bis in die jüngste Zeit verschwiegen. 1933: 360.000 organisierte Kommunisten, jeder zweite irgendwie belangt, verfolgt, verhaftet, gefoltert, Zehntausende in Zuchthäusern und KZ, Tausende zu Tode gekommen. Dokumentarisch ist es belegt: Im Widerstand waren 85 Prozent Kommunisten, 12 Prozent Sozialdemokraten, 3 Prozent aus den bürgerlichen Kreisen. „Sie gehörten in Deutschland zu dem Edelsten, was in der Geschichte der Völker je hervorgebracht worden ist, einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens.“ Ein Ausspruch von Churchill 1945.

„Unser Traum erfüllte sich nicht“

Die Tragik des deutschen Widerstandes: Er führte nicht zum Aufstand. Er konnte allenfalls etwas Sand in die Getriebe der Mordmaschine streuen, aufhalten konnte er sie nicht. War doch unsere Vision, unser Traum, unsere Hoffnung, der Widerstand könnte Massen der deutschen Bevölkerung zum Aufstand führen, aus eigener Kraft Schluss mit Hitler und dem Krieg machen. War denn nicht der Erste Weltkrieg mit einer Volkserhebung, der Revolution, beendet worden? An unserer Seite hätten wir noch Millionen Zwangsverschleppte.

Unser Traum erfüllte sich nicht. An der Gedächtnisstätte des Preungesheimer Gefängnisses in Frankfurt, an der Stelle, an der die Guillotine stand, mit der hunderte Antifaschisten enthauptet wurden, stehen die Worte der Schriftstellerin Ricarda Huch: „Nicht erhob sich das Volk, denen die Freiheit und Leben zu retten, die ihre Freiheit und Leben für das Volk hingaben.“ Ich füge hinzu, auch nicht, als Millionen deutsche Soldaten fielen, die deutschen Städte sich in Trümmerlandschaften verwandelten mit hunderttausenden Toten.

Das Erlebnis, wie ich es im Aufstand der Pariser Bevölkerung haben konnte, dann inmitten von zwei Millionen jubelnden, sich gegenseitig umarmenden Menschen, die Paris selbst befreit haben, und auch später inmitten des Aufstandes der norditalienischen Bevölkerung, dieses Erlebnis gab es nicht in Deutschland. Der 8. Mai vor 60 Jahren, Deutschland und Europa vom Nazifaschismus befreit, die menschliche Zivilisation gerettet, das Morgenrot der Menschheit, diesen Jubel, der an diesem Tag ganz Europa, ja fast die ganze Welt erfasste, den gab es in Deutschland nicht. Wenn auch die deutsche Bevölkerung das Kriegsende so sehr herbeisehnte, sie empfand es nicht als Befreiung.

Errettet, erlöst, befreit, dieses Glück empfanden nur die Überlebenden des Widerstandes, der Nazikerker, der KZ, die im Exil überlebten, schließlich alle, die im Innern Gegner des Naziregimes blieben. Als ich anlässlich des 60. Jahrestages der Landung in der Normandie auf Einladung des französischen Präsidenten Chirac an der deutsch-französischen Begegnung in Anwesenheit des Bundeskanzlers teilnahm, kam ich ins Gespräch mit ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht, die der Bundeskanzler mitgenommen hatte. Als ich ihnen sagte, hier bin ich in Vertretung von Deutschen, die an der Seite der Résistance kämpften, sagten sie mir: Da haben sie gegen Deutschland gekämpft. Als ich antwortete, wir haben beigetragen, Frankreich von der Hitler-Okkupation zu befreien, zugleich war es für uns ein Kampf für Deutschland, Deutschland von Hitler und Krieg zu befreien, kam wortwörtlich die Entgegnung: „Wir wollten ja nicht befreit sein.“

Tatsächlich, sie wollten nicht befreit sein, damals haben sie wohl aufgeatmet, endlich Friede, doch als Befreiung war es nicht wahrgenommen worden, sondern als Katastrophe, als Zusammenbruch, besiegt zu sein, den Krieg verloren zu haben. Die Niederlage des Nazireichs als ihre Niederlage.

Antikommunismus wurde wieder Staatsdoktrin

So war dann der reibungslose Übergang vom Dritten Reich in die Bundesrepublik möglich, Ehemalige hohe Funktionäre, die ihre Fähigkeiten dem „Führer“ und der SS zur Verfügung gestellt hatten, kamen in die höchsten Stellen, der von Hitler propagierte Antikommunismus wurde wieder zur Staatsdoktrin gemacht, allerdings ohne Antisemitismus.

Wohl nicht mehr der Judäo-Bolschewismus, nur noch der Bolschewismus war die Bedrohung. Dies erklärt, warum wie in keinem anderen Land auf der Erde hier in diesem Land der Antikommunismus so tief verankert ist, dass der latente alltägliche Antikommunismus in Westdeutschland die dominierende Mentalität blieb, der die politische Mitte formierte, was den braunen Sumpf Urstände feiern lässt. Während in allen anderen Ländern die Kommunisten als Patrioten ihres Landes gelten, haftet den Kommunisten in diesem Land der Geruch des Landesverrates an, auf der Seite des Siegers gestanden zu haben.

Lassen wir nicht in Vergessenheit geraten: Die KPD war vor 1933 die einzige Partei, die klar die drohende Gefahr des Faschismus einschätzte, den Zusammenhang herstellte: Faschismus und Krieg. In meiner Erinnerung lebt, wie ich als Jungkommunist mithalf zu warnen mit Flugblättern, mit großen Lettern an die Wände gebracht: „Wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ „Hitler bedeutet Krieg!“ In dem meistgesungenen Lied, das Weddinglied, heißt es, „drohend stehen die Faschisten am Horizont“. Hatte doch Thälmann in den letzten Jahren der Weimarer Republik versucht, diese verhängnisvolle „Sozialfaschismusthese“ aus der Partei zu bringen, leidenschaftlich, jedoch vergeblich für die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten appelliert. Bei allen Irrungen und Fehlern – Irren und Fehler gehören zum Leben –, wäre der Politik der KPD gefolgt worden, was wäre der eigenen Bevölkerung und der Welt erspart geblieben!

Es gibt keine andere Partei, von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet, die so sehr verankert ist in dem Kostbarsten, was es in deutscher Geschichte gab, die so sehr dem Nationalismus den Internationalismus entgegenstellt. Es gibt keine andere Partei mit einem solchen moralisch-politischen Gewicht. In diesem Geist wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf des Parteitages.

Tradition verpflichtet

Unvollständige Liste der Repression deutscher Staaten gegen Demokratie und Fortschritt

Im August 1819 trafen sich Vertreter des Deutschen Bundes – eines Zusammenschlusses deutscher Fürsten, freier Städte, des österreichischen Kaiserreichs und des Königreichs Preußen – zu einer Geheimkonferenz im böhmischen Karlsbad. Dort wurden umfangreiche Maßnahmen gegen liberale und nationale Bestrebungen beschlossen, die sich massiv auf die Rechte in den Einzelstaaten auswirkten (Karlsbader Beschlüsse). Dazu gehörten Zensur der Presse, Überwachung der Universitäten und die Möglichkeit von Berufsverboten für Professoren, Verbot der Burschenschaften und das Verbot des Turnens.

Am 1. März 1832 wurde ein allgemeines Vereinsverbot in den deutschen Staaten gegen demokratische Forderungen nach Pressefreiheit, wie sie etwa auf dem Hambacher Fest erhoben wurden, erlassen. In der Folge wurden immer wieder Vereine verboten – etwa der Deutsche Volksverein. Seine Nachfolgeorganisation war der Bund der Geächteten, aus dem später der Bund der Gerechten (und aus diesem dann wiederum der Bund der Kommunisten) hervorging.

Juni 1844, Weberaufstand in Schlesien. Die „Hintermänner“ der angeblichen Verschwörung wurden verfolgt. Das Verbot, „die unteren gegen die höheren Stände, die Ärmeren gegen die Wohlhabenden aufzuregen“, wurde durch den preußischen König zur Leitlinie der Zensurbehören gemacht.

In der Folge der Revolution von 1848/49 kam es zu einer Welle der Repression. In Köln musste die „Neue Rheinische Zeitung“ ihr Erscheinen im Mai 1849 einstellen, ihr Redakteur Karl Marx wurde als Nichtpreuße des Landes verwiesen und emigrierte nach London. Drei Jahre später veranstaltete die preußische Klassenjustiz den Kölner Kommunistenprozess. Elf Mitgliedern des Bundes der Kommunisten wurde in einem Tendenzprozess als Hauptanklagepunkt ihre Mitgliedschaft vorgeworfen. Trotz offensichtlich gefälschter Beweise wurden acht Angeklagte zu Festungshaft verurteilt.

Von 1878 bis 1890 galt im Deutschen Reich das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Das Erstarken der Organisationen der Arbeiterbewegung und die Erhebung des Pariser Proletariats 1871 hatten die Herrschenden in Angst und Schrecken versetzt. 1872 wurden August Bebel und Wilhelm Liebknecht im Leipziger Hochverratsprozess zu Festungshaft verurteilt. Sie hatten die Zustimmung zu den Kriegskrediten für den Deutsch-Französischen Krieg verweigert und einen Friedensvorschlag ohne Annexionsforderungen gemacht. Zwei Attentate auf den Kaiser, die keinerlei Verbindung zur Sozialdemokratie hatten, nahm Reichskanzler Otto von Bismarck zum Anlass dafür, die Arbeiterbewegung zu beschuldigen und seinen Gesetzentwurf zu begründen. Das Sozialistengesetz verbot jegliche Vereine, Versammlungen und Schriften der Sozialdemokratie und zwang diese in die Illegalität. Nur die Reichstagsabgeordneten waren als Privatpersonen durch die Immunität geschützt und konnten weiterhin kandidieren.

Auf Initiative Kaiser Wilhelms II. unternahmen die Herrschenden im Jahre 1900 den Versuch, Kunst, Literatur und Theater zu zensieren. Begründet wurde dies mit der Darstellung „unsittlicher“ Handlungen, „welche durch gröbliche Verletzung des Scham- und Sittlichkeitsgefühls Ärgernis zu erregen geeignet sind“. Liberalem Bürgertum und Sozialdemokratie gelang es, in gemeinsamem Widerstand das Gesetz zu entschärfen.

Am 1. Mai 1916 wurde Karl Liebknecht als Anführer einer Antikriegsdemonstration verhaftet. Am ersten Prozesstag streikten in Berlin 50.000 Arbeiter aus Solidarität mit Liebknecht. Anfang des Jahres hatte die SPD-Fraktion im Reichstag Liebknecht und 19 weitere Abgeordnete wegen ihrer Antikriegshaltung ausgeschlossen. Mit Beginn des Krieges war der Begriff der „Schutzhaft“ erfunden worden, unter dem umfangreiche Zwangsmaßnahmen der Repressionsorgane ohne die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung eingeführt wurden. Rosa Luxemburg war eines der Opfer. Diese Maßnahmen wurden sowohl in der Weimarer Republik als auch im Faschismus fortgeführt.

Im Sommer 1922 wurde Außenminister Walther Rathenau von Reaktionären erschossen. Es kam zu Massendemonstrationen der Arbeiterbewegung und einer gemeinsamen Initiative der Arbeiterparteien und Gewerkschaften. Sie forderten das Verbot aller monarchistischen und antirepublikanischen Organisationen und die Säuberung von Verwaltung, Polizei, Militär und Gerichten. SPD und USPD stimmten dann dem sogenannten Republikschutzgesetz zu, das keiner der vorherigen Forderungen gerecht wurde und in der Folgezeit in erster Linie zur Niederhaltung der revolutionären Arbeiterbewegung diente.

Im November 1931 wurden der Herausgeber der „Weltbühne“, Carl von Ossietzky, und der Journalist Walter Kreiser im Weltbühne-Prozess zu je 18 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Sie hatten bereits bekannte Tatsachen in einem Artikel veröffentlicht, der sich mit der im Versailler Vertrag verbotenen Bildung einer Luftwaffe der Reichswehr beschäftigte. Im Juli 1932 konnte Ossietzky sich erfolgreich gegen den Vorwurf verteidigen, dass der von Kurt Tucholsky stammende Satz „Soldaten sind Mörder“ eine Verunglimpfung der Reichswehr sei.

Björn Blach

Leben auf hoher Verarbeitungsstufe

Zu Hermann Kants nachgelassenen Erzählungen und Essays

Als Hermann Kant 2011 schwer erkrankt in die Klinik Neustrelitz eingeliefert wurde, geschah das in einem kritischen Zustand, in dem ihn Freunde entdeckt und Hilfe geholt hatten. Die Heilung dauerte sieben Wochen; man gestattete dem Schriftsteller einen Computer, zur Therapie sozusagen. Entstanden sind die wichtige Erzählung „Ein strenges Spiel“ und der Titel für den Band, der unter der sachkundigen Herausgeberschaft der einfühlsamen Journalistin Irmtraud Gutschke zusammengestellt wurde, die schon das Interview in Buchform „Hermann Kant. Die Sache und die Sachen“ (2007) veröffentlicht hatte und ihm sachlich-freundlich wie kritisch auf Widersprüche zielend begegnete. Durch sie, die Kant vertrauensvoll und klardenkend entgegentrat, ist der neue Band zu einem Nachlassband Kants geworden, weniger durch die Texte, die bereits in Zeitungen und Zeitschriften – „Neues Deutschland“ und „Konkret“ und anderen – erschienen sind, sondern durch den Blick, der sich auf Kants selbstgestellten Schreibauftrag ergab.

Auslöser zum Schreiben war für ihn sein Erlebnis des Zweiten Weltkrieges, das entstehende Wissen um Vernichtung und Verbrechen durch Deutsche und seine polnische Gefangenschaft. Kants Handlungen sind oft aus diesem traumatisierenden Erlebnis zu erklären: „Ich dachte nicht daran, ich denke nicht daran, mich zu beklagen. Doch versuchte ich, das, was ich sah, gegen die mörderische, die ganz und gar verderbliche Unwissenheit weiterzusagen.“ (21) Betraf das den Inhalt der von ihm geschriebenen Literatur, so erklärte er daraus auch die von ihm verwendeten gestalterischen Mittel: „… die Art meines Schreibens kam zustande, weil ich in keiner Idylle war.“ (28)

Die Erzählung „Ein strenges Spiel“ veröffentlichte Kant 2014 als Eigendruck und verschickte sie an „gute Freunde“. Darin verabschiedete er sich vom Schreiben. In dem Text kommt die Schreibkunst Kants nochmals zur Geltung, mit ihrer Doppeldeutigkeit und ihrem Spielzwang, der die Buchstaben einbezog und aus dem „Bademantel“ den „Baadermantel“ werden ließ. Doch nur der konnte mitspielen, der auch das nötige Wissen einbrachte; auch auf Kants Leserbild ließ sich aus dem Text schließen. In der Erzählung schildert er die eingangs angedeutete Rettungsaktion, die ihn als 85-Jährigen betraf und bei der erinnert wurde, was sein Leben an schrecklichen Erfahrungen von Beginn an bestimmt hatte, aber auch, was dieses Leben zu einem sinnvollen machte: Es ist die Zeit, als Linde Salber, die an der Rettung Kants beteiligt war, ihre Kant-Biografie schrieb (vgl. Marxistische Blätter 2014, Heft 4). Ihr Vorsatz, Hermann Kants Bild, „das nach der Vereinigung arg beschädigt worden war, endlich zurechtzurücken“ (Salber), wird durch diese Erzählung und den Band präzisiert und durch Irmtraud Gutschkes Nachwort auf eindringliche Weise kommentiert.

In Situationen, die nicht heiter sind, blitzt manchmal die vitale Ironie Kants durch, so wenn er bekennt, dass er seit der Frauenfußballweltmeisterschaft „merklich genderoffener“ denke. Nebenbei wendet er sich gegen die, die seinen Sturz nach 1989 begeistert bejubelten, ohne einen Gedanken auf Ursachen seines Lebens und Handelns zu verschwenden oder nach den literarischen Leistungen zu fragen und die auch nach diesem Band wieder in wilde Tiraden ausbrechen.

Von 1989 bis 2014 schrieb Kant weiter, nicht mehr so heiter, auch war seine gefeierte Ironie in Sarkasmus umgeschlagen; die Leser folgten nach wie vor den glitzernden und irisierenden Sprachspielen und der lakonischen Hintergründigkeit des Autors, die nach wie vor faszinierten. Bei aller Euphorie, mit der das Publikum Kants Romane begleitete, übersah man oft, dass sich auch Skepsis fand. In der Ironie des Schriftstellers klang auch Melancholie mit, von der er auch in diesem Band spricht (111). Sein Leben wollte er auf einer „Loipe“ führen, zwischen Start und Ziel, planmäßig, zielstrebig und schnell, am Ende musste er sich eingestehen, „im Göpelzirkel geht es voran“ (110), im Kreis, voller Wiederholungen und letztlich ziellos (geworden), aber nicht nutzlos.

Über Anlass und Ziel für sein Schreiben hatte er nicht nur in seinen Romanen berichtet, dort immer wieder von der Leichtigkeit des Überstandenen geprägt, sondern auch in unbekannteren Berichten wie „Die Zeit und ihre Zeugen“ (2005). Hier geht es nicht um das Ende des Schreibens, sondern um den Beginn. Statt in bildhaft variantenreicher Sprache, berichtet er sachlich und nüchtern von seiner Flucht vor den Sowjettruppen im Januar 1945, er ist zuerst vor ihnen her „und bald in ihrem Rücken, nach Westen gerannt oder gekrochen“. Das war der fast beiläufige Auftakt von Kants Gefangenschaft, in der ihm bei aller Belastung und Bedrückung klar wurde, wer verantwortlich war und welche Verbrechen die Ursachen für die Beeinträchtigungen waren, unter denen er und andere litten: Seine Taten ließen ihn zum Mitschuldigen werden; über diese Taten der Deutschen schreibt er so nüchtern, dass kein Platz für ein illustrierendes Attribut bleibt: Die Fakten beschreiben „mörderische Effizienz“. Auf der Straße, auf der Kant in Gefangenschaft geriet, hatte man vier Jahre zuvor in „rollenden Gaskammern siebenhundert Juden aus Kolo ermordet“; es war eine der kleinsten Zahlen in der von Kant aufgelisteten Verbrechenstatistik. Die Folge war, dass aus dem deutschen Wehrmachtsangehörigen ein antifaschistischer Schriftsteller wurde, der in seinen Büchern sein prägendes Grunderlebnis benannte. Denkt man an den Schriftsteller Hermann Kant, muss das zuerst erinnert werden, seine beeindruckende Leistung, wie er aus seiner Schuld der Teilnahme am Krieg die Verantwortung für die Sühne ableitete und diese dann auch im Sinne einer neuen Gesellschaft zu leben versuchte. Der Vorsatz war bei diesem Ausmaß von Verbrechen so außergewöhnlich, dass Bemühungen scheiterten, Fehler auftraten, aber keine grundsätzlichen Irrtümer: Der Antifaschismus war etwas Ungewohntes. Er ist ein sicherer Maßstab, um sich der Verantwortung zu stellen, die nach wie vor ansteht und sich in der Frage spiegelt, ob man geschossen hätte, wenn man in die Situation gekommen wäre. Die Frage ist aktuell und „jeder Tat gehe eine Idee voraus“ (116). Kant blieb seiner Idee treu, das reizte seine Widersacher nach 1989 noch mehr.

Foto: Gravet OFF/Flickr.com/cc BY 2.0

Hermann Kant im Jahr 2008 bei einer Autogrammstunde, neben ihm Irmtraud Gutschke

Neben dem Schreibauftrag für sich, den Kant an seinem Ursprung beschreibt, und der Bestimmung der Funktion von Literatur, die sich nicht in Unterhaltung erschöpft, sondern auch Analyse des Handelns und Programm des Lebens sein möchte, ging es dem Schriftsteller um Funktionen der Literatur, die in der Zeit von Kants größter Wirksamkeit besonders hoch gehalten wurden und woraus sich die offizielle Aufmerksamkeit für Literatur entwickelte, die auch zu ihrer kritischen Beobachtung führte, an der Kant ebenso Anteil hatte wie er oft genug sich schützend vor Literatur und Literaten stellte. Stärker als früher wird Literatur nun als anspruchsvolles Spiel beschrieben, folgend dem Leben als einem „strengen Spiel“.

Schließlich werden, mindestens einige, „Gesinnungsnachbarn“ genannt, mit denen Kants schöpferischer Geist umzugehen pflegte, durchaus im widerspruchsvollen Dialog: Wolfgang Borchert und Thomas Mann, Günter Grass und Erwin Strittmatter, über allen jedoch Heinrich Heine als unerreichter Kronzeuge für eine „angewandte Literatur“. Das letzte Interview Irmtraud Gutschkes mit Kant, das ihr eingangs genanntes gemeinsames Buch rundet, und ihr erhellendes Nachwort über Kants „Traum und Enttäuschung, Schmerz und Schutzzauber“ beschließen den Band.

Die Texte Kants sind sowohl eine Anleitung für die Lektüre der Werke des Schriftstellers als auch ein Programm, wie durch Literatur Ansprüche an die Mitgestaltung der Gesellschaft gestellt werden. Sie führen auch eine junge Generation an die nach wie vor bleibenden Hauptwerke Kants, von der Aula über den Aufenthalt und Impressum bis zu Kino und Abspann – um nur einige Titel zu erinnern –, heran. – Am Ende stehe ein Spruch, ein Lehrsatz aus diesem Buch Kants, der zu den vielen Sprüchen gehört, die es enthält und die das Ergebnis eines sinnvollen, engagierten und kämpferischen Lebens sind: „Literatur, das ist ein anderes Wort für Ausweg.“ Hermann Kant starb 2016; er wäre am 14. Juni 2021 95 Jahre geworden.

Rüdiger Bernhardt

Hermann Kant
Erzählungen und Essays.
Herausgegeben und mit einem Nachwort von Irmtraud Gutschke
Berlin: Aufbau-Verlag 2021
160 S., 22,- Euro

Auch auf deine Tat kommt es an

Warnungen vor dem Atomkrieg während des Kalten Krieges – Utopische Literatur in der DDR (Teil 2)

Bis in die Mitte der 1950er Jahre erschienen in der jungen DDR nur wenige utopische Romane, aber eine Reihe von Erzählungen, anfangs meist technisch-utopische Darstellungen oder phantastische Kriminalgeschichten, nur einige wenige Weltraumabenteuer. Diese Erzählungen, vor allem für Kinder und Jugendliche geschrieben, wurden unter anderem in den Reihen „Das neue Abenteuer“, „Berliner Lesebogen“, „Jugend und Technik“ sowie der Zeitschrift „Neues Leben“, herausgegeben vom Zentralrat der FDJ, veröffentlicht. Erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre, vor allem nach dem Start von „Sputnik 1“ am 4. Oktober 1957, nahm nicht nur die Zahl der Autorinnen und Autoren und Veröffentlichungen deutlich zu, sondern auch die Themenbreite. Zwischen 1949 und 1990 erschienen insgesamt etwa 250 utopische Bücher von DDR-Autorinnen und -Autoren.

Bis 1955 kamen jedoch zunächst vor allem Übersetzungen aus dem Russischen in die Buchläden, wie die bereits in den 1920er Jahren entstandenen Bücher von Wladimir Obrutschew „Plutonien“ sowie „Das Sannikowland“, 1952 der technisch-utopische Roman „Heiße Erde“ von Fjodor Kandyba, Erzählungen von Wladimir Nemzow, aber auch, 1954, „Der Planet des Todes“ des polnischen Autors Stanislaw Lem. Angesichts der in jener Zeit im Kalten Krieg wachsenden Atomkriegsgefahr wurde die Romanhandlung als Warnung vor der möglichen Selbstvernichtung der Menschheit aufgenommen. Das Buch wurde einige Jahre später von der DEFA verfilmt und kam als erster utopischer Film der DDR unter dem Titel „Der schweigende Stern“ in die Kinos. Ende der 1950er Jahre erschien in der DDR erstmals Iwan Jefremows „Das Mädchen aus dem All“ in gekürzter Fassung. Jefremow versuchte darin, eine künftige kommunistische Gesellschaft mit den Mitteln der wissenschaftlichen Phantastik beziehungsweise Science Fiction (SF) umfassend zu beschreiben.

Zu den wenigen utopischen Büchern, die von DDR-Autoren bis einschließlich 1955 erschienen, gehörten H. L. Fahlbergs (Hans Werner Frickes) „Ein Stern verrät den Täter“, ein utopischer Kriminalroman, Eberhard del Antonios „Gigantum“ und Heinz Viewegs „Ultrasymet bleibt geheim“. In „Gigantum“ geht es, im geeinten sozialistischen Deutschland von 1990, um die Erfindung eines Supertreibstoffs und die Schwierigkeiten bei dessen Produktion und praktischer Nutzanwendung. Viewegs „Ultrasymet bleibt geheim“ führt dagegen nach Algerien. In der Sahara werden dort violette Kristalle gefunden, ein Rohstoff für Ultrasymet, das dem handelsüblichen Stahl um ein Vielfaches überlegen ist – und damit natürlich kapitalistische Konzerne herausfordert, die ihre Spione und Saboteure entsenden. In der Wüste Algeriens soll ein Werk zur Herstellung von Ultrasymet aus den Kristallen aufgebaut werden. Trotz Sabotage und anderem gelingt das auch. In beiden Büchern geht es um die Überlegenheit des Sozialismus über die kapitalistische Welt, bei Vieweg „im Kleinen“, um die direkte Konfrontation mit dem politischen und ökonomischen Gegner – ein Thema, das auch in Erzählungen jener Zeit, aber dann auch in späteren DDR-SF-Romanen, vor allem in den 1960er Jahren, wiederkehrte, nun allerdings in der Regel im Zusammenhang mit Weltraumabenteuern. Zunächst in Eberhard del Antonios „Titanus“ (1959).

In „Titanus“ startet eine Forschungsexpedition des sozialistischen Staatenbundes auf der Erde in den Weltraum und landet auf dem bewohnten Planeten „Titanus“, auf dem noch Ausbeutung existiert und es Klassenauseinandersetzungen gibt. Auf dem Planeten „Titanus II“ existiert dagegen, wie die Menschen von der Erde erst allmählich erfahren, eine fortgeschrittene sozialistische beziehungsweise kommunistische Gesellschaft. Die Herrschenden auf „Titanus“ planen einen Raketenangriff – und sorgen für den eigenen Untergang: Ihr Planet wird durch die eigenen Atomwaffen zerstört. Die irdische Raumschiffbesatzung kann sich auf „Titanus II“ retten. Die Geschichte hat Schwächen, lebt von Vereinfachungen. Aber del Antonio wollte mit seiner Geschichte vor allem vor der größten Bedrohung der damaligen Zeit, vor einem möglichen Atomkrieg warnen. In seinem Nachwort schrieb er: „Die Menschheit steht an einem Scheideweg (…)

Jeder, der in der Zukunft, der für die Zukunft arbeitet, jeder, der das Leben liebt, und jeder, der mit fürsorglicher Hand das Gedeihen seiner Kinder behütet, ist aufgerufen, seine Stimme gegen die wahnwitzigen Atomkriegspläne der Imperialisten zu erheben. (…)

Auch auf Deine Tat kommt es an!“.

Nina Hager

Michael Gerber verlässt den Bottroper Stadtrat

Die DKP ist das soziale Gewissen der Stadt – Sachzwangpolitik machen wir Kommunisten nicht mit

Nach 26 Jahren hat Michael Gerber, Ratsherr der DKP in der Stadt Bottrop, am 30. Juni 2021 sein Mandat an den DKP-Kreisvorsitzenden Jörg Wingold weitergegeben. Wir sprachen mit ihm über seine Erfahrungen als kommunistischer Abgeordneter im Bottroper Kommunalparlament.

UZ: *Dieses Gespräch ist überlagert von dem undemokratischen Angriff auf den Parteistatus der DKP. Wie bewertest du dieses Vorgehen des Bundeswahlausschusses?*

Michael Gerber: Die Beteiligung von Kommunisten an Wahlen ist eine Form unseres Klassenkampfs. Wenn es Teilen der Bourgeoisie opportun erscheint, der DKP den Parteistatus zu entziehen und Kommunisten damit von Wahlen auszuschließen, wird jede Möglichkeit dazu genutzt. Dieser Angriff reiht sich ein in den Abbau demokratischer Rechte, den wir aktuell in den verschiedensten Bereichen erleben.

Michael Gerber ist 71 Jahre alt, von Beruf Wartungselektroniker, ehemaliger Betriebsrat im Siemens-Konzern.

UZ: *Wenn du auf deine Tätigkeit im Bottroper Rat zurückblickst: Ist unser Land ein Hort der Demokratie?*

Michael Gerber: Nein. Demokratie bedeutet im Griechischen „Herrschaft des Volkes". Davon sind wir aber meilenweit entfernt. In den Zentralen der Konzerne und Banken ist die wirtschaftliche und politische Macht in unserem Land konzentriert. Dies wird von den staatstragenden Parteien nicht infrage gestellt. Dies erleben wir ständig, auch auf kommunaler Ebene.

Indem den Kommunen die notwendigen finanziellen Grundlagen für ihre Tätigkeit von Bund und Land entzogen werden, verlieren die Städte und Gemeinden ihre Handlungsfreiheit und die kommunale Selbstständigkeit. Damit wird der kommunalen Demokratie letzten Endes der Boden entzogen. Statt die Interessen der Menschen in den Mittelpunkt kommunaler Entscheidungen zu stellen, wird in den bürgerlichen Parteien nach sogenannten Sachzwängen entschieden. Kommunisten in den Parlamenten machen da nicht mit.

UZ: *Aber nun zu dir. Warum hast du nach 26 Jahren Ratstätigkeit den Stab weitergegeben?*

Michael Gerber: Nach so vielen Jahren als Vorsitzender der Fraktion beziehungsweise Sprecher der Ratsgruppe in einer kleinen Großstadt – mit Bezirksvertretung, vielen Ausschüssen und Verwaltungsräten – habe ich mich an meiner gesundheitlichen Belastungsgrenze gesehen. Unser Schwerpunkt war in all diesen Jahren die außerparlamentarische Arbeit – die Initiierung und Mitarbeit in Bürgerinitiativen, regelmäßige Aktionen wie „DKP vor Ort" und andere Bürgerinformationen.

Das Telefon bei mir stand nie still, ich war stets Ansprechpartner für alle Bürgerinnen und Bürger – das hat sehr viel Kraft gekostet. Ich habe aber in all diesen Jahren immer auch großen Wert auf unser Familienleben gelegt. Im Alter möchte ich jetzt den Enkelkindern mehr Zeit widmen. Als stellvertretender Kreisvorsitzender der DKP in Bottrop bleibe ich politisch aktiv und bringe meine Erfahrungen weiterhin ein.

Foto: Peter Köster

Mit den Roten lässt sich auch gut feiern: Marktfest der DKP im Bottroper Stadtteil Eigen 2018.

UZ: *Wie wirkt sich die Präsenz der DKP im Rat der Stadt Bottrop für die Bürger aus?*

Michael Gerber: Die DKP ist das soziale Gewissen der Stadt. Mit unserer Tätigkeit sind viele Erfolge verbunden, so zum Beispiel die Einführung des Bottrop-Passes, der Sozialpass der Stadt, das Frauenhaus, ein neues Gesundheitsamt in den 70er-Jahren, der Spielbus der Stadt und die Erhaltung von Zechensiedlungen mit den großen Mietergärten. Als besonders großer Erfolg kommt hinzu der erfolgreiche Bürgerentscheid für die Erhaltung des Stenkhoffbades, das aus finanziellen Überlegungen im Rahmen eines Spardiktats geschlossen werden sollte.

UZ: *Du hast dich über Jahrzehnte einer kommunistischen Kommunalpolitik gewidmet. Was macht die aus und warum ist sie für die DKP notwendig?*

Michael Gerber: Entscheidend ist unser glaubwürdiges Auftreten und konsequentes Handeln. Nur so können wir letzten Endes Menschen von unserer Politik, auch den weiterführenden sozialistischen Vorstellungen, überzeugen. Unser Motto in Bottrop war immer: „DKP im Rat – damit man draußen sieht, was drinnen geschieht". Das heißt aber auch: Wir mussten bereit sein, Dinge an die Öffentlichkeit zu bringen, die unter den Tisch gekehrt werden sollten – und das hat mir auch die Anklage vor bürgerlichen Gerichten eingebracht. Dies war aber auch verbunden mit einer großen Anerkennung bei unseren Wählerinnen und Wählern für unser konsequentes Handeln.

UZ: *Die DKP ist nur in wenigen deutschen Kommunalparlamenten vertreten. Andererseits ist kommunistische Kommunalpolitik nicht an eine parlamentarische Vertretung gebunden. Was würdest du DKP-Gruppen als Einstieg in die Kommunalpolitik empfehlen?*

Michael Gerber: Wichtig ist, dass wir uns den dringenden sozialen Problemen der Menschen widmen. Der Anlass für kommunalpolitische Tätigkeit kann ganz unterschiedlich sein. Es müssen die Fragen sein, die die Menschen vor Ort bewegen.

Dafür müssen wir ein Gespür entwickeln und uns dann gemeinsam mit den Menschen engagieren. Wir dürfen nicht den Fehler von Stellvertreterpolitik machen, sondern das Ziel muss immer sein, Menschen selber in Aktion zu bringen, um ihnen damit die Erkenntnis zu vermitteln: Man kann in unserem Land und in unseren Städten etwas verändern – nur muss man dazu selber aktiv werden.

Das Gespräch führte Werner Sarbok

Tiny-teurer Wohnraum passt nur den Reichen

DKP Linden-Limmer erteilt unsozialer Wohnungspolitik in Hannover eine Absage

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert begann ein rasanter Anstieg der Bevölkerungszahlen in den Städten. In fußläufiger Nähe der Fabriken entstanden durch das Ansiedeln der Arbeiter und ihrer Familien die Arbeiterstadtteile. In Linden und Limmer wurden Arbeiterhäuser und Werkswohnungen rund um Hanomag und Ahrberg, die mechanische Weberei an der Ihme bis zu Bettfedernfabrik und Continentalwerken am Leineufer hochgezogen. Die Fabrikbesitzer und Vorgesetzten atmeten in herrschaftlichen Villen samt Grünflächen und breiten Straßenzügen durch, während die Arbeits-, Wohn- und Lebensorte der Arbeiter eng, laut und dreckig waren. Durch zwei Kriege und Deindustrialisierung fiel der Industriestandort Linden-Limmer zu großen Teilen brach, zurück blieb der Arbeiterstadtteil, der noch bis Mitte der 60er-Jahre im Beheben der Kriegsschäden steckte. Das sogenannte Wirtschaftswunder brachte Geld in die Kassen der Stadt. In Hannover begann ein großangelegter, das Stadtbild verändernder Bauboom, so auch in Linden-Limmer.

Foto: Privat

Hannover: Das DKP-Team für den Stadtbezirksrat Linden-Limmer fordert guten und günstigen Wohnraum für alle: (v. l. n. r.) Gerda Marotzky, David Koloßka, Matthias Wietzer, Steffen Friedrich, Anke Wittkopp, Frank Darguß

Angespannte Wohnungslage bleibt

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs blieb die Lage auf dem Wohnungsmarkt für die arbeitenden Menschen angespannt: Es fehlte an Wohnungen, die Kosten stiegen an, und allzu oft war der Platz viel zu gering. Die, die es sich leisten konnten, zogen in Neubaugebiete im Umland, der freigewordene, schlechtere Teil des Wohnungsbestands wurde von Einkommensschwächeren und Gastarbeitern bezogen. Die baufälligen Häuser in Linden-Nord wie -Süd und die großen Leerflächen in guter Lage machten den Stadtteil zu einem wichtigen städtischen Aktionsfeld. Auch in dieser Periode der Stadtplanung überwogen bereits die Interessen der „besserbetuchten" Teile der Bevölkerung, aber es gab noch einen Anspruch auf eine gesellschaftlich ausgewogene Stadtplanung. In der öffentlichen Diskussion wurde wahrgenommen, dass städtebauliche, architektonische, soziale und längerfristige volkswirtschaftliche Interessen auf der Strecke blieben und das weckte zu Recht den Widerstand der Stadtteilbewohner.

Der Versuch der Stadt Hannover, Linden für die Abrissbirne freizugeben, scheiterte am Engagement der Bewohner und aktiver Studenten. Im Gegensatz zum Abbruch der gesamten Fannystraße, die die Zwangsumsiedelung ihrer Bewohner nach Garbsen zur Folge hatte, konnte der Abriss der Arbeiterhäuser an der Viktoriastraße und der Mathildenstraße verhindert werden.

Zu Recht skeptisch schauten die Bewohner Lindens dann auch auf das Bauvolumen des Ihme-Zentrums. Die Investoren und Großeigentümer – größtenteils Nord- und West-LB – wollten eine verdoppelte Gewerbefläche, von der sie sich höhere Gewinne erhofften – was zu einer der Ursachen für den heutigen ruinösen Zustand des Ihme-Zentrums wurde.

Ausverkauf und Verdrängung

Die Wohngebietsgruppe DKP Linden-Limmer meint, dass erneut Widerstand von unten geleistet werden muss. Die derzeitige Politik von Grünen, SPD, CDU, AfD und leider auch teilweise von der Linkspartei ist nicht den Notwendigkeiten angemessen, die aus der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt erwachsen: Pro Tag fallen 72 Wohnungen aus der Bindung, sprich mit öffentlichen Geldern geförderte Wohnungen gehen in den Bestand von Vonovia & Co. über oder werden Eigentumswohnungen.

Es wird deutlich, dass Bauprojekte mit wenigen Wohneinheiten und hohen Quadratmeterpreisen, wie das Gilde-Carré und die Edelwohnungen am Leineufer des Schwarzen Bären oder Lifestyle-Wohnprojekte in ehemals öffentlichen Gebäuden, nicht im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bewohner des Stadtteils sind.

hanova: winzig und teuer

Den widersinnigsten Wurf von allen hat sich jüngst die städtische Wohnungsgesellschaft hanova selbst geleistet: Sie setzte allen Ernstes sogenannte „Tiny Houses" mit einer Größe von 28 qm zum Quadratmeterpreis von 17,50 € Kaltmiete nach Linden-Süd. Das ist angesichts des ohnehin kontinuierlich steigenden Mietspiegels im Bezirk, den solche hochpreisigen Wohnungen weiter in die Höhe treiben, nicht hinnehmbar und verantwortungslos. So wirkt sich vermeintlich grüner Lifestyle-Schnickschnack konkret aus.

Unter den herrschenden politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen, in denen maßgeblich die Profitinteressen von Investoren und Spekulanten bedient werden, wird es keinen sozialen Wohnungsbau in ausreichender Menge geben. Daran ändern auch die blumigen Worte der bürgerlichen Parteien nichts, die viel versprechen, aber nicht einmal das umsetzen, was sofort machbar wäre, nämlich die hanova zur Gemeinnützigkeit und dazu zu verpflichten, bezahlbaren Wohnraum statt Luxusbauten zu schaffen.

Schon morgen könnten sie einen Mietendeckel für die städtischen Wohnungen installieren und so den Anstieg der Bestandsmieten begrenzen. Für geförderte Mietwohnungen gilt in den ersten drei Jahren ab Bezugsfertigkeit eine höchstzulässige Nettokaltmiete von 5,60 Euro/qm – warum diese Mietpreisgrenze nicht beibehalten? Das wären erste Schritte auf dem Weg von engem, kleinem, teurem Wohnraum zu gutem und günstigem Wohnen für alle – auch für uns in Linden-Limmer.

Diese logischen, einfachen Schritte zur Verbesserung der Wohnungsversorgung werden sich nicht im Selbstlauf durchsetzen. Ausdauer, Solidarität, Widerstand und öffentlicher Protest sind nötig, denn tiny-teurer Wohnraum passt nur den Reichen!

DKP Wohngebietsgruppe Linden-Limmer

Vernünftiges Denken gegen Kriegshetze und Bewusstseinssteuerung

Der deutsche Freidenker-Verband hat einen neuen Vorsitzenden gewählt. Interview mit Sebastian Bahlo und Klaus Hartmann

Der Diplom-Mathematiker Sebastian Bahlo wurde auf dem Verbandstag des Deutschen Freidenker-Verbandes Ende Juni dieses Jahres zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er löst Klaus Hartmann ab, der nach 33 Jahren im Amt nicht mehr antrat. Anhand dreier umfangreicher Anträge bestimmte der Verbandstag die Ausrichtung der Organisation für die kommenden Jahre.

Alter und neuer Vorsitzender: Klaus Hartmann (links) und Sebastian Bahlo

UZ: *Sebastian, was hat dich motiviert, für den Vorsitz der Freidenker zu kandidieren?*

Sebastian Bahlo: Der Name Freidenker war früher eine Selbstbezeichnung für Atheisten. Mitglieder und Interessenten wollen Freies Denken heute in einem erweiterten Sinne verstehen: rationales Denken, das sich auf nachprüfbare Evidenz, auf Logik statt auf Scheinlogik stützt und sich seine Grundannahmen weder von religiösem Glauben noch von gesellschaftlicher Opportunität und politisch-medial forcierten Denkvorgaben und -verboten diktieren lässt. Tatsächlich sehen wir gerade unter den Bedingungen krisenhafter Zuspitzung in der Förderung des Freien Denkens in diesem verallgemeinerten Sinn eine dringend notwendige Aufgabe, um der Selbstverständigung der Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts zu dienen.

UZ: *Klaus, bei deiner Wahl 1988 sah die Welt noch ganz anders aus. Was sind deine drei wichtigsten Erkenntnisse aus deiner Amtszeit?*

Klaus Hartmann: 1988 warf die bevorstehende Konterrevolution ihre Schatten voraus: Verunsicherung bis zur Gehirnerweichung bei vielen Linken. Die Freidenker haben in der rauen See Kurs gehalten, sich keiner Diskussion über Fehler verweigert, ohne opportunistisches Überlaufen zu den einstweiligen „Siegern“. Wir bestanden darauf: Die sozialistischen Ideale bleiben gültig, der Kapitalismus ist nicht das letzte Wort der Geschichte, eine menschliche Gesellschaft kann es nur mit gesellschaftlichem Eigentum an den Hauptproduktionsmitteln und gesamtgesellschaftlicher Planung geben.

Auf dieser Grundlage sind wir an den Zusammenschluss mit den Freidenkern der DDR 1991 gegangen: Anerkennung der Erfahrungen, Positionen und Lebensleistung der Genossen. Wir hatten eine echte Vereinigung: gleichberechtigt und paritätisch, keine Übernahme im Kolonialherrenstil der Regierenden.

Gerade angesichts der Delegitimierungsversuche gegenüber der DDR betonten wir die Gültigkeit der Devise: „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ Und wir bekräftigten angesichts der NATO-Aggression gegen Jugoslawien und der vielen folgenden Kriege des Imperialismus: Wir sind und bleiben eine antiimperialistische Organisation, die ohne „Äquidistanz“ den Aggressor anklagt und mit den Opfern solidarisch ist.

UZ: *Die Friedensfrage spielte auf eurer Tagung eine große Rolle. Wie schätzt ihr die weltpolitische Lage eine?*

Sebastian Bahlo: Wir erleben derzeit aggressiver werdende imperialistische Mächte und die wachsende Stärke der Länder, deren Ziel Stabilität und gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung ist. Die VR China ist auf dem Weg zur weltweit führenden Wirtschaftsmacht, und sie wird das erste Land in dieser Position sein, dessen oberstes Ziel das Wohl seiner gesamten Bevölkerung ist und dessen Regierung nicht von einer kleinen Monopolistenklasse zu kriminellen Kriegsabenteuern getrieben wird. Auch die Großmacht Russland verfolgt eine besonnene, friedenssichernde Politik. Viele kleinere Länder profitieren wirtschaftlich und außenpolitisch davon, dass ihnen Russland und die VR China eine Alternative zu wirtschaftlicher und militärischer Erpressung durch die alten kapitalistischen Mächte bieten. Naturgemäß ruft dieser Fortschritt aber die gesteigerte Aggressivität der Imperialisten hervor, die dem Schwinden ihrer Einflusssphären nicht kampflos zusehen wollen. NATO-Osterweiterung, Krieg in der Ukraine, Sanktionen gegen Russland und Weißrussland, Provokationen im Südchinesischen Meer zeigen die Richtung an.

Klaus Hartmann: Wir erleben einen Geschichtsrevisionismus, dessen Speerspitze nicht die AfD bildet, sondern das von vielen Linken hochgeschätzte EU-Parlament: 2019 hat es in einer skandalösen Resolution Hitler und Stalin gemeinsam die Schuld am Zweiten Weltkrieg gegeben, in offenem Widerspruch zum Ergebnis der Nürnberger Prozesse. Zum 80. Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion galt: „Einen Tag lang schämen, dann wieder schamlos hetzen.“

UZ: *Welche Aufgaben ergeben sich daraus für die Friedensbewegung?*

Sebastian Bahlo: Strategisch ist eine klare Stoßrichtung gegen den Imperialismus und sein wichtigstes Werkzeug, die NATO, nötig. Die deutsche Friedensbewegung muss den Austritt Deutschlands aus der NATO und den Abzug ausländischer NATO-Streitkräfte aus Deutschland fordern. Ideologisch gilt es, die Gleichsetzung von imperialistischen und friedenssichernden Großmächten zu überwinden. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die verbreitete Fokussierung auf Abrüstung zu bewerten. So notwendig es ist, Abrüstung zu fordern, so wichtig ist es auch, zu verstehen, dass Krieg von Menschen gemacht wird und nicht von Waffen. Und wer zum Beispiel in seiner Sehnsucht nach einer atomwaffenfreien Welt nicht den Unterschied zwischen US-amerikanischen und russischen Atomwaffen sieht, der kann schnell in reaktionäres Fahrwasser geraten.

Klaus Hartmann: „Frieden mit Russland und China!“ muss zum zentralen Konsens werden. Es gilt, dem neuen geheimdienstlichen Dreh entgegenzutreten, einen Keil zwischen vermeintlich akzeptierter Russland-Verständigung und andererseits neuem China-Bashing zu treiben. Das strategische Ziel der Spalter ist, Russland von der VR China zu trennen. Dagegen setzen wir: Das vertiefte Zusammenwirken von Russland und der VR China nutzt allen fortschrittlichen und revolutionären Kräften. Der Klassengegner weiß das genau, auf unserer Seite hapert es noch. Und es gilt, sich einer „nostalgischen“ Illusion zu erwehren: dass die Grünen noch irgendwie links oder friedensbewegt seien. Aktuell ist keine Partei so „transatlantisch“ wie der Baerbock-Verein. „Wer Grüne wählt, wählt Krieg“ ist daher eine völlig zutreffende Aussage.

Was die Friedensbewegung noch verstehen muss: Wer für Abrüstung ist, wer den Abzug der NATO-Truppen unterstützt, wer Frieden mit Russland und der VR China will und wer „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ unterschreibt, gehört zu uns. Wie er oder sie zu Corona, zum Klima, zur Homo-Ehe oder zur Ernährungsweise steht, hat damit nichts zu tun.

UZ: *Ihr habt auch ein Thesenpapier mit der Überschrift „Freidenker und Medien“ diskutiert. Was habt ihr zu dem Thema beschlossen?*

Klaus Hartmann: Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Massenmedien die Kanzeln in Sachen Volksverdummung längst abgelöst haben. Daher bekämpfen Freidenker den Irrationalismus nicht nur in seiner religiösen, sondern vorrangig in seiner weltlichen Gestalt. Wir erleben aktuell, wie Medien alle Proteste gegen das Corona-Regime unter dem Sammelbegriff „Querdenker“ als „rechts“ labeln, mit der Tendenz, jede Regierungskritik als „voll Nazi“ zu diskreditieren. Wir unterstützen die Verteidigung demokratischer Rechte, nicht aber jene, die eine „demokratische Revolution von 1989 vollenden“ wollen oder gegen die VR China hetzen.

Wir widersetzen uns der auch bei „Lifestyle-Linken“ beliebten Praxis, Andersdenkende als „Verschwörungstheoretiker“ oder „Antisemiten“ aus der Diskussion auszugrenzen. Einen Prozentsatz von Spinnern erleben wir bei vielen Demonstrationen, er ist aber nie so hoch wie im Bundestag und in der Bundesregierung. Der verschärften Zensur, „outgesourct“ an die großen Internetkonzerne, muss geschlossen entgegengetreten werden. Die Strategie der Herrschenden ist, durch multiple Spaltungen, die sowohl real als auch ideologisch stattfinden, das Bewusstsein vom Klassengegensatz zum Verschwinden zu bringen.

Sebastian Bahlo: Das Papier trägt der Tatsache Rechnung, dass die Medien ein immer wichtiger werdendes Instrument der Steuerung der Bevölkerung werden und die einflussreichsten Medienmacher gleichzeitig die Diskussion über die Medien dominieren. Es geht in erster Linie um die Erhöhung des Problembewusstseins. So sprechen wir uns klar dagegen aus, die zutreffende Charakterisierung „Lügenpresse“ als angeblich „rechts“ zu tabuisieren. Es ist auch ein schweres Defizit, dass Menschen, die dagegen protestieren wollen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit ihren Gebühren Regierungspropaganda macht, hauptsächlich im esoterisch-rechtsaffinen Bereich Ansprechpartner finden, obwohl auf diesem Feld dringend die historisch-materialistische Aufklärung arbeiten müsste. Zentral ist aber die Rolle der „sozialen Medien“, die immer größere Bedeutung für die Massenkommunikation gewinnen. Die wenigen Konzerne, denen die Betriebsmittel dieser Netzwerke gehören, üben einen qualitativ neuartigen Einfluss auf das Massenbewusstsein aus. Symptomatisch ist ihre Zensurpraxis, mit der sie nach Gutdünken entscheiden, welche Nutzerbeiträge erlaubt sind und welche ihren Standards widersprechen. Manipulativ wird auch der Begriff „Hass“ verwendet, indem ein gedanklicher Zusammenhang zwischen dem Online-Mobbing von Teenagern und scharfer Regierungskritik hergestellt wird. Das bildet die Spitze des Eisbergs; man muss verstehen, dass die „sozialen Medien“ durch ein komplexes System von Mechanismen tief in den Prozess der individuellen Meinungsbildung eingreifen. Dagegen hilft keine Empörung, und auch gegen das Grundproblem des Privateigentums weniger Monopolisten an diesen Medien kann man momentan nichts machen. Als einzigen Ausweg betrachten wir verstärkte Anstrengungen zur Schaffung „öffentlicher Räume im Netz“, wie wir es genannt haben, Vereine zum Betrieb Sozialer Medien, bei denen sich Hard- und Software im kollektiven Besitz der Nutzer befinden und deren Funktionsweisen und Regelwerke unter deren demokratisch ausgeübter Kontrolle stehen. Das wird für den Anfang nur mit bescheidenen Mitteln und kleinen Datenmengen möglich sein, etwa nur mit Textnachrichten. Aber es wäre eben ein notwendiger Anfang.

UZ: *Als Freidenker-Verband versteht ihr euch als Weltanschauungsgemeinschaft und Interessenvertretung konfessionsfreier Menschen. Wir leben in einem Land, in dem die christliche Religion zur Herrschaftssicherung genutzt wird und die christlichen Kirchen großen Einfluss über Eigentum als auch ihre Unternehmen im Sozialbereich haben. Euer Verbandstag hat den Vorstand beauftragt, ein Forderungsprogramm zur Trennung von Staat und Kirche zu entwickeln. Gab es dazu schon erste Debatten?*

Sebastian Bahlo: Wir wollen unsere lange vorliegenden Forderungen kompakt bündeln, um dem Thema größeres Gewicht zu geben. Es geht um die inakzeptable Praxis des staatlichen Kirchensteuereinzugs, zusätzliche staatliche Kirchenfinanzierung, Bevorrechtung kirchlicher Unternehmen – insbesondere den faktischen Zwang für deren Beschäftigte, Kirchenmitglieder zu sein –, konfessionellen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, Einfluss der Kirchen auf die Rundfunkgestaltung. Gegen die gewachsene Rolle des Christentums in unserer Kultur führen wir natürlich keinen Frontalangriff, nur gegen unbegründete Privilegien sowie Intoleranz gegenüber Freidenkern und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften.

Klaus Hartmann: Schon vor mehr als 100 Jahren traten die Freidenker für die Straffreiheit der Abtreibung ein, heute dafür, dass Priester, die Kinder missbrauchen, sich vor einem staatlichen Gericht verantworten müssen. Auch andere Fragen gewannen in letzter Zeit an Bedeutung: Wir arbeiten mit anderen säkularen Verbänden in einem Bündnis zur Abschaffung „altrechtlicher Staatsleistungen“. Was sich so dröge anhört: Bis heute erhalten die Kirchen jährlich rund 550 Millionen Euro als „Entschädigung“ für unter Napoleon enteignete Kirchengüter.

„Corona“ hat es wieder ins Bewusstsein gerückt: Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand! Doch in den letzten Jahrzehnten ging der Trend zu profitablen, privaten Wohlfahrtskonzernen. Die Kirchen machten dabei einen großen Schnitt, besonders durch die Aneignung von Kliniken in der DDR. Dies verbunden mit der Entrechtung der Beschäftigten, für die weder Tarif- noch Betriebsverfassungsrecht gilt.

Unsere besondere Aufmerksamkeit verdient die „Militärseelsorge“: Nach dem Umbau der Bundeswehr zur Aggressions- und Interventionsarmee rüsten die „Seelsorger“ die Kampfmoral der „Soldaten im Einsatz“ auf. Während freireligiös-humanistische Verbände „gleichgestellt“ mit den Kirchen mitmachen wollen, fordern wir die ersatzlose Abschaffung. Das sind wir auch unserer antimilitaristischen Tradition und antiimperialistischen Aufgabenstellung schuldig.

Das Gespräch führte Björn Blach

Das Leben endet, die Liebe bleibt

Mein lieber Mann **Michael**

ist verstorben.

Er ist nicht mehr bei mir,
aber er wird immer in meinem
Herzen bei mir sein.

In Liebe, Deine Silvia

Michi, du fehlst mir.

Es nimmt der Augenblick
was Jahre gegeben
J. W. von Goethe

Unser Freund und Genosse

Michael Pionke

lebt nicht mehr.
Er fehlt uns, wir sind unendlich traurig.
Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Silvia.

Rita und Gerd

Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Starken kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.
B.Brecht

Wir trauern um unseren Genossen

Michael Pionke

6. 2. 1945 2. 7. 2021

Unter schwierigen Bedingungen mit sieben Geschwistern aufgewachsen, kam Michael durch die Aktion „Frohe Ferien für alle Kinder" in den Ferienlagern der DDR mit KommunistInnen in Kontakt. Er hat in jungen Jahren am Aufbau der SDAJ aktiv mitgearbeitet, war noch in der illegalen KPD und trat 1968 sofort in die neu konstituierte DKP ein.

Michael war Gruppenvorsitzender, Kassierer und Mitglied der Revisionskommission der DKP Baden-Württemberg. Er war ein unbeugsamer Genosse und Kämpfer, der immer standhaft und unbeirrt zur Partei stand.
Er war aktiver Gewerkschafter und im Personalrat. Michael war aktiv in der Friedensbewegung und beim Ostermarsch.

Trotz gesundheitlicher Probleme organisierte er in verantwortlicher Position den Ludwigsburger ver.di-Senioren-Treff.

Michael fehlt uns.

DKP Bezirksvorstand Baden-Württemberg
DKP Gruppe Ludwigsburg

Uneingeschränkte Parteirechte für die DKP!

Wir rufen unsere Mitglieder und Wähler sowie die Freunde und Sympathiesanten unserer Partei zu einer Kundgebung gegen den weiteren Demokratieabbau am

Samstag, den 31. Juli 2021, von 11.30 Uhr bis 16 Uhr auf dem Königsplatz in Kassel auf!

DKP Nordhessen und SDAJ Kassel

(Es gelten die Infektionsschutzbestimmungen)

Mittwoch, 4. August, in *jW*: 8 Seiten extra jW Spezial

IMAGO STOCK&PEOPLE

Marx in Afrika

Nordafrika zwischen Neokolonialismus, islamistischer Gewalt und Demokratie. Von Sabine Kebir

China und Afrika im Wandel der Zeit. Von Jörg Kronauer

Südafrika: Verlust marxistischer Ideale in der Tagespolitik. Von Christian Selz, Kapstadt

Bewegung gegen Kolonialismus: Zum Stand des Panafrikanismus. Von Simon Loidl

---

Gasthof Heimes
1591 – 1685 – 1759 – 1841
★★★ Superior
57392 Schmallenberg-Grafschaft
Tel.: 02972 97800
mail@gasthof-heimes.de | www.gasthof-heimes.de

Ruhe, Erholung, Sport und jede Menge Natur das ganze Jahr über
2 FeWo im Südschwarzwald
ca. 60 oder 75m²
2 oder 3 Zi. KDB, Terrasse
großzügig ausgestattet
Weitere Infos und Buchung:
www.todtmoos.lommes.eu

Carlis Bienenhonig
500g für 6 €, 250g für 3,50 €
+ Porto, ab 12 Gläser portofrei.
Anfragen bei: Imkerei Trauth,
Tel.: 02241 973111
E-Mail: camatra@web.de

Entschleunigung
Ruhe & Natur satt im Müritz-Nationalpark
3 FeWo für je 2–3 Personen, ganzjährig in Kratzeburg-Granzin,
Tel: 039822/299488
joergtrinogga@web.de
www.trinogga.de

Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee
(14 km von Stralsund)
3 komfortable Fe.-Wo.
Erich und Michaela Bartels
Näheres: Tel. 03831 – 459 366
www.ferien-im-lotsenhaus.de

Wo Ferien noch Ferien sind
- auf dem Hollerhof -
• Rundum Natur pur – viel Ruhe • Kittners Bibliothek von etwa 10 000 Büchern • 3 komfortable Ferienwohnungen (63 bis 93 qm) für 2–5 Personen
Tel: +43 (0)3476 20525
E-Mail: hollerhof@hollerhof.at
www: hollerhof.at

Toskana, nah am Meer
www.toskana-biohof.de | 0039.0566. 81478
Ökohof im Olivenhain,
weiter Blick, Stille;
große helle Zimmer,
viele gute Bücher,
Haus oder Häuschen;
Kinderparadies.

KLS SANIEREN!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es gibt noch sehr viel zu tun. Auch handwerklich weniger erfahrene Menschen werden dringend gebraucht, beispielsweise zum Räumen, Putzen, Organisieren, Einkaufen, Kochen. Jede und jeder ist willkommen.

Hier die nächsten Subbotniktermine:
10. – 20.8. 2021 | 14. – 24.9. 2021
12. – 22.10. 2021 | 2. – 12.11. 2021

Kontakt: Heike Warschun
KLS-Organisation Karl-Liebknecht-Schule der DKP,
Am Stadtpark 68 | 51373 Leverkusen
kls@dkp.de | Tel.: 0157 5605 5841
Jede Spende ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der KLS: Bankverbindung Karl-Liebknecht-Schule der DKP
Sparkasse Leverkusen | BIC WELADEDLLEV
IBAN DE39 3755 1440 0101 0050 64

Helfer für Festa do Avante

gesucht

Es werden noch Helfer für den DKP-Auftritt beim portugiesischen Pressefest (3. bis 5. 9.) bei Lissabon gesucht. Anreise muss selbst organisiert werden, vor Ort gibt es für die Tage einen günstigen Zeltplatz (begrenzt) und die Eintrittskarte für das Fest.

Wir bitten um Rückmeldung bis 10. 8. 2021

Nähere Infos bei Anja (*rosa1918@posteo.de*)

Samstag, 7. August, 13:00 bis 20:00
UZ-Shop | Antiquariat
Merchandise | Grill & Kuchen
Hoffnungstraße 18 | Essen

Mercedes-Benz 280 SL

W113 Pagode, Baujahr 1968, EZ 09/1968, 78.660 km, Hubraum 2.778 ccm, Leistung 125 kW (170 PS), Benzin, Weiß, Leder, Schwarz, Datenkarte, Hardtop, Windschott, Zugelassen (H-Kennzeichen). Preis: 41.000 Euro

Kontakt: drmedtrautmann@gmail.com oder 15783123918.

Das Allerneueste aus dem UZ-Shop uzshop.de

Kaffeebecher Lenin

„Er rührte an den Schlaf der Welt mit Worten, die Blitze waren."

Logo gegenüber Henkel
Farbe weiß
Motiv rot und schwarz
Keramik
Inhalt ca. 300 ml

€ 7,90

T-Shirt Rosa & Karl

Logo Brustdruck groß
Farbe weiß
Motiv rot und schwarz
Label: earth positiv
100 % Biobaumwolle

Größen S - 4 XL

€ 17,90

uzshop.de
Mail: shopunsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788925

Solidaritätsaktion für die DKP bei der Sommerschule der SDAJ in Leverkusen

Jetzt erst recht!

In den vergangenen Tagen und Wochen machte die DKP an vielen Orten mit Infoständen, Aktionen und Kundgebungen auf die drohende Gefahr ihres „Kalten Verbots“ aufmerksam. In Fürth und Stuttgart (Seite 3) gab es größere Solidaritätskundgebungen mit Bündnispartnern aus der Gewerkschafts-, Friedens- und antifaschistischen Bewegung. Für Dienstag und Mittwoch nach Redaktionsschluss der UZ sollten Kundgebungen in Bremen und in Berlin vor dem Roten Rathaus folgen.

Gleichzeitig liefen die Wahlkampfvorbereitungen der DKP weiter, denn die Kommunistinnen und Kommunisten wollen im Falle des Ausschlusses von den Wahlen erst recht in den Wahlkampf eingreifen. So gab Patrik Köbele in Hannover „ZDF“ und „ARD“ Interviews für eine Reihe über kleine Parteien mit dem Titel „Der Traum von den fünf Prozent“, während Genossinnen und Genossen in Essen den zentralen Wahlwerbespot drehten. **WR**

Aktion mit der UZ in der Bremer Fußgängerzone

Kundgebung mit Bündnispartnern in Fürth gegen das „Kalte Verbot“ der DKP

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, bei Fernsehaufnahmen mit „ARD“ und „ZDF“

Dreharbeiten für den Wahlwerbespot der DKP in Essen

Termine@unsere-zeit.de

SA ★ 31. JULI

Sonneberg: „Stolperstein“-Verlegung für den Kommunisten und antifaschistischen Widerstandskämpfer Adolf Wicklein, Otto-Bergner-Straße 8, 11 Uhr

Jagel: Mahnwache am Drohnen- und Tornado-Standort Jagel: „Die Bundeswehr hat den Krieg in Afghanistan verloren – Soldat*innen wurden missbraucht“, Hauptzufahrt zum Fliegerhorst Jagel, 12 Uhr

DI ★ 3. AUGUST

Marburg: „Karl Liebknecht – Ein Leben gegen den Krieg“, mit Georg Fülberth und Gert Meyer, GEW-Haus, Schwanallee 27, 19 Uhr

DO ★ 5. AUGUST

Stuttgart: „Wo der Himmel aufgeht“ – Filmabend, gezeigt wird die Dokumentation zur Kuba-Reise von Esther Bejarano und Microphone Mafia (45 min). Veranstaltet von der FG BRD-Kuba Stuttgart, Waldheim Gaisburg, Obere Neue Halde 1, 19 Uhr

FR ★ 6. AUGUST

Bremen: Mahnwache zum Hiroshima- und Nagasaki-Gedenktag, Marktplatz, 12 Uhr

SA ★ 7. AUGUST

Essen: Büchermarkt – Antiquariat, UZ-Shop, Essen und Trinken, Haus der DKP, Hoffnungstraße 18, 13 bis 20 Uhr

SO ★ 8. AUGUST

Gronau: „Hiroshima und Nagasaki mahnen: Kein atomares Wettrüsten! Uranfabrik Gronau jetzt stilllegen!“, Fahrraddemo zur Uranfabrik, veranstaltet von IPPNW und anderen, Treffpunkt Bahnhof Gronau, 13 Uhr, Kundgebung an der UAA um 14 Uhr

SA ★ 14. AUGUST

Strausberg: „Druschba!“ – Friedens-Sommerfest der DKP Brandenburg, mit Hartmut König (Oktoberclub), Isabel Neuenfeldt (am Akkordeon) und dem deutsch-russischen Chor „Iwuschka“ (Eberswalde). Russische Spezialitäten zu fairen Preisen, Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70

SA ★ 21. AUGUST

Waldkappel-Burghofen: „Mit den Roten im Grünen feiern“, Sommerfest der DKP Nordhessen, an der Grillhütte Waldkappel-Burghofen, ab 16 Uhr

SA ★ 28. AUGUST

Berlin: „Für Frieden, Arbeit, Solidarität – DKP wählen!“, Sommerfest der DKP Berlin, unter anderem mit The Pokes und dem russischen Trio Scho, Weberwiese, 15.30 bis 20 Uhr

SO ★ 5. SEPTEMBER

Büchel: Menschenkette gegen Atomwaffen – vom Industriegebiet Büchel zum Haupttor des Atomwaffenlagers, veranstaltet von der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“, 12 bis 16 Uhr, Informationen zu Anreise und Abfahrtorten von Bussen nach Büchel unter: atomwaffenfrei.de

SA ★ 18. SEPTEMBER

Online: „Philosophie und Weltbegründung: Dialektischer Monismus oder dialektischer Materialismus?“, mit Andreas Arndt, Jörg Zimmer, Richard Sorg, Eva Bockenheimer, Haziran Zeller, Marc Püschel. Symposium der Gesellschaft für dialektische Philosophie in Kooperation mit dem Gesprächskreis akdiamat Hamburg und der Marx-Engels-Stiftung, Anmeldung unter: post@akdiamat.de, 10.30 bis 17 Uhr

UZ abonnieren – Prämie sichern!

(Prämie „Halstuch Frieden“, Farbe: blau / Motiv: weiß, 100% Baumwolle, Größe: 51 x 51 cm)

Ich möchte die UZ – für mindestens ein Jahr – abonnieren:

Abo-Art / Preise pro Monat	ermäßigtes Abo	Normalabo	Förderabo
Wochenzeitung-Abo Nur Print-Ausgabe	□ 7,00 €	□ 14,00 €	□ 21,00 €
Online-Abo Nur Online-Ausgabe	□ 5,00 €	□ 10,00 €	□ 15,00 €
Kombi-Abo Print- und Online-Ausgabe	□ 8,00 €	□ 16,00 €	□ 24,00 €

Abopreise nach Selbsteinschätzung: Kein Nachweis erforderlich, aber seid solidarisch.

Name | Vorname

Straße, Hausnr. | PLZ, Ort

Telefon | E-Mail (ohne E-Mail Adresse ist kein Online-Abo möglich)

Datum | Unterschrift

☐ Ich erteile eine Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Geldinstitut | IBAN

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH | Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen | E-Mail: info@unsere-zeit.de

Alle Preise inkl. MwSt. im Inland, Auslandspreise auf Anfrage. Mir ist bekannt, dass ich das Abo binnen 14 Tagen schriftlich beim CommPress Verlag widerrufen kann.

Alle Abos verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf gekündigt werden.

Ich möchte mein UZ-Abo jeweils für folgenden Zeitraum bezahlen:

☐ monatlich
☐ je Quartal
☐ halbjährlich
☐ jährlich

☐ Lieferung der Wochenzeitung im Umschlag (Streifband): plus 24,00 € pro Jahr

Impressum

UZ – unsere zeit | Sozialistische Wochenzeitung | Zeitung der DKP
Herausgeber: Parteivorstand der DKP | Erscheint wöchentlich | ISSN 0943–4216

Redaktion:
Wera Richter – Chefredakteurin, V.i.S.d.P. (wr@unsere-zeit.de)
Björn Blach (bb@unsere-zeit.de) | Melina Deymann (md@unsere-zeit.de)
Christoph Hentschel (ch@unsere-zeit.de) | Manfred Idler (mid@unsere-zeit.de)
Lars Mörking (lm@unsere-zeit.de) | Werner Sarbok (wsk@unsere-zeit.de)
Thomas Brenner (tb@unsere-zeit.de)
Tel.: 0201 177889-90 | E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Aboservice:
Carol Schröder (abo@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-15, Fax: 0201 177889-28)

Anzeigenservice:
Tabea Becker (anzeigen@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-20)
Ben Richter (info@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-23)
Anzeigenschluss: Jeweils Montag, 12.00 Uhr

Verlag: CommPress Verlag GmbH | **Druck:** Union Druckerei Berlin GmbH
Geschäftsführer: August Ballin (vertrieb@unsere-zeit.de, Tel.: 0911 8019991)
Klaus Leger (verlag@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-16)

Anschrift Redaktion und Verlag: Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Bankverbindung: Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF | IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Internet: www.unsere-zeit.de I facebook.com/UnsereZeit.UZ **I** twitter.com/UnsereZeit_UZ

Spendenkonto DKP-Parteivorstand
GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

Formidabel

Von Nazis und Stuttgarterinnen

Erster Urlaubstag. Ich sitze am Schreibtisch und helfe die UZ-Extra zu layouten.

Zweiter Urlaubstag. Ich sitze am Schreibtisch und helfe die UZ-Extra zu layouten.

Dritter Urlaubstag. Ich sitze am … äh … Küchentisch. Keine Arbeit mehr. Und nun? Trinke den 5. Kaffee und überlege: Wohnung aufräumen? Fenster putzen? Leergut fahren? Kochen gar? Verwerfe all das Übel, schwinge mich auf das elektronische Rad, fahre in den Garten und lese mehr oder weniger den ganzen Tag den 3. Teil von Adrian Mckintys Reihe über Sean Duffy. Ein katholischer Bulle in den 80ern in Belfast, also ein von wirklich allen Seiten (IRA, Paras, Polizeikollegen, Anwohner) gehasster Einzelgänger. Atmosphärisch dicht, fein geschrieben, schön brutal und spannend bis zum Fußnägelkauen. Für mich: Formidabel.

Rechts außen. Philipp Amthor, greiser CDUler im Körper eines jungen Mannes, lässt sich auf einem Reitturnier mit zwei Nazis fotografieren, die schiefen Zähne strahlen wie Plutonium. Einer der Faschisten trägt ein T-Shirt, auf dem er sich mit der inhaftierten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck solidarisiert. Nicht in so Klitzeklein, sondern schön über die ganze Brust. Kann man mal übersehen. Genauso wie die restliche Aufmachung der Nazis, die einfach wie Nazis aussehen. Dieser widerliche Amthor ist wirklich der feuchte Traum aller Reichsbürger-Schwiegermütter: Korrupt, schmierig, schamlos und ganz, ganz weit rechts. Schlimm.

Vierter Urlaubstag: Auch in anderen Gebieten Deutschlands Land unter. Ich klappere per Telegram meine Schäfchen ab: Geht's Basslehrerin S. beim Wandern im Allgäu gut? Ist beim schwarzen Blitz aus Kreuzberg im Österreich-Urlaub alles ok? Kann der Gartenbro in die Eifel fahren, mitten ins Katastrophengebiet? Ich selber habe die Probleme nicht: In Nordholland keine Sintflut, nur eine Inzidenz von circa 87991. Uff. Samstag geht's los, aber wir sind doppelt geimpft, wollen Menschen aktiv ausweichen, hassen Diskotheken und Großveranstaltungen und wünschen uns eigentlich nur eine Frikandel, eine Dose Bier und das Meer. In einem Wort: Formidabel.

Politik. Armin der Laschet lacht sich während einer Rede von Steinmeier, in der es um die Opfer der Flutkatastrophe geht, im Hintergrund kaputt. Wobei der Mensch nicht einmal zum Lachen imstande ist, es sieht eher aus, als wollte er seine Zunge zweiteilen. „Es ist in einem solchen Moment unpassend, unangemessen und ich ärgere mich darüber." Jau, alle anderen allerdings auch. Ein Kanzlerkandidat aber, der nicht imstande ist, selbst bei einer Totenrede, sein Gesicht im Zaun zu halten, ist mehr so … Undicht? Isso.

Mein Freundeskreis ist ein bunter Haufen voller Verrückter, einer aber sticht die Tage mal wieder heraus: H., arbeitsfreier Immobilienbesitzer, Besserwisser, Wikipediaverschlinger und seit Neuestem liiert mit einer Frau aus Stuttgart (!). Sind ja nur 450 Kilometer. Nun will sie spontan nach Dortmund kommen, aber das geht nicht: „Meine Wohnung ist nicht aufgeräumt." Er lädt sie tatsächlich wieder aus! Nachdem ich 13 Minuten vor Lachen keine Luft bekommen habe, führt er aus: „Zwei Tage Puffer braucht das schon." Also wenn meine neue (!) Freundin aus Stuttgart anreisen wollte und ich den ganzen Tag keine Arbeit hätte … ich sag mal so: Innerhalb von 71 Minuten könnte man bei mir vom Boden essen, unterm Bett den Staubtest machen oder sich nackt in den Fenstern spiegeln. Okay, wollte man nicht – aber könnte man halt. Und zwar: Formidabel!

Die RTL-„Reporterin" Susanna Ohlen hat sich bei der Berichterstattung aus dem Hochwassergebiet für mehr (Achtung!) „Anpack-Authentizität" selbst mit Matsch eingerieben. Die Menschheit verblödet. Formi… ach nee. **Karl Rehnagel**

Ist auch irgendwo. Olympia für Dumme.

Freundschaft siegt

Die III. Weltfestspiele 1951 in Berlin auf YouTube

Foto: Bundesarchiv Bild 183-11500-0723

Sowjetische Sportlerinnen bei der großen „Sportschau der Jugend" nach der Eröffnung der Weltfestspiele 1951 in Berlin

Ganz viel Pathos, ganz viele rote Fahnen und relativ junger Farbfilm – da ist die DEFA der 50er am Werk. Zusammen mit der russischen Filmagentur Mosfilm produzierte sie eine Dokumentation der III. Weltfestspiele der Jugend 1951 in Berlin, die ziemlich weit weg von dem ist, was wir heute von ZDF Info und N24 gewohnt sind. Nach ruhigen, fröhlich-beschwingt musikalisch unterlegten Aufnahmen aus der DDR, Albanien, Bulgarien, China und weiteren Ländern des sozialistischen Aufbaus knallt es und es folgen Kriegsbilder. Was erst mal ziemlich jump-scared ist, ist nur konsequent. Der Kontrast zwischen den Bildern des Friedens und des Aufbaus auf der einen und des zerbombten Korea, das um sein Recht auf Selbstbestimmung kämpfte und dafür von der Mördermacht in Schutt und Asche gelegt wurde, auf der anderen Seite ist treffend und prägt die folgenden 100 Minuten. Der Film ist keine Fotografie eines Festivals, sondern Dokument des Friedenskampfs der kommunistischen Weltbewegung, der nie leere Floskel, sondern immer Klassenkampf war. 1951 feierte er sich in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik – mit Recht.

Es waren krasse Umstände, unter denen 26.000 Jugendliche anreisten. Die BRD sperrte sich gegen die Einreise zum Beispiel der französischen Genossinnen und Genossen, die daraufhin ein Schiff organisierten und über Polen nach Berlin reisten. Nicht weniger Probleme hatte die FDJ aus Westdeutschland. Gerade frisch verboten und illegal, gelangten ihre Mitglieder, von bewaffneten Truppen verfolgt, in die DDR.

Für die Veranstaltung selbst wurden in weniger als einem Jahr Gebäude und Sportstätten aus dem Boden gestampft. Am 5. August, bei der feierlichen Eröffnung der Spiele, liefen Delegationen aus 104 Ländern in das Stadion ein – und an den Kameras vorbei. Die Solidarität mit der jungen Volksrepublik Korea ist immer präsent. Es gibt Standing-Ovations für ihre Delegation. Auf der Arena sind Forderungen für Frieden gepflanzt und die Stadtaufnahmen zeigen ein, vorwiegend rotes, Fahnenmeer.

Klar, der Film spielt mit Pathos wie Vice.de mit Berichten über Drogenskandälchen. Aber, das sollte man bedenken, dieses Pathos ist nicht künstlich, sondern ein gar nicht so unpassender Salut an hunderttausende kämpfende Jugendliche in einer Zeit des sich verschärfenden Klassenkampfs. Eine Zeit, in der in Westdeutschland die Polizei auf FDJler schoss und 1952 den 21-jährigen Philipp Müller ermordete, in der ein relevanter Teil der teilnehmenden Organisationen des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WBDJ) in ihren Heimatländern verboten waren. Aber eben auch eine Zeit, in der die UdSSR, die DDR und viele weitere Länder zeigten, wie das geht: Sich selbst regieren, ohne Kapitalismus und Krieg. Diese Zeit auf Filmrollen festzuhalten, das hat der Film geschafft. Grund Nummer eins, ihn zu gucken.

Grund Nummer zwei? Die Originalaufnahmen von Nazim Hikmet, Wilhelm Pieck, Pablo Neruda, Anna Seghers und von Max Reimanns Rede aus traurigem Anlass – des Überfalls auf eine friedliche FDJ-Demonstration.

Grund Nummer drei? Nicht, um zu betrauern, was man verloren hat, sondern um sich zu erinnern: Dieses Festival war möglich. Dabei nicht zu vergessen: Die Weltfestspiele finden heute noch statt, der WBDJ existiert nach wie vor, getragen von über 30 Millionen Jugendlichen aus aller Welt. Nicht alles aus der Tradition der kommunistischen Weltbewegung ist mit 1989/90 verloren gegangen, wir sind ein Beweis dafür. Das macht Mut. Und wer weiß, wenn wir dran bleiben, gibt es vielleicht irgendwann solche Feste auch wieder in einem sozialistischen Deutschland.

Max Meurer

www.youtube.com/watch?v=4iXoXzPsYLo

Hunde wie Teddys

Tasmania Berlin beging den Auftakt der Regionalliga Nordost mit einem Sieg

Während Tennis Borussia zum Saisonstart in der Regionalliga Nordost für Männerfußball nach Chemnitz reiste, um da 1:3 zu verlieren, trat vergangenen Freitag im Mommsenstadion von TeBe im Berliner Westend Tasmania gegen den SV Babelsberg an. Schließlich wird gerade die Heimstätte von „Tas", der Werner-Seelenbinder-Sportpark, umgebaut, um den Viertliga-Erfordernissen zu entsprechen. Tasmania war mit nur 21 Punkten auf dem Konto ziemlich unverhofft aufgestiegen, nachdem die letzte Oberliga-Saison 23 Spieltage vor Schluss vorzeitig beendet wurde.

Dementsprechend wenig erwartete man nun von Tasmania, außer dass das Bier kalt und die Halbzeit-Bratwurst kross war. Das Ereignis stand über dem Ergebnis. Für mich besonders, die letzte Partie, die ich vor Ort sehen konnte, war ein F-Jugendspiel meines Neffen im letzten September. Seine Mannschaft, gewohnt zu gewinnen, verlor zu Recht, eine seiner Mitspielerinnen wurde von der Tribüne aus beleidigt. Es herrschte Vorkriegsstimmung, vormittags um elf in einem Dorf im Erzgebirge.

So viel Feuer war nicht im Kick von Tasmania und Babelsberg. Die Filmstädter durften die ersten 45 Minuten das Spiel machen, bekamen aber nichts gebacken. Stattdessen traf Tasmania zwei Mal – das erste Tor nach einer ansehnlichen Kopfballstafette im Strafraum. In Hälfte zwei legte Tasmania spielerisch zu, wollte aber nichts mehr treffen. Babelsberg wollte, konnte aber nicht, weil spätestens beim gut aufgelegten Torwart der Tasmanen Schluss war.

Es blieb beim Ergebnis, das vielen egal war: die Babelsberg-Ultras feierten sich selber. Das Paar, das einen Hund dabei hatte, der wie ein fast lebensechter Teddy ausschaute, freute sich darüber, mal anderthalb Stunden nicht miteinander reden zu müssen. Die Kollegen, mit denen ich da war, freuten sich darüber, dass das Flutlicht an war und das Bier tatsächlich gekühlt. Im Grunde freuten sich alle ihrer Existenz. Das fragwürdige Regionalliga-Dasein feierten die „Tas"-Fans, indem sie eine Luftmatratze schwenkten. Der Trainer des reinen Amateurvereins Abu Nije erklärte im Vorfeld dem „11Freunde"-Magazin: „Wir sind mit einer Luftmatratze auf hoher See unterwegs."

Der historische Vorgänger, SC Tasmania 1900, ist der schlechteste Bundesligaverein aller Zeiten, der mit seinen zehn Punkten in der Saison 1965/66 sogar besser war im Schlechtsein als die Schalker letzte Saison. Alles sieht danach aus, als würden sie es 55 Jahre später und drei Spielklassen tiefer trotz finanzstärkerer Konkurrenz anders machen.

Ken Merten

Wolfgang Abendroth
„Arbeiterklasse, Staat und Verfassung"
Europäische Verlagsanstalt, 1977, 302 Seiten, broschiert
11,00 Euro

Gerfried Tschinkel
„Die Warenproduktion und ihr Ende"
Papyrossa, 2017, 100 Seiten, Taschenbuch, neuwertig
9,00 Euro

Rosa Luxemburg
„Gesammelte Werke"
Band 1/1, 1/2 , 2, 3, 4, 5
Dietz Verlag, Berlin, Leinen geb, gut erhalten. selten
je 31,00 Euro

W. I. Lenin
„Briefe"
Bd. 3 (1920) – Bd. 10 (1922)
Dietz-Verlag, Berlin
20,00 Euro

„Die Welt begreifen – organisiert handeln"
Symposium zum 85. Geburtstags von Hans Heinz Holz, edition ost, Berlin, 2013, 138 S.
5,00 Euro

Friedrich Engels
„Der deutsche Bauernkrieg"
Verlag Dietz, Berlin, 1989, TB, ca 186 Seiten, gelesene Exemplare, 5,00 Euro

Lesebuch zu Kunst, Kultur und Politik
„Nicht einen Klang geb ich euch ab"
Parteivorstand der DKP 1985, 250 Seiten, Großformat 21 x 28 cm
6,00 Euro

Franz Mehring
„Die Lessing-Legende"
Dietz Verlag, Berlin, Leinen geb, 7,00 Euro

Hunderte weitere antiquarische Bücher im Shop

uzshop.de

Antiquarischer Büchermarkt: Samstag, 7. August, 13.00 – 20.00 Uhr, Hoffnungstraße 18, Essen